



Politische Berichte

Nummer 7/14. Jahrgang

25. März 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

„Lopez der Gnadenlose“
betitelt die Presse den
neuen VW-Spitzenmanager.
Das steht als Programm.

Durch die Branchenkrise auf brutale Art

Während in verschiedenen Konferenzen noch der „Mensch im Mittelpunkt“ für künftige Produktionsstrategien entdeckt wird, betitelt die Presse den neuen VW-Einkaufs- und Produktionsmanager Lopez de Arriortua mit Prädikaten wie „Würger“, „der Gnadenlose“ oder „Großinquisitor“. General Motors und VW, beide von der Automobilkrise besonders betroffen, hatten um den Spanier mit großem Medienaufwand geworben. VW erhält nun den Zuschlag und zahlt Lopez 32 Mio. DM für einen Fünfjahresvertrag. Die Höhe dieses „Gehalts“ steht öffentlich erkennbar in keinem Zusammenhang mehr mit einer bestimmten Arbeitsleistung. Eher winkt hier ein Preis für besondere Skrupellosigkeit, nur der „Erfolg“ zählt, lautet die Botschaft für den künftigen Managertyp.

Die Automobilindustrie erleidet gegenwärtig einen Auftragsseinbruch aus dem Inlands- wie auch aus dem Auslandsgeschäft. Gleichzeitig baut sie ihre Pkw-Fertigungskapazitäten weiter aus, die zur Zeit vorliegenden Pläne sehen plus 1,6 Mio. Fahrzeuge in Westeuropa bis zum Jahre 2000 vor. Nimmt man die Produktivitätsbedingungen Steigerungen mit hinzu, erhöht sich die Zahl auf 3,5 Mio. zu einer Gesamtkapazität von 17,6 Mio. Die Gesamtnachfrage wird auf kaum mehr als 16 Mio. geschätzt. Die Überkapazität entspricht etwas mehr als dem Produktionsvolumen eines großen europäischen Herstellers. Ein gigantischer Verdrängungskampf entsteht, die Schließung von zwei Automobilfabriken in Schweden ist ein Vorbote für Kommenendes. Die Automobilkapazitäten in Osteuropa und ihre Auswirkungen auf den Markt sind bei diesen Überlegungen nicht enthalten, ebensowenig politische Entwicklungen in Bezug auf Auto und Verkehr. 200.000 bis 300.000 Arbeitsplätze weniger in der Automobilindustrie und den engeren Zulieferern in den nächsten Jahren sieht der Verband der Automobilindustrie. Die Pressekommentare um die Bestellung von Lopez de Arriortua lassen erahnen, welchen Weg die Konzerne sich als Krisenstrategie bahnen wollen.

Bestehende Fertigungsstandorte werden untereinander ausgespielt, Neuerungen erfolgen vornehmlich in europäischen Randlagen (Spanien, Großbritannien) unter dem Gesichtspunkt des Unterlaufens von Standards. So hat SEAT (VW-Konzern) kürzlich in Martorell bei Barcelona ein neues Werk mit

5000 Beschäftigten zur Produktion von Kleinwagen in Betrieb genommen. „Japanische Methoden“ sollen dort zur Anwendung kommen: ständige Verbesserungsvorschläge zur Beschleunigung und Verminderung von Handgriffen, zur Vermeidung unproduktiver Wege und Pausen usw. Die Endmontage konnte so bereits von 300 auf 190 Beschäftigte reduziert werden. Bosch verlagert die Lichtmaschinenproduktion von Feuerbach nach Tretò/Spainien und Cardiff/Wales. Im erst seit 1991 bestehenden Werk Cardiff gibt es ebenfalls „modernste“ Arbeitsformen. Die dortige Gewerkschaft stimmt dem Drei-Schicht-Betrieb von Montag bis Sonntag zu, die Lohnkosten sollen zwei Drittel unter den westdeutschen liegen. Der VW-Betriebsrat wird wissen, warum er die Verteidigung der „traditionellen Standorte“ auf seine Fahnen schreibt.

Die Zulieferer werden unerbittlich genötigt. Der Audi-Chefeinkäufer versandte kürzlich einen Brief an die Lieferanten, ihre Preise ohne Verhandlung bereits von vornherein um 5 % zu reduzieren. Lopez ist bekanntgeworden durch seine Praktiken, bestehende Lieferverträge zu „zerreißen“ und Lieferanten zu zwingen, die Preise Jahr für Jahr zu senken. Gleichzeitig strukturieren seine Kommissionen bei den Lieferanten die Produktionsverfahren und schreiben die Qualitätskontrolle vor.

EDV-Anbindung steuert dort direkt die Fertigung.

Die sozialen Bedingungen in den Konzernbetrieben geraten unter Druck. Der Mercedes-Vorstand hat eine Streichliste zur Kürzung übertariflicher Leistungen vorgelegt. Der Betriebsrat rechnet damit, daß die übertarifliche Zahlung von Weihnachts- und Sondervergütung Ende 1993 auf Tarifniveau zurückgefahren werden soll. VW hat das Weihnachtsgeld für Rentner (200.- DM!) ersatzlos gestrichen. Bezahlte Freistellungen für gemeinnützige Tätigkeiten werden restriktiver genehmigt. Freiwillige Sozialleistungen bei VW sind gering, da der VW-Haustarif vieles absichert. Das Handelsblatt macht den VW-Haustarif als mitschuldig für die Konzernmiserie und als Aufgabe für Lopez aus. Das Kippen des VW-Haustarifs würde für Branche und Zulieferer eine Tariföffnung nach unten ermöglichen.

Die IG Metall befindet sich in einer gefährlich schwierigen Situation. Sie steht vor einem Krisengeflecht in bislang ungekannter Größe:

— Mehrere konjunkturelle und strukturelle Branchen Krisen treffen zusammen. Ein nacheinander „Abarbeiten“ scheint unmöglich. Die Aussaugung und Anlehnung der Zulieferer durch die Konzerne im internationalen Konkurrenzgefüge wirkt zermürbend auf den gewerkschaftlichen Flächentarif und die darüber her-

gestellten Mindestbedingungen für gewerkschaftliches Stammklientel.

— Eine Perspektive zur Überwindung der „Regionalkrise Ostdeutschland“ durch Transferleistungen wird immer unglaubwürdiger.

Gesamtmetall schwingt sich zum Anwalt von Arbeitsplätzen auf und bedroht das gewerkschaftliche Regulationsinstrument der Tarifverträge überhaupt.

— Der freie Kapital- und Warenverkehr in der EG ermöglicht rascher als in den Gewerkschaften geglaubt die Ausnutzung sozialer Verwerfungen als Instrument der Tarif- und Betriebspolitik der Unternehmen. Hinzu kommt der freie Zugang nach Osteuropa zur Arbeitsmarktsteuerung und als „Korea vor der Haustür“.

Die IG Metall gerät in das Dilemma, aus Betriebsratsicht (und die Betriebsräte bilden das organisatorische Rückgrat der Gewerkschaften) keine Perspektive gegen die Konzernpolitik ausarbeiten zu können. Schließlich sind die Betriebsräte in gewissen Umfang auf den „Erfolg“ ihres Managements angewiesen. Es sieht nicht so aus, als ob sich ein breiteres Wirken für regionale und sozial-nützliche Wirtschaftskreisläufe aus den Gewerkschaftsapparaten heraus entwickeln würde.

Quellen: Handelsblatt, diverse Ausgaben; Hanoversche Allgemeine Zeitung, diverse Ausgaben — (gka)

Einstweilige Verfügung gegen „Deutsche Liga“

Mit einer einstweiligen Verfügung hat die 28. Strafkammer des Landgerichts Köln zwei Mitgliedern der „Deutschen Liga“ verboten, per „Steckbrief“ Nidar Pampurova suchen zu lassen. Außerdem dürfen sie keine Belohnung zur Ergreifung der Roma-Frau aussetzen, hier hatte die Liga inzwischen die Summe von 1000,- auf 5000 DM erhöht. Die Aktion verstöße gegen das Persönlichkeitsrecht der Frau. Es gehe nicht an, daß sich Privatpersonen als Hilfs-Sheriffs aufspielten. Sollten die Mitglieder der Liga die Flugblätter weiter verbreiten, droht ihnen ein Ordnungsgeld von bis zu 500.000 DM. Ralf Giordano hat sich mit einer „Warnung an alle Kölner“ an die Öffentlichkeit gewandt und fordert, den legalen Aufenthalt für die Familie zu erkämpfen. Auch die internationale Presse berichtete inzwischen über den Fall. Konrad Weiß vom Bündnis 90/Die Grünen forderte ein Verbot der „Deutschen Liga“. — (u.b.)

Keine deutschen Soldaten nach Jugoslawien!

Gegen die Pläne der Bundesregierung, deutsche Soldaten im Jugoslawien-Konflikt Stück für Stück weiter in Kriegshandlungen hineinzubefehlen, regt sich Widerstand. Der Länderrat der Grünen lehnte eine Resolution, die sich für eine angeblich „humanitäre Intervention“ in Jugoslawien ausspricht, mit großer Mehrheit ab (siehe Seite 10). Vertreter der bosnischen Serben protestierten mit einer Protestnote bei der UNO und dem US-Oberkommando in Europa gegen Pläne, deutsche Soldaten an sogenannten „Hilfsaktionen“ in Ostbosnien zu beteiligen. Eine Entscheidung des Bundeskabinetts stand bei Redaktionsschluss noch aus. — (rül)

Kohl und Rasmussen für „schnellen EG-Ausbau“

Der dänische Ministerpräsident Rasmussen und Kanzler Kohl sollen sich bei einem Treffen im Bundeskanzleramt in Bonn am 18. März auf einen „schnellen EG-Ausbau“ verständigt haben. Es gelte, „alles daranzusetzen, die EG-Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen zu beschleunigen und noch in diesem Jahr abzuschließen.“ Das wären dann die kürzesten Beitrittsverhandlungen in der Geschichte der EG gewesen. Die dänische Regierung, die zur Zeit die Präsidentschaft in der EG hat, hofft offenbar, durch solches Tempo auch den Widerstand im eigenen Land gegen den Maastrichter Vertrag isolieren zu können. Er sei überzeugt, so Rasmussen, daß beim zweiten Referendum am 18. Mai die Mehrheit der Wahlberechtigten in Dänemark den Maastrichter Verträgen zustimmen würden. — (rül)

Bundeskonzferenz der Ausländerbeauftragten

Am 26./27.3. fand in Weimar die Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden statt. Ein zentrales Thema der Konferenz mit ca. 130 Teilnehmern war der „Asylkompromiß“ und die dazugehörigen Begleitgesetze. Kritisiert wurde das Fehlen eines „Gesamtkonzepts Zuwanderung“, in der Frage der Leistungskürzungen für Asylbewerber forderte die Konferenz, daß dies lediglich in den Erstaufnahmelagern erfolgen dürfe. Alle Ausländern, die ihren „Lebensmittelpunkt in Deutschland haben“, sollten nach dem Willen der Konferenz das kommunale Wahlrecht erhalten. Es wurde eine Entschließung verabschiedet zu den Vertragsarbeitern der ehemaligen DDR, in der eine humane Lösung gefordert wird, die die Aufenthaltsdauer und die erreichte Integration berücksichtigt. Die Konferenz forderte, das Opferentschädigungsgesetz zu ändern. Zur Zeit erhalten ausländische Opfer von faschistischen Anschlägen keine Entschädigung, wenn nicht mit ihrem Herkunftsland eine Vereinbarung besteht. — (u.b.)

Protest gegen Waffenexporte

Gegen deutsche Waffenlieferungen nach Jugoslawien protestierten am 19. März Vertreter von Grünen, Jusos und Friedensinitiativen auf der Rheinbrücke bei Straßburg (Bild). Vorher hatten sie symbolisch Werkstore der Rüstungsfirma Heckler & Koch in Oberndorf besetzt, der sie vorwerfen, an diesen Waffenlieferungen beteiligt zu sein. Zugleich forderten die Demonstranten Asyl für Flüchtlinge aus Jugoslawien, auch für Deserteure. — (rül)



Asylrecht: „Struktureller Rassismus“

Die meisten Experten kritisieren den Regierungsentwurf

Anfang März behandelte der Bundestag in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Änderung der Asyl- und Ausländergesetze zur Kürzung der Leistungen an Asylbewerber. Erstmals wurden Gesetzesänderungen beraten, die nach geltendem Recht verfassungswidrig sind, weil sie eine Änderung des Art. 16 Grundgesetz voraussetzen, die noch nicht beschlossen ist. Der Gruppe der PDS/Linke Liste wurden die 150 Seiten Beratungsunterlagen für den Gesetzentwurf erst einen Tag vor der Debatte zugesandt. Diese bezeichnete dies als einen Versuch, „Abgeordneten, die mit einer anderen Auffassung in diese Debatte hineingehen, schlichtweg in ihren Rechten als Abgeordnete auszuschalten“ und beantragte die Absetzung des entsprechenden Tagesordnungspunktes, was natürlich abgelehnt wurde.

Innenminister Seitzers wiederholte in der Debatte erneut seinen erst am Tag zuvor gemachten weiteren Vorstoß, die Flughafenbetreiber zur Unterbringung der Flüchtlinge auf dem Flughafenge-

lände zu verpflichten, um diejenigen aus den sogenannten sicheren Drittstaaten sofort wieder abschieben zu können.

Während der Expertenanhörung des Bundestages zur Neugestaltung des Asylrechts wurde der Gesetzentwurf zur Neugestaltung des Asylrechts selbst von Befürwortern des Kompromisses kritisiert. Die zahlreichen Gutachten enthalten mithin eine Reihe von Positionen, auf die sich der Widerstand gegen die Gesetze beziehen kann. So z.B. die Stellungnahme des „Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen“ (UNHCR) Walter Koissers. Als direkten Verstoß gegen geltendes Völkerrecht bewertete er die Verweigerung des Asylanspruchs, wenn ein Flüchtling aus einem sogen. sicheren Drittstaat einreist. Denn nach Art. 33 Genfer Flüchtlingskonvention muß für jede Person, die sich auf eine ihr aus den asylrelevanten Gründen drohende Gefährdung bezieht, bevor sie über eine Grenze zurückgeschoben oder an der Grenze zurückgewiesen wird, im konkreten Einzelfall

geprüft werden, ob diese Gefährdung besteht. In dieser Bewertung stimmten die meisten Gutachter überein.

Während der Bundestagsdebatte kritisierte vor allem die PDS/Linke Liste „die Kürzung für Leistungen an Asylbewerber auf ein Viertel des durchschnittlichen Sozialhilfesatzes von 501 DM auf 360 DM“ und die „Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstes gegen ein lächerliches Entgelt von 2 DM pro Stunde“. Diese angestrebten gesetzlichen Regelungen definieren somit einen neuen Minimalstandard des notwendigen Existenzminimums. ... Zur Verbindlichkeit wird erhoben, daß diese Menschen (die Flüchtlinge, der Verf.) geringere Bedürfnisse haben, weil sie aus ärmeren Ländern kommen. Abzulesen ist gleichfalls, daß Flüchtlinge, da ungebildet, keinen Bildungsbedarf haben. Das ist nichts anderes als Ausdruck von Rassismus, und der Gesetzentwurf ist die Verwirklichung dieses strukturellen Rassismus.“ (Dr. Barbara Höll, PDS/Linke Liste). — (rac)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Blüm kontra Arbeitsschutz

Mit dem Entwurf eines „Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (Arbeitsschutzrahmengesetz)“ versucht das Bundesministerium, Arbeitsschutzbestimmungen abzubauen und die Kapitalisten von Schadenserstattungspflichten zu befreien. Hebel dafür soll u.a. eine Klausel in dem neuen Gesetz sein, die den Kapitalisten erlaubt, „genomanalytische Untersuchungen“ in Arbeitsverträgen vorzuschreiben. Damit sollen angeblich „erbstärke“ bzw. „erbschwache“ Personen ermittelt werden mit dem Ziel, arbeitsbedingte Erkrankungen als Folge „erbbedingter Resistenzschwäche“ verharmlosen zu können und so Schadenersatzzahlungen der Unternehmen zu vermeiden.

Kaliningrad/Bonn

Bundesaußenminister Klaus Kinkel widersprach dem russischen Außenminister Andrej Kosyrew. Letzterer hatte in Kaliningrad unterstrichen, es existierten „in Deutschland und anderswo revan-chistische Kreise mit Territorialansprüchen auf das russische Kaliningrad“, das sie als Königsberg einem neuen deutschen Reich einzuverleiben wünschten. Kinkel hält diese Feststellung für einen Ausdruck der „schwierigen innenpolitischen Situation in Rußland“. Daß es solche Kräfte nicht nur gibt, daß sie auch, obwohl von Nazis durchsetzt, mit Bundesmitteln gefördert werden, verschweigt der Außenminister.

Transitländer und Bonns Asylgesetze

Nach dem Bonner „Asyl-Kompromiß“ sollen u.a. Polen und die Tschechische Republik als „sichere Drittstaaten“ definiert werden. Aus diesen Ländern stammende oder einreisende Asylbewerber werden in Deutschland erst gar nicht aufgenommen. In Prag versuchten nun Vertreter der sechs Länder Österreich, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien, sich auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu einigen, um die Lasten, die aus Bonns Asylpolitik für sie resultieren, wenigstens gleichmäßig aufzuteilen. Derzeit leben, so der Vertreter der Tschechischen Republik, allein in seinem Land 50000 illegale Flüchtlinge, die in die BRD wollten. Die Einigung mißlang. Das kommt den Bonner Interessen entgegen: teile und herrsche.

Salmonellen: Die Regierung rät...

Die Bundesregierung hat ein 7-seitiges Infoblatt zur Ausbreitung von Salmonellenerkrankungen herausgegeben. Das Blatt liest sich wie eine Kapitulation. Seit 1970 habe die Zahl von Erkrankungen ständig zugenommen, 1992 seien 115000 Fälle bekanntgeworden, die Dunkelziffer liege viel höher. Das Blatt endet mit Tips für „individuelle Gesundheitsvorsorge“, die für eine berufstätige Person praktisch nicht einzuhalten sind. „Auf Vorrat kochen“ sei immer

riskant, rohe Eier sollten im Kühlschrank maximal 8 Tage gelagert werden, Frischfleisch dürfe keinen Kontakt mit Gemüse haben usw. Statt härtere Hygienevorschriften für Lebensmittelkonzerne kommt von Seehofer: „An Salmonellen erkrankt? Selbst schuld!“

Grüne gegen Geheimdienste

Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die ersatzlose Auflösung aller Geheimdienste und die Überführung der bei diesen gelagerten Akten an eine „geordnete Erforschung“ bis Ende des Jahres verlangt. Geheimdienste „gefährden — statt fördern — die Streitbarkeit der Demokratie und die öffentliche Auseinandersetzung“ und seien erwiesenermaßen ineffektiv. Auch die neofaschistischen Entwicklungen seien vom Verfassungsschutz „nicht erkannt, gelehnet, heruntergespielt“ worden oder durch V-Leute „toleriert oder gar gefördert“ worden. (Bt-Ds. 12/4402)

Entschädigungsgesetz zurückgezogen

Bundeskanzler Kohl hat den Entwurf eines „Entschädigungsgesetzes“ von der Beratung des Bundeskabinetts absetzen lassen. Er wolle „tiefer in die Materie eindringen“. Mit dem Gesetz sollen Personen, deren Eigentum in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949 enteignet worden war — zumeist Kriegsverbrecher und Junker — „entschädigt“ werden (siehe letzte Ausgabe). Sprecher dieser Leute, darunter der Deutsche Bank-Ehrenvorsitzende Abs, hatten protestiert. Sie wollen höhere Entschädigung bzw. Rückgabe ihrer Güter.

Waigel und Krause: aussitzen

Am 22. 3. gab der Kanzler eine „Ehren- und Vertrauenserklärung“ für Finanzminister Waigel und Verkehrsminister Krause ab. Durch einen Erlass des Finanzministeriums wurde eine in Aussicht stehende Anklage gegen das „Fleischimperium“ Moksel verhindert. Moksel hatte sich nach Ansicht der Augsburger Staatsanwaltschaft 300 Millionen Mark (!) „Wiedervereinigungs“-Subventionen „erschlichen“. Bescheidener geht es bei den Krauses zu. Diese hatten für die Einstellung einer Putzfrau einen Zuschuß des Arbeitsamtes beantragt — wegen „Langzeitarbeitslosigkeit“. Am Ende erhielten sie 70 Prozent Zuschuß. Peinlich dabei ist, daß im Augenblick die Kampagne gegen „Leistungs-mißbrauch“ läuft, was bestätigt, daß gemeint ist: Kampf dem „Leistungs-mißbrauch“ der kleinen Leute.

Was kommt demnächst?

Am 25. 3. berät der Bundestag erstmals über die Gesetze zur Bahnreform. Am 26. März berät der Bundesrat, u.a. über Solidarpakt, Länderfinanzausgleich und die Neuordnung des Asylrechts. Am 27. 3. reist Wirtschaftsminister Rexrodt vier Tage nach China, Außenminister Kinkel nach Vietnam, Australien und Neuseeland. Am 19. April beraten die Umweltminister von Bund und Ländern mit Gewerkschaften, Kapitalisten und Verbänden über die künftige „Energiepolitik“.

Newroz: PKK bietet Waffenstillstand an. Fortschritt bei der Einheitsfront?

Die Feiern in Kurdistan aus Anlaß des Newroz-Festes waren bei Redaktionsschluß noch verhältnismäßig unblutig verlaufen. Das kurdische Volk hatte (bis Montag, 22. 3.) „nur“ fünf Tote zu beklagen, die durch Schüsse des türkischen Militärs ums Leben gekommen sind: In Batman wurde am Samstag, den 20. März, ein 17-jähriger Jugendlicher von einem Querschläger tödlich getroffen. In Adana griffen türkische Sicherheitskräfte am 21. 3. eine Kundgebung mit Waffengewalt an. Vier Menschen wurden erschossen, bei Redaktionsschluß wurde noch befürchtet, daß sich die Zahl der Toten wegen der vielen Verletzten (nach Angaben der Partei ÖZDEP 150 bis 200) weiter erhöht.

Wenige Tage vor Beginn der Feiern hatte die PKK in einer Erklärung des Zentralkomitees der türkischen Regierung erneut einen umfassenden Waffenstillstand angeboten. Sowohl die türkische wie die internationale Presse berichteten eher ausführlich darüber. Ein Nebeneffekt davon war sicher, daß der türkischen Seite damit die Möglichkeit eingeschränkt war, wie im Vorjahr zu behaupten, sie sei bei ihrem Schußwaffengebrauch gegen die Newroz-Aktionen von der PKK „provokiert“ worden. Dieses Argument hätte jetzt auf keinen Fall mehr gezogen, insofern hat vermutlich das Angebot diesen Massakern wirksam entgegengewirkt.

Ansonsten wurde die türkische Regierung bei Bekanntwerden des Angebots zuerst einmal Gefangene ihrer eigenen verlogenen Erfolgspropaganda. Weil sowohl die Militär wie die regierungstreue Presse in den letzten Monaten immer wieder angebliche riesige Erfolge der Militärs gegen die PKK gemeldet hatten, deuteten verschiedene Zeitungen das Angebot der PKK als Zeichen der Schwäche der PKK und forderten die Regierung auf, unter diesen Umständen sich jetzt ebenfalls zu bewegen. Der Nationale Sicherheitsrat, der am 20. März tagte und besser wußte, daß die Kraft der PKK und der kurdischen Guerilla ungebrochen ist, eher noch weiter zunimmt, hüllte sich unter diesen Umständen erst einmal in Schweigen und reagierte gar nicht. Immerhin: Der einseitig von der PKK verkündete Waffenstillstand ist bis 15. April befristet, bis dahin hat die türkische Seite also Bedenkzeit. Wenn die türkische Armee bis dahin in keinen Waffenstillstand einwilligt, bleibt der PKK und dem kurdischen Volk womöglich erneut kein anderer Weg als die Ausweitung des bewaffneten Kampfes, Anschläge auch in den türkischen Gebieten, um die türkische Armee stärker zum Schutz ihres „Hinterlandes“ zu zwingen usw.

Gleichzeitig verstärkte die PKK ihre Bemühungen, die Einheitsfront des kurdischen Volkes weiter zu festigen und den Aufbau des kurdischen Nationalparlaments voranzutreiben. Die gemeinsa-

me Erklärung von PKK und PSK (in der BRD wirkt diese Partei über den Verband „Komkar“) könnte, wenn die PSK sich an die Vereinbarungen hält und die gemeinsame Versammlung durchführt, ein wichtiger Schritt dahin sein. Immerhin: Kurz vor Ausbruch des Golfkriegs waren damalige Bemühungen der PKK, eine Verständigung mit PSK, KDP und PUK zu erreichen, noch an diesen Parteien gescheitert. Damals setzten diese Parteien offensichtlich ihre Hoffnungen noch auf eine Intervention des Westens zugunsten der Kurden, ein Irrtum, der das kurdische Volk in Südkurdistan bekanntlich dann kurz darauf erneut viele Tote kostete.

Wir dokumentieren im folgenden die gemeinsame Erklärung von PKK und PSK.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief Nr. 7/93 — (rül)

An die Öffentlichkeit

Am 19. März 1993 sind der Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Abdullah Öcalan, und der Generalsekretär der Kurdisch-Sozialistischen Partei (PSK), Kemal Burkay, zusammengetroffen. Bei ihren Gesprächen kamen sie zu den unten aufgeführten Themen zu einem gemeinsamen Beschluß, der hiermit der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird.

1. Die kurdischen Organisationen, die in Kurdistan sind oder sich außerhalb Kurdistans aufhalten, sollen sich gegenseitig akzeptieren und anerkennen. Evtl. Meinungsverschiedenheiten und Differenzen sollen auf friedliche Weise gelöst werden. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Organisationen sind jegliche Gewaltanwendung, feindliche Diskussionen und Angriffe zu unterlassen.

2. PKK und PSK verpflichten sich hiermit, in Nord-Kurdistan die Verhältnisse zwischen den Sympathisanten der kurdischen Organisationen zu stabilisieren und zu einer einheitlichen und gemeinsamen Front zu gelangen. Beide Parteien werden zu diesem Zweck in kurzer Zeit eine gemeinsame Versammlung durchführen. Alle kurdischen Vereinigungen werden aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

3. Wie jedes Volk hat auch das kurdische Volk das Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und das Recht, sich gegen jegliche Art von Gewalt zu wehren, um seine eigene Identität wahren zu können. Diese Rechte sind in den Universalen Menschenrechtsveröffentlichungen der Vereinten Nationen sowie in dem KSZE-Abkommen festgehalten.

Obwohl die türkische Regierung seit einiger Zeit behauptet, die kurdische Identität anerkannt zu haben, weigert sie sich nach wie vor, diese rechtlich zu legalisieren.

Wenn bereits die Grundrechte der Kurden nicht anerkannt werden, hat die Aussage: „Wir kennen die kurdische

Identität“ keinen Sinn. Eine gerechte Lösung der Kurden-Frage ist nur realisierbar, wenn Gleichberechtigung zwischen beiden Völkern besteht. Wir sind der Meinung, das im Rahmen einer Demokratie diese zwei Völker nebeneinander, brüderlich und friedlich zusammenleben können. Dafür ist eine demokratische Föderation erforderlich. Aus diesem Grund muß der heutige Kampf, der von der türkischen Regierung eröffnet wurde, ein Ende finden, und das Problem muß friedlich gelöst werden. Wenn tatsächlich die türkische Regierung interessiert ist und Wert auf Frieden, Demokratie und Gleichberechtigung legt, sollte sie die dringend erforderlichen folgenden Schritte veranlassen:

1. Beiderseitiger Waffenstillstand, der erste Schritt, den die PKK dazu beigetragen hat, sollte als historische Gelegenheit angesehen werden.
2. Der Ausnahmezustand in Kurdistan, die Befugnisse des Gebietsgouverneurs, die Konterguerillas, die Sondereinsatzkommandos sowie sämtliche Dorfschützer müssen aufgelöst werden.
3. Die Identität und die Rechte des kurdischen Volkes müssen im Rahmen der demokratischen Verfassung sichergestellt werden und sämtliche anti-demokratischen Gesetze und Vereinigungen müssen aufgehoben werden.
4. Generelle Begnadigung der Inhaftierten.
5. Die volle Anerkennung der Freiheit der Meinungs-, Presse-, Organisationsgründung und deren Einhaltung.
6. Alle bisher verbotenen Parteien, einschließlich unserer, müssen sich an der gesamten Landespolitik frei beteiligen und diese mitgestalten können.
7. Sämtliche Formen der Unterdrückung gegen die kurdische Sprache, Geschichte und Kultur müssen beendet werden. Gleichzeitig muß gewährleistet sein, daß die kurdische Erziehung und Ausbildung erweitert wird. Es muß möglich sein, kurdische Sendungen in Funk und Fernsehen zu senden.
8. Aufgrund des existierenden Zustandes muß den Kurden, die das Gebiet zwangsweise verlassen hatten, die Rückkehr gewährleistet werden. Der Schaden, der den Familien durch die Flucht entstanden ist, muß ersetzt werden.
9. Das überwiegend in den letzten Jahren erreichte Wirtschaftswachstum in Kurdistan muß wiederhergestellt und stabilisiert werden.

Auf diesem Wege wünschen wir unserem Volk vom ganzen Herzen ein frohes Newroz-Fest.

PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan,
PSK-Generalsekretär Kemal Burkay



Die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab 1996 vorgeschriebene Steuerbefreiung des Existenzminimums (derzeit für einzelne Personen 12000 DM im Jahr, für Verheiratete 19000 DM) wird zu Steuerausfällen von 45 Mrd. DM führen. Darauf hat jetzt der DGB hingewiesen. DGB-Vorstandsmitglied Geuenich forderte, schon allein aus diesem Grund müsse das „Standortsicherungsgesetz“ der Bundesregierung, das massive Steuersenkungen für die Reichen und Kapitalisten bei der Einkommens-, Körperschafts- und Erbschaftssteuer vorsieht, zumindest verschoben werden. (Bild: af/mz)

Wahlen: Faschistische Sammlung mit Schönhubers Republikanern

Die beiden Kontrahenten im rechten und faschistischen Lager, Schönhuber und Frey, beurteilten die hessischen Kommunalwahlergebnisse ähnlich: Die Medien und andere Institutionen hätten Republikaner und DVU bei den Wahlen stark behindert. Schönhuber erklärte, trotzdem habe man einen großen Wahlsieg errungen. Frey zieht die umgekehrte Schlußfolgerung: „So gelang es, die DVU, die diesmal nur in Frankfurt antrat, auf 2,7 Prozent zu reduzieren.“ (1)

Schönhubers Republikaner sind die eindeutigen Sieger in der Konkurrenz von Republikanern und DVU. Trotzdem wissen die beiden Führer, daß eine Stimmenaddition sie deutlich über zehn Prozent bringt. Die faschistischen Stimmengewinne strahlen bis weit in CDU/CSU und in liberale Kreise. Die faschistische Zeitung *Junge Freiheit* druckt einen Artikel des Sprecher des Deutschlandforums Claus Jäger (CDU) ab. (2)

In der gleichen Zeitung gab der Theoretiker der französischen Rechten, Alain de Benoist, ein Interview, in dem er erklärte: „Realistisch gesehen muß ich jedoch feststellen, daß Deutschland für die Neue Rechte eine zentrale Position ein-

nimmt. Zunächst ganz einfach aus geopolitischen Gründen. Dann auf dem Feld des Denkens und der Kunst ... Berlin wird heute, von Tag zu Tag mehr, zur Hauptstadt Europas.“

In der Zeitschrift *Europa Vorn*, die der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ sehr nahe steht, (diese hatte sich vor zwei Jahren von den Republikanern abgespalten), werden seit einigen Wochen sehr freundliche Artikel über die Republikaner geschrieben. Tenor: „Nur die Republikaner haben bundesweit Aussicht, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen.“ (3)

Die Wahlerfolge der Republikaner in Hessen werden mobilisierend wirken. Bei den Republikanern kann man sein Glück noch machen, wird so mancher Rechte denken. Parlamentsmandate sind zu ergattern, Gelder können eingestrichen werden und eine kleine politische Karriere ist in Aussicht. Bereits 1989 nach den ersten Wahlergebnissen hatten die Republikaner großen Zulauf. Das wird diesmal nicht anders sein, nur werden die Republikaner vielleicht bemüht sein, dies etwas diskreter zu handhaben. Die Republikaner haben für den Aufbau

einer bundesweiten Partei einen deutlichen Vorteil: Sie haben in Bayern eine Bastion und wollen die Partei von Süden nach Norden aufbauen. Auf der Aschermittwoch-Veranstaltung der Republikaner im bayerischen Eggenfelden kamen nach Zeitungsberichten 5500 Besucher. Nach Hochrechnungen würden sie in Bayern über 10 Prozent der Stimmen bei Landtagswahlen bekommen und der CSU die absolute Mehrheit abnehmen.

Die Faschisten haben über die Republikaner jetzt eine Partei, die nicht mehr nur als Stoßtrupp operieren muß, sondern sie können in stärkerem Umfang aus Parlamenten heraus operieren. Schwarz-braune Koalitionen werden dann nicht mehr nur über Themen gebildet, sondern in staatlichen Behörden und Verwaltungen. Die Republikaner rekrutieren sich aus der CSU, haben Kontakte zur Kirche, eine positive Einstellung zu NATO und zu Europa. Das sind bündnispolitische Stärken, die ihnen in Europa wieder eine „zentrale Position“ sichern sollen.

Quellen: (1) *Nationalzeitung*, 12. 3. 93; (2) *faschistische Nachrichten* Nr. 7/93; (3) *Europa Vorn* Nr. 46 — (jod)

Solidarpakt durch wen, für wen? Anmerkungen aus Sicht der PDS

Seit dem 15.3.1993 steht er nun, der Solidarpakt. Gezimmert wurde er als Konsens zwischen CDU/CSU, F.D.P. und SPD. Ausgegrenzt wurden die zwei im Bundestag vertretenen Gruppen PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Grüne.

Der Streit scheint zwischen den „großen“ Parteien beigelegt, aber schon regen sich erste Stimmen, die Nachverhandlungen fordern.

Die Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste lehnte die im Vorfeld geäußerten Vorstellungen ab, nichtsdetrotz hat aber das föderale Konsolidierungsprogramm, das Grundlage des Solidarpaktes ist, in erster Lesung bereits den Bundestag passiert.

Wie sind einige Ergebnisse zu werten?

1. Der rapide soziale Kahlschlag konnte zunächst gestoppt werden. Grund zur Freude darüber besteht jedoch nicht, denn bis 1996 sollen bei Bund, Ländern, Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit 24 Milliarden DM eingespart werden. Geplündert werden sollen die schmalen Geldbeutel der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, der Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden, der Bezücker von Altersübergangsgeld. Das Wohngeld wird gekürzt, die BAFÖG-Anpassung um zwei Jahre verschoben.

2. Ab 1995 werden im Rahmen des West-Ost-Transfers den neuen Bundesländern 55,8 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Vergessen wird dabei, daß es sich in Größenordnungen um Zuwendungen handelt, für die aufgrund der geltenden rechtlichen Situation ein Rechtsanspruch besteht. Vergessen wird auch, daß die neuen Bundesländer für Kosten für den ÖPNV und EG-Mitgliedschaft 5,5 Milliarden DM neu und zusätzlich zu übernehmen haben. Vergessen wird auch, daß in dieser Summe 10 Milliarden DM Berlinförderung enthalten sind und daß noch 1991 für Gesamtberlin 14,5 Milliarden DM zur Verfügung standen. Weiterhin läuft der Fonds Deutsche Einheit in Höhe von 31,5 Milliarden DM aus.

Was bleibt von einer Transfersumme von 55,8 Milliarden, sind lediglich rund 13,2 Milliarden DM für die ostdeutschen Flächenländer an zusätzlichen Transferzahlungen.

Wenn man weiter bedenkt, daß aus Ostdeutschland über 40 Milliarden DM an Steuern an den Bund gezahlt werden

und die neuen Bundesländer zusätzlich Altschuldenfinanzierung für den sozialen Wohnungsbau aus DDR-Zeiten in Höhe von über 30 Milliarden DM mit dem Bund teilen, wird deutlich, daß dieser Solidarpakt nicht das erreichen wird, was er vorgibt.

Noch vor Jahren tönte es, daß jährlich 120 bis 150 Milliarden DM für den Aufbau Ost erforderlich wären. Was jetzt bereitgestellt wird, ist vergleichsweise ein lächerlicher Betrag. Gleichzeitig wird durch Vermischung von tatsächlichen Rechtsansprüchen und zusätzlichen Leistungen das Bild erweckt, daß allein die Altbundesländer mit enorm hohen Aufwendungen die Einheit finanzieren.

3. In jedem der neuen Bundesländer werden damit die Probleme nur kurzfristig und vorübergehend gelindert, gelöst werden sie damit nicht. Für Thüringen wurde durch die Fraktion Linke Liste/PDS im Thüringer Landtag in Einschätzung der tatsächlichen Situation und der Erkenntnis dessen, daß es nicht allein eine Frage der finanziellen Zuwendungen des Bundes ist, den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau in Gang zu setzen, ein Forderungskatalog an die Landesregierung aufgestellt, der die Basis dafür bilden könnte, in den nächsten Jahren eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.

Das größte Problem in Thüringen ist heute die Arbeitslosigkeit! Für über 700.000 Thüringer, die arbeiten wollen und können, bestehen in diesem Land gegenwärtig nicht die existenziellen Voraussetzungen dafür, durch eigene Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Für eine Regierung, die Politik im Interesse der Bürger machen will, muß deshalb die Schaffung von Arbeitsplätzen an oberster Stelle stehen.

Die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind vor allem: — eine Angelegenheit des politischen Willens und — der wirtschaftlichen Kompetenz von Bundesregierung und Landesregierung — und darin liegt auch zugleich ihr Problem!

Nur wer nicht sklavisch an marktwirtschaftlichen Dogmen festhält, legt sich von vornherein keine Fesseln an.

Es sind nicht nur sozial, sondern auch volkswirtschaftlich bessere Lösungen möglich, als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Notwendig ist an erster Stelle eine ei-

genständige, aktive regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik zur Schaffung von perspektivischen Dauerarbeitsplätzen.

Durch die Landesregierung ist ein Sofortprogramm zu erarbeiten, wie in den Jahren 1993 bis 1995 mindestens 400.000 Arbeitsplätze (200.000 Arbeitslose, 75.000 FuU, 26.000 Null-Stunden-Kurzarbeiter, 100.000 stille Reserve und Pendlern)

— im produzierenden Gewerbe,
— im Bereich sozialer und humanitärer Dienstleistungen und
— für die Umweltsanierung in Thüringen geschaffen werden können.

Ich fordere die Landesregierung wiederholt an dieser Stelle auf, alle finanziellen Mittel für die Wirtschaftsförderung gezielt vor allem an die im IST tatsächlich geschaffenen Arbeitsplätze zu binden. Mit jährlich über 1 Mrd. DM Wirtschaftsförderungsmittel müssen wesentlich verbesserte Beschäftigungseffekte spürbar werden als bisher.

Zugleich spielt die öffentliche Finanzierung dringend notwendiger regulärer Arbeitsplätze im Bereich humanitärer Dienstleistungen und der Umweltsanierung eine zentrale Rolle.

Zweitens müssen die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik sofort erhöht werden. Die zusätzlichen 1,8 Mrd. DM für AB-Maßnahmen im Osten sind dabei besser als nichts, aber dennoch nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Arbeitslosenmarkt.

225.000 zusätzliche ABM für Ostdeutschland, d.h. etwa 38.000 Hoffnungen für Thüringen, bei 200.000 Arbeitslosen, 75.000 Fortbildungen und Umschulungen, 46.000 Kurzarbeitern, 100.000 Pendlern und einer stillen Reserve von über 110.000 Menschen.

Und ABM sind nicht zu verwechseln mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, denn nur in den seltensten Fällen wird aus einer AB-Maßnahme ein Dauerarbeitsplatz. Dennoch darf auf dieses wichtige Element einer aktiven Arbeitsmarktpolitik heute und in den nächsten Jahren nicht verzichtet werden, im Gegenteil — es ist weiter auszubauen. Das Beschäftigungsproblem kann damit aber bestenfalls zu 10 % gelöst werden. Zwar brachten die Solidarpaktgespräche das Ergebnis, daß Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht gekürzt werden sollen, dennoch gibt es bei wachsenden Arbeitslosenzahlen nicht mehr Geld.

Ein ganz entscheidender Mangel ist

es, daß Mittel für Fortbildung und Umschulung nicht erhöht, Regelungen zum Altersübergangsgeld nicht fortgeführt werden.

Drittens kommt es darauf an, mit staatlichen Investitionen Treuhandbetriebe zu sanieren und zu modernisieren, um diesen Unternehmen überhaupt die Chance einzuräumen, Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen.

Viertens ist wirksame staatliche Hilfe und Unterstützung notwendig bei der Schaffung bzw. Wiederbelebung von Absatzmärkten für ostdeutsche Produkte.

Fünftens ist durch den Bau von Wohnungen, davon mindestens die Hälfte als Sozialwohnungen, der vorhandene hohe Wohnungsbedarf zu befriedigen. Zugleich können damit zusätzliche Arbeitsplätze im Bauwesen selbst — aber auch durch Synergieeffekte — in anderen Bereichen der Volkswirtschaft entstehen.

Und nicht zuletzt kommt es darauf an, vor allem die finanziellen Grundlagen der Kommunen so zu verbessern, damit ein wachsender Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung gestaltet werden kann.

Es gibt kein Patentrezept, Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Es gibt jedoch nicht nur großen Handlungsbedarf, sondern auch beträchtliche Handlungsmöglichkeiten und einen nicht geringen Handlungsspielraum. Ergebnisse können jedoch nur erreicht werden, wenn zu einer anderen, zu einer kreativen und ideenreichen Wirtschaftspolitik übergegangen wird, die die Vielzahl von Möglichkeiten nutzt und miteinander kombiniert und sich nicht durch Festhalten an marktwirtschaftlichen Dogmen von vornherein Fesseln anlegt.

All das machen aber die Regierenden in Bonn und Erfurt nicht bzw. nur sehr zögerlich und immer nur so viel, um glaubwürdig zu bleiben.

Es fehlt, wie gesagt, an ihrem politischen Willen und an ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz.

Und so sahen sich auch fast alle Beteiligten am Ende der Solidarpaktgespräche als Sieger, dabei ist im Prinzip alles offen!

Michael Gerstenberger, MdL der LL/PDS im Thüringer Landtag



Städte fühlen sich durch Solidarpakt ausgetrickt

Diese Meinung vertritt der Bayerische Städtetag. Sein Vorsitzender Josef Deimer (CSU) gab am 19. März der Presse eine erste Stellungnahme: Bei dem „Milliardenpoker in Bonn“ hätten die Länder noch betont, welche Erblasten sie zu tragen hätten. Jetzt aber zeige sich, daß die Kommunen daran mit 40 Prozent beteiligt werden sollen. „Mit fremden Muskeln kann man leicht Lasten tragen“, faßte er seine Kritik zusammen. Eine Stellungnahme des Deutschen Städtetags wird erst nach Redaktionsschluß vorliegen. Obwohl direkt betroffen, müssen die kommunalen Vertretungsorgane mühsam Kanäle anzapfen, um an ausreichende Informationen zu kommen. Mehrmals hatten sie erfolglos darauf gedrungen, bei den Solidarpaktverhandlungen dabei zu sein.

Wenn die Kommunen 40 Prozent der Kosten übernehmen müssen, die die Länder im Rahmen des „Solidarpaktes“ aufrufen, wird das vor allem erneute Gebührenerhöhungen, Personalabbau und Leistungskürzungen für einen großen Teil der Bevölkerung bedeuten. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wird schwer durchsetzbar sein, weil alle Weichen so gestellt sind, daß die Privatwirtschaft vorrangig bedient und keinesfalls belastet werden darf.

Friedhelm Ost, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, teilte der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* in einem Interview am 20.3. mit, daß er den Optimismus des Arbeitgeber-Präsidenten Murrmann nach dem Solidarpakt teile. In dessen Sinne fielen auch seine Antworten aus, z.B.: „Wir brauchen schlanke Produktion und schlanke Verwaltungen. Und wir müssen unproduktive Investitionen abbauen.“ Was heißt das? fragte die AZ. „Verzicht auf überflüssigen Verkehrsbau für viele Millionen, auf etwas übertriebene Pflege von Biotopen mit öffentlichen Geldern, auf Förderung lesbischer Gemeinschaften aus öffentlichen Haushalten. So kann man auf Sparkurs gehen, indem man unproduktive Investitionen stützt.“ Letzte Frage: Muß die Folge des Solidarpaktes sein, wie das der Städtetag gesagt hat, daß die Abgaben

auf breiter Front steigen? „Nein. Vor Erhöhungen von Steuern und Abgaben muß das Sparen stehen, nicht blind, aber gezielt. Die Qualität der Infrastruktur soll nicht schlechter werden“, so die Worte von Ost.

Der „Solidarpakt“ gibt an, wo „Qualität“ erhalten werden soll: Beim Wohnungsbau gibt es weitere Vergünstigungen für große Investoren und bei der Bahnreform verzichtete der Bund auf Verlangen der Großbetriebe darauf, schon jetzt die Nahverkehrslasten ganz auf die Länder und Kommunen abzuwälzen. Dies soll erst 1995 geschehen. Außerdem werden die geltenden Standards beim Wohnungs- und Straßenbau sowie bei den Kindergärten überprüft.

Wie Ost deutlich macht, sollen Leistungen da „eingespart“ werden, wo sie nicht direkt der Wirtschaft nützen. In der Öffentlichkeit wurde groß herausgestellt, daß der „Solidarpakt“ auf die ursprünglich geplante pauschale Kürzung der sozialen Regelleistungen verzichtet hat. Die jetzt beschlossene Einschränkung sozialer Leistungen läuft stattdessen schrittweise, aber mit einem weitestgehten Ziel. Der Anfang ist gemacht mit der Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber. Beschlossen wurde auch die Kürzung des Wohnungsgeldes. Die Kommunen werden durch engste finanzielle Einbindung in den „Pakt“ praktisch dazu gezwungen, die verworfene Sozialhilfekürzung durch vielfältige Leistungskürzungen und Gebührenerhöhungen zu übertreffen.

F. Ost's Äußerungen zeigen, wie stark in ureigenen kommunalen Aufgaben eingegriffen werden soll. Bisher geht es den Bund und die Länder absolut nichts an, wenn eine Stadt ein paar Pfennig für unterdrückte Lesben ausgibt. Doch laut „Solidarpakt“ arbeitet man an neuen Wegen. Hier ist festgehalten, daß der „Mißbrauch sozialer und wirtschaftlicher Leistungen“ massiv bekämpft werden soll. Unter Bezug auf diese Lösung sind viele Eingriffe in kommunale Aufgaben zu erwarten. Aber was ist „Mißbrauch“. Der Streit um die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben wird sich erst noch richtig entfalten. — (baf)

Zwang zur Arbeit — Arbeitsämter erhalten Weisungen

Gegen den ausdrücklichen Beschluß der Selbstverwaltung setzte Bundesarbeitsminister Blüm den Haushalt 1993 für die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Kraft. Bei steigender Arbeitslosigkeit wollte die BA im bisherigen Umfang Mittel für ABM, Fortbildung und Umschulung und finanzielle Vermittlungshilfen haben. Die Bundesregierung will derartige Sozialleistungen streichen.

Der Sparhaushalt führte schon im Februar/März dazu, daß für neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen überhaupt kein Geld mehr da ist und für Umschulungen/Fortbildungen faktisch auch nicht. Ebenso fehlen Gelder für Lohnsubventionen. Und dies, obwohl mit der 10. Novelle zum Arbeitsförderungs-gesetz die Anspruchsvoraussetzungen bzw. die Höhe von Leistungen gekürzt wurden. Zwei Milliarden Mark könne die BA darüber hinaus „einsparen“, wenn sie den „Mißbrauch von Sozialleistungen“ konsequent aufdecke und verfolge, so Blüm.

Spektakulär sind die angeordneten Meldekontrollen: Zunächst werden jeden Monat 50 % (in den neuen Bundesländern 33 %) aller Leistungsempfänger aufgefordert, in den Ämtern zu erscheinen. Der Schwerpunkt liegt bei denjenigen, bei denen eine erhöhte „Bereitschaft“ zur Schwarzarbeit unterstellt wird. Dazu zählen Arbeitslose aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, dem Baugewerbe und dem Gebäudereinigungsgewerbe, aber es werden auch andere Gruppen diskriminiert, z.B. Frau-

en, die nur Teilzeitarbeit suchen oder „Ausländer“.

Die Meldekontrollen stoßen auch innerhalb der BA auf massive Kritik. Im Arbeitsamt Essen sammeln ÖTV-Vertrauensleute Unterschriften unter eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Wie auch bei den Steuern, Subventionen und Abgeordnetenbezüge gibt es Mißbrauch von Leistungen. Das Ausmaß bei der BA wird aber unerträglich hochgespielt, um die Schuld an dem „gesellschaftspolitischen Skandal Arbeitslosigkeit“ den Betroffenen selbst zuzuschreiben. Im übrigen gehören zur Schwarzarbeit zwei Partner. Niemand käme aber auf die Idee, alle Arbeitgeber der Republik als potentielle Straftäter zu diskriminieren.“ Der Präsident des Landesarbeitsamtes NRW will die Arbeitsämter nicht zu „Stempelbuden“ machen lassen, Arbeitsamtsdirektoren haben in der Presse kritisch Stellung genommen.

Im Zusammenspiel mit zwei weiteren Weisungen von Blüm wird allerdings schnell deutlich, daß mit den Meldekontrollen weniger der „Mißbrauch“ bekämpft werden soll, sondern der Zwang zur Arbeit zu jeder Bedingung vorange-trieben wird: Zum einen sollen Arbeits-erlaubnisse (AE) restriktiver gehandhabt werden, zum anderen soll die Zumutbarkeits-Anordnung „stringent“ angewandt werden.

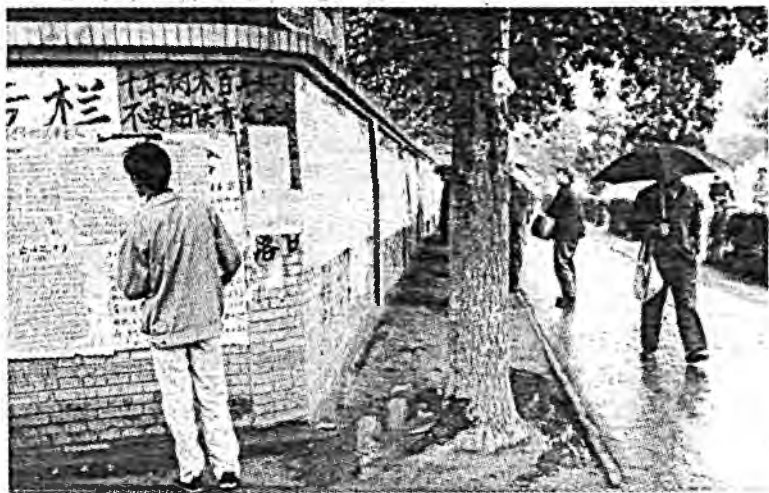
Allein 1992 wurden knapp eine Million „allgemeine“ AEs nach „Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes“ erteilt, d.h. wenn keine Deutschen oder

andere Bevorrechtigte (u.a. EG-Ausländer) die Stelle annehmen wollten. „Auch wegen der notwendigen Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs ist es erforderlich, durch eine konsequente Prüfung des Vermittlungsvorrangs nach § 19 Abs. 1 Satz 2 AFG die Beschäftigungsmöglichkeiten für Leistungsbezieher stärker zu nutzen“, heißt es im Er-laub. Die allgemeinen AEs sind jetzt grundsätzlich nur noch für ein Jahr zu erteilen. Danach muß erneut geprüft werden, ob sich nicht ein „Bevorrechtigter“ findet. Die Zumutbarkeits-Anordnung wird da nachhelfen.

Die Arbeitsämter sollen streng prüfen, wieweit die Zumutbarkeits-Anordnung „ausgeschöpft werden kann“. Längere Fahrwege zur Arbeit, Arbeitsaufnahme unterhalb des Qualifikations-niveaus sollen schneller zumutbar sein. Stellenangebote sollen dabei „gleich-rangig“ auch dazu benutzt werden, „die Ernsthaftigkeit der Arbeitsbereitschaft“ zu testen. Hier wird auf die „Mitwirkung der Arbeitgeber“ gesetzt. Die Ablehnung „deregulierter“ Arbeitsbedin-gungen wird immer schwieriger werden, denn wer kann sich schon 12 Wo-chen Sperrzeit leisten?

Der Vorstand der BA hat den Erlassen noch nicht abschließend zugestimmt, es ist aber fraglich, ob die Arbeitnehmer-bank Blüms Zumutungen zurückweisen kann. Jagoda, seit Januar Präsident der BA, ist dabei kein Verbündeter — er ist ein politischer und persönlicher Freund von Blüm. — (syb)

Die chinesische KP hat sich und dem Land das Ziel gesteckt, bis zum Jahr 2000 einen „bescheidenen Wohlstand“ für alle zu erreichen. Nach diesem Plan soll das chinesische Brutto- sozialprodukt pro Kopf 400 US-Dollar übertreffen, das durchschnittliche Jahreseinkommen 240 Dollar. Im Landes- durchschnitt sollen für alle 15,5 qm Wohnraum, eine täglich Kalorienauf- nahme von 2600 kcal und eine Lebens- erwartung von 70 Jahren erreicht werden. 60 Prozent der Jugendlichen sollen Mittelschulabschluß erhalten, 90 Prozent der Landbevölkerung sollen Zu- gang zu sauberem Trinkwasser haben. 95 Prozent der Dörfer sollen mit Strom und 70 Prozent mit Telefonanschluß ver- sorgt sein. Chinesische Stadtbewohner sollen darüber hinaus bis zum Jahr 2000



ein durchschnittliches Jahreseinkom- men von 860 Dollar und zwei Wochen bezahlten Urlaub erhalten (nach *China Daily*, halbamtliche englischsprachige Tageszeitung in China vom 20. 12. 1992). Erst im Jahr 2050 will China einen Lebensstandard erreichen, der in etwa dem der entwickelten kapitalisti- schen Länder entspricht.

Diese Ziele des sozialistischen China hatte das kapitalistische Deutschland im wesentlichen vor 100 Jahren schon er- reicht. 1871 lebten noch 65 Prozent der Bevölkerung im Deutschen Reich auf dem Land, im China von 1990 sind es 74 Prozent. Im Jahr 1895 hatten 70 Prozent der deutschen Bevölkerung ein Jahre- seinkommen unter 900 RM. Das Netto- jahreseinkommen von chinesischen Stadtbewohnern lag 1991 bei 450 DM, die Landbewohner hatten Nettoeinkünfte von rund 200 DM.

Fortgeschrittener Kapitalismus — rückständiger Sozialismus

Am schärfsten läßt sich der chinesische Rückstand gegenüber dem kapitalisti- schen Deutschland im Brutto- sozialprodukt pro Kopf fassen, eine Zahl, die im groben die gesellschaftliche Arbeitspro- duktivität eines Landes widerspiegelt: In Deutschland liegt sie derzeit bei rund 20000 Dollar im Jahr, in China bei rund 350 Dollar.

„Der wirkliche Reichtum der Gesell- schaft und die Möglichkeit beständiger Erweiterung ihres Reproduktionspro- zesses hängt ... ab ... von ihrer Pro- duktivität und von den mehr oder minder reichhaltigen Produktionsbedingungen, worin sie sich vollzieht. Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört ... Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.“ (K. Marx, *Das Kapital*, Band 3, S. 828)

Könnte Europa diesem Reich der Frei- heit ohne Kapitalisten nahe kommen? Für Marx waren die Kapitalisten eine „wirkliche Produktionsbedingung“ der Großproduktion: „Mit der Kooperation vieler Lohnarbeiter entwickelt sich das Kommando des Kapitals zum Erheis- chen für die Ausführung des Arbeitspro- zesses selbst, zu einer wirklichen Pro- duktionsbedingung. Der Befehl des Ka- pitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld.“

Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf grö- ßerem Maßstab bedarf mehr oder min-

Markt und Marx in China China nach dem 14. Parteitag (Teil 2)

der einer Direktion, welche die Harmo- nie der individuellen Tätigkeiten vermit- telt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des pro- duktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen. Ein einzelner Violi- nist dirigiert sich selbst, ein Or- chester bedarf des Musikdirektors. Die- se Funktion der Leitung, Überwachung und Vermittlung wird zur Funktion des Kapitals, sobald die ihm untergeordnete

der vergesellschafteten Produktion und der Warenwirtschaft der Moderne wi- derspiegeln, von allen Ländern der Erde einschließlich der entwickelten kapitali- stischen Länder übernehmen und aus- nutzen. Kapital, Ressourcen, Know how und Fachkräfte aus dem Ausland stellen ebenso wie die heimische Privatwirt- schaft eine nützliche Ergänzung dar und können und müssen für den Sozialismus nutzbar gemacht werden. Da die politi- sche Macht in den Händen des Volkes liegt und es eine starke gemeineigene Wirtschaft gibt, können diese Dinge dem Sozialismus nicht schaden, sondern dienen seiner Entwicklung.“ (Bericht zum 14. Parteitag)

Ausverkauf Chinas?

Der deutsche Kapitalexport fließt kaum in die Dritte Welt, sondern bevorzugt in andere Industrieländer. Ihr Anteil an deutschen Auslandsinvestitionen stieg von 73,9 Prozent im Jahr 1976 auf 84,5 Prozent 1990. Entwicklungsländer als Zielorte deutscher Kapitalexporte gingen im gleichen Zeitraum von 16,5 Prozent auf 8 Prozent zurück.

Innerhalb der Dritten Welt verlor Afrika völlig und die Entwicklungslän- der in Amerika weitgehend an Attrakti- vität für deutsches Kapital. Der Anteil der deutschen Direktinvestitionen in Afrika ging von 1,6 Prozent aller Aus- landsinvestitionen (1976) auf 0,3 Pro- zent (1990) zurück, der Kapitalexport in amerikanische Entwicklungsländer fiel von 13,3 Prozent (1976) auf 5,6 Pro- zent, während asiatische Länder ihren relativ geringen Anteil an deutschen Ka-

pitalimporten, die technische Umge- staltung der Betriebe, in die kapital- und technikintensiven Sektoren sowie im angemessenen Grad in das Bankwesen, den Handel, die Touristik und das Im- mobiliengewerbe (zu) lenken“ (Partei- tagsbericht). Für Investitionen in die weniger profitablen, aber nicht weniger wichtigen Wirtschaftsbereich muß sich China auf eigenes Kapital wie auf billige Kredite der UNO stützen.

Zahlenmäßig ist das private „heimi- sche“ Kapital in China stärker als der Einfluß des Auslandskapitals. Von den rund 100 Milliarden US-Dollar Neuin- vestitionen in chinesische Produktions- mittel des Jahres 1991 stammten 60 Pro- zent von den großen Staatsbetrieben, 10 Prozent von den sogenannten Kollektiv- unternehmen (meist kommunale Betrie- be auf Stadt- oder Dorfebene), 18 Pro- zent von chinesischen Privatunterneh- mern, 11 Prozent von Kapitalimport (nach dem Chinesischen Statistischen Kommuniqué 1991, eigene Berechnun- gen). Das zeigt einerseits die Dynamik, die privates Kapital in China bereits ent- faltet, aber auch, daß von einem „Aus- verkauf Chinas“ nicht gesprochen wer- den kann.

Zwar sind es vor allem manufaktur- ähnliche Betriebe mit überholter Tech- nik, die von privatem Kapital errichtet werden, aber auch aus dem Ausland flossen bisher noch relativ kleine In- vestitionssummen. 1991 lag der Durch- schnitt pro ausländische Investition un- ter einer Million Dollar. Die chinesische Regierung hätte viel lieber größere In- vestitionen, damit modernste Technik ins Land kommt.

Hier zeigt deutsches Kapital relativen Wagemut. Trotz eines Anteils am Aus- landskapital von nur 1,5 Prozent zählen deutsche Unternehmen in China zu den größten und modernsten. VW-Shang-



Deng

pitalexporten leicht von 1,7 Prozent (1976) auf 2 Prozent (1990) steigern konnten (Daten nach Statistiken der Deutschen Bundesbank).

Diese Zurückhaltung des deutschen Kapitals gegenüber der Dritten Welt ist nach meiner Meinung teils unternehme- risches Kalkül, teils war es strategische Planung, die sich auf die Erschließung und Vertiefung der wichtigsten Absatz- märkte konzentrierte und darauf setzte, daß die USA und die alten Kolonial- mächte Frankreich und Großbritannien die Rohstoffbasen in der Dritten Welt auch für die deutsche Industrie wirt- schaftlich, politisch und militärisch ab- sichern.

Die chinesische Regierung bietet aus- ländischen Kapitalanlegern zwar Steuer- ermäßigung oder Steuerbefreiung, zoll- freie Importe für Vorprodukte, billige Bodenpacht, billige Arbeitskräfte und billige Rohstoffe, aber die Hauptanzie- hungskraft bildet der riesige, aber noch nicht entwickelte Binnenmarkt von einer Milliarde Konsumenten. Ausländische Kapitalisten wollen nach eigenem Be- kunden vor allem in China investieren, um mehr Waren auf dem chinesischen Binnenmarkt absetzen zu können, der bis jetzt von Schutzzöllen immer noch gut abgeschirmt wird.

Ohne großen Erfolge versucht die chi- nesischen Regierung, Auslandsinvestiti- onen „vor allem in die Infrastruktur, die

Kapitalistisch- kommunistische Einheitsfront

Doch gut 60 Prozent aller bisherige Ka- pitalimporte (1978–1990) stammen aus Hongkong, die USA folgen mit weitem Abstand bei 12 Prozent (*China Daily*, 9. 6. 1991). Dabei gibt es Anhaltspunkte — Zahlen sind nicht erhältlich —, daß auch der Großteil der US-Investitionen in China von emigrierten ChinesInnen getätigt wird. Hongkong von der welt- weiten Rezession ungebrochenes Wirt- schaftswachstum stammt zum erhebli- chen Teil vom „Roten China“: 24 Pro- zent der Fertigprodukte und 61 Prozent der Roh- und Werkstoffe in Hongkong liefert das chinesische Festland (*China Daily*, 12. 2. 1993). Gleichzeitig sieht sich die britische Kolonialregierung bei ihrem politischen Schwanengesang in der Kronkolonie einer einheitlichen Front von Hongkonger Kapitalisten und Beijinger Kommunisten gegenüber.

Ohne daß es öffentlich verkündet wird, hat die chinesische KP wieder eine Einheitsfront mit der nationalen chine- sischen Bourgeoisie geschlossen. Die letzte Allianz zwischen den chinesischen Kommunisten und der kapitalistischen Kuomintang war mit der Vertreibung der japanischen Aggressoren erfolg- reich und endete mit dem vorläufigen Sieg der Kommunisten. Wer aus der jet- zigen Zusammenarbeit von Kommuni- sten und Kapitalisten in China als letzt- endlicher Sieger hervorgehen wird, ist nicht abzusehen.

Jedenfalls traut sich die Kapitalisten- partei Kuomintang auf Taiwan nicht zu, die chinesische KP durch die Wiederver- einigung des Landes von der Macht zu vertreiben. Die Regierung auf Taiwan weist alle Einigungsvorschläge aus Bei- jing strikt zurück und schwankt zwi- schen Abwarten und einer offiziellen Abtrennung der Insel von China. Die taiwanischen Kapitalisten investieren derweil kräftig auf dem Festland — ihr Anteil am Auslandskapital lag 1990 bei 4,3 Prozent. Das wird von der Regie- rung in Beijing begrüßt und ist von den taiwanischen Behörden — ohne Erfolg — verboten.

Es gibt wieder ein paar Leute, die das Märchen von der „chinesischen Bedro- hung“ verbreiten, um einen neuen Ost- West-Konflikt zu schaffen und die inter- nationale Sympathie für China zu unter- graben. Das Entwicklungsland China ist dabei, seine Armut, die von den Kolo- nialmächten mitverursacht wurde, dau- erhaft zu überwinden. Das ist eine ge- rechte Sache, die weltweite Solidarität verdient. Eine solche Unterstützung braucht nicht auf Kritik zu verzichten. Die Wirtschaftspolitik des rückstän- digen China ist kein Vorbild für das ent- wickelte Europa, das sich auch die poli- tischen Strukturen in China nicht zum Muster nehmen muß. Für Europa und Nordamerika gibt es seit der Pariser Kommune ein passenderes politisches Modell: die Räte- Demokratie.

— (Wal Buchenberg)



Rechtsruck in Frankreich?

Beim ersten Wahlgang zur französischen Nationalversammlung erlitten die regierenden Sozialisten eine noch größere Einbuße von Stimmen als vorausgesehen, nämlich nur 17,6 %; erreichten die Grünen weniger Stimmen als prognostiziert, nämlich nur 7,6 %; erhielten die Bürgerlichen in etwa die erwarteten knapp 40 % (RPR: 20,4 % und UDF: 19,1 %) und übertrafen die Rechten von der Nationalen Front mit 12,4 % die Vorhersagen deutlich. Die kommunistische Partei erlitt mit 9,2 % zwar Verluste gegenüber den letzten Wahlen, kann aber weiterhin mit Parlamentssitzen rechnen.

Der relative Erfolg der Nationalen Front — ihr Vorsitzender Le Pen erreichte im Wahlkreis Nizza mit 27 % der abgegebenen Stimmen den ersten Platz — wird zu einer weiteren Verschärfung der bürgerlichen Politik beitragen. Im nächsten Jahr finden die Europawahlen statt, 1995 wird der Präsident neu gewählt, und die Bürgerlichen werden dabei um die Stimmen der Rechten werben und, wie der zurückliegende Wahlkampf zeigt, politische Zugeständnisse machen. Die Le-Pen-Partei konnte sich mit ihrer Propaganda eher im Hintergrund halten: Die bürgerlichen Parteien hatten in ihre Programme ausländere-

feindliche Parolen aufgenommen. Ob sie diese Programmpunkte — Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts in der Richtung, daß nicht mehr jeder, der in Frankreich geboren ist, französische Staatsbürgerschaft besitzt — tatsächlich verwirklichen werden, ist nicht sicher. Die bürgerlichen Parteien sind trotz einer vermutlichen Vierfünftelmehrheit im Parlament auf die Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Präsidenten Mitterand angewiesen, ohne dessen Zustimmung sie kaum ein Gesetz verwirklichen können.

Größere Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und der künftigen bürgerlichen Regierung sind bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erwarten. Die Bürgerlichen wollen die „Solidarbeschäftigungsverträge“, die Jugendlichen und Ungelernten wenigstens befristete Beschäftigung im Sozialbereich verschaffen, beseitigen. Auch die Anzahl von Umschulungskursen für Arbeitslose sei zu hoch. Die Gesetze, die die Sozialisten zur Einschränkung von Massenentlassungen erlassen hatten, sind ebenso ein Investitionshemmnis wie Steuern und Sozialabgaben für Unternehmen. Ebenfalls umstritten: wie sollen die stark verschuldeten Sozialversicherungen saniert werden? — (alk)

Italien: Krise als Hebel für „Zweite Republik“?

Täglich erhält die tiefgreifende politische Krise in Italien neue Nahrung. Die Meldungen über Verhaftungen und Anklagen gegen führende Leute in Wirtschaftsunternehmen, staatlichen Verwaltungen und Parteien jagen sich und sind kaum noch zu überblicken. In den letzten Tagen sind auch die Spitzen der beiden größten Staatsholdings IRI und ENI und von vier ENI-Konzerngesellschaften, darunter AGIP, wegen Bestechung und illegaler Parteienfinanzierung unter Anklage gestellt worden. Die Regierung Amato ist mit Dekreten und Gesetzen gegen Korruption und illegaler Parteienfinanzierung gescheitert: Einstufung der Vergehen nur als Übertretung statt als Straftaten; keine Haftstrafen, sondern Geldstrafen; Rückzug der belasteten Leute aus der Politik. Der Staatspräsident hat nach Protesten in Medien und Öffentlichkeit seine Unterschrift verweigert.

Das traditionelle Parteiensystem gerät immer tiefer in die Krise. Umfragen registrieren große Einbrüche bei allen traditionellen Parteien und Zugewinne bei den Parteien auf dem rechten Rand, der Lega Nord und dem faschistischen MSI, die landesweit auf ca. 14 % bzw. 8 % geschätzt werden. Autoritäre Konzepte mit

einer Stoßrichtung weg von parlamentarischer Kontrolle kommen in die Diskussion: „Regierung von Technikern“, „Regierung des Präsidenten“ usw. Der frühere Staatspräsident Cossiga hat dramatische Szenarien ausgemalt und über ein Eingreifen der militärisch organisierten Carabinieri-Polizei spekuliert.

Immer deutlicher schält sich heraus, daß die bürgerlich-reaktionäre Dramaturgie hinter der politischen Krise vor allem auf ein Ziel hinarbeitet: die Ablösung der aus der Niederlage des Faschismus hervorgegangenen Verfassungsordnung durch eine *Zweite Republik*. Und mit verqueren Fronten treibt die politische Auseinandersetzung auf die Volksabstimmung am 18. April über die Änderung des Wahlrechts zu. Für die Ersetzung des Verhältniswahlrechts durch ein Mehrheitswahlrecht macht sich eine große Koalition stark, die vom Industriellenverband Confindustria bis zu einer Mehrheit bei den Linksdemokraten (PDS, Ex-PCI-Mehrheit) reicht. Das bürgerliche Lager zeigte großes Interesse an der Wahl in Frankreich nach dem Mehrheitswahlrecht: Würde man deren Ergebnis als „klare Verhältnisse“ und Beispiel für Italien verkaufen können? — (rok)

Unita erhält Hilfe von De Beers

Obleich der Sicherheitsrat der UN aufgerufen hat, die Unita in Angola nicht mehr mit Waffen und anderen Gütern zu versorgen, verfügt die Organisation anscheinend nach wie vor über große Ressourcen, die sie in die Lage versetzen, die Regierungstruppen zu bekämpfen und wenigstens zeitweise ganze Regionen zu kontrollieren. Zur Zeit kontrolliert die Unita nicht nur die wichtigsten Ölfördergebiete Angolas, sondern auch die großen Diamantenfelder.

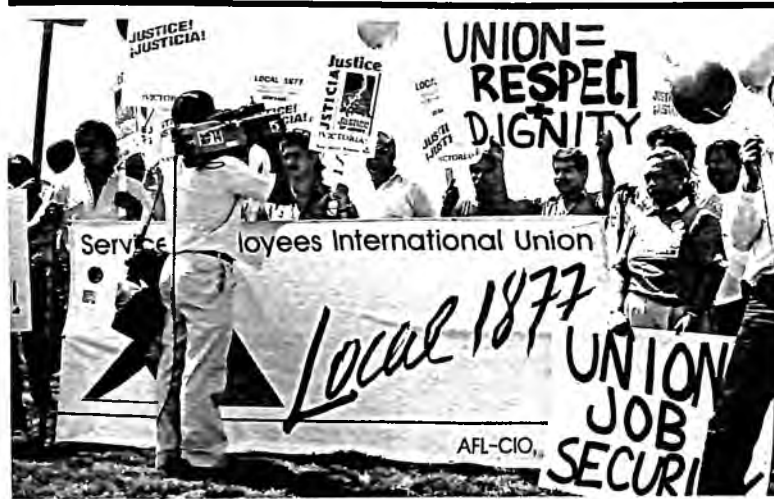
Die USA, die früher die Unita ausrüstete, hat zumindest die offizielle Unterstützung eingestellt. Südafrikanisches Militär unterstützt mit Lufttransporten und Menschen. Und der südafrikanisch-britische Bergwerkskonzern De Beers, der weltweit das Monopol für Diamanten hält und den Preis diktiert, unterstützt mit Geld. In der letzten Januarwoche hat die Unita 400.000 US-Dollar in harter Währung von Diamantenhändlern in Zaire für Diamanten erhalten. Diese Händler erklärten: Der Grenzhandel habe in den letzten Monaten neue Formen angenommen. Früher seien einzelne Leute gekommen, die Diamanten aus Angola verkauft hätten, heute kämen

Leute in Begleitung zairischer Soldaten, die zur Unita gehörten. Etwa ein Drittel der Diamanten aus Angola würden heutzutage von der Unita verkauft. Der Endabnehmer aller Diamanten in der Region ist De Beers. Der Konzern kauft auch illegal geschürfte Steine, um den Monopelpreis bestimmen zu können. Die Geschäftsführung von De Beers leugnet den Verkauf, die offiziellen Büros der Firma in Zaire seien wegen der Unruhen im Land seit Januar geschlossen. De Beers hätte seither nicht direkt, sondern nur über Zwischenhändler Diamanten aus der Region Zaire aufgekauft. Schließlich hat De Beers umfangreiche Schürferträge mit der angolanischen Regierung, und die Ausfuhr von Diamanten aus Angola unterliegt dem Außenhandelsmonopol des Staates.

Alle Händler sind sich einig, daß De Beers erkennen kann, woher illegal geschürfte Steine stammen und dies bei größeren Mengen auch überprüft. Mit diesem Kauf betrügt De Beers die angolanische Regierung, dies ist eindeutige Parteinahme.

Quellenhinweis: The Guardian, 4.3.93; New African, März 1993 — (uld)

Internationale Umschau



Nach 18monatigen Auseinandersetzungen meldet die Gewerkschaft des Reinigungs- und Wachpersonals (SEIU) im US-High-Tech-Zentrum „Silicon Valley“ Erfolge. Zahlreiche Konzerne, die bisher mit Fremdfirmen Verträge hatten und weit unter den tariflichen Löhnen zahlten, haben eingewilligt, die gewerkschaftlichen Tarife für Reinigungs- und Wachpersonal zu zahlen: Unisys, IBM, Apple, Hewlett-Packard und andere. Als eine der letzten willigte Ende Januar Unisys in einen Tarif ein. 18 Monate lang hatte die Gewerkschaft mit Kundgebungen, Streiks, Hungerstreiks, Anzeigen bei Verbraucherverbänden und anderen Kampfzügen gegen die Tarifbruch-Politik der Computerkonzerne gekämpft. Für die Arbeiter bedeuten die Tarifverträge Lohnanhebungen von 5,25 Dollar auf 6,40 Dollar pro Stunde (ca. 10 DM) sowie eine — geringfügige — Versicherung gegen Krankheit. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

Generalstreik in Griechenland

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Griechenlands hat am 18. März einen 24stündigen Generalstreik durchgeführt. Die Forderungen waren: Lohn- und Gehaltserhöhungen mindestens in Höhe der Inflationsrate und des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts. An dem Streik beteiligten sich sowohl Beschäftigte aus Industrie, Handwerk und Handel als auch Betriebe des öffentlichen Sektors (Elektrizitätswerke, Telefonamt, staatlich kontrollierte Banken). Für den öffentlichen Bereich wurden auch Forderungen gegen die Privatisierungspolitik der Regierung aufgestellt. Jetzt finden Verhandlungen zwischen Kapitalistenverbänden und Gewerkschaft um den Abschluß eines nationalen Tarifvertrages über Lohn- und Gehaltserhöhungen statt. — (alk)

Europa am gefährlichsten für Journalisten

Während in den früheren Jahren Lateinamerika die Region war, in der am meisten Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes umkamen, war das im letzten Jahr Europa. Insgesamt seien 49 Journalisten bei Kriegshandlungen oder durch gezielt gegen sie gerichtete Terroraktionen ums Leben gekommen, alleine in Jugoslawien neun. In der Türkei wurden nach Angaben des in New York ansässigen Komitees zum Schutz von Journalisten elf Journalisten umgebracht. Dazu kämen noch zahlreiche Journalisten, die gerichtlich verfolgt, eingesperrt, geschlagen und gefoltert wurden. — (alk)

Australische Wähler lehnen Wirtschaftsliberalismus ab

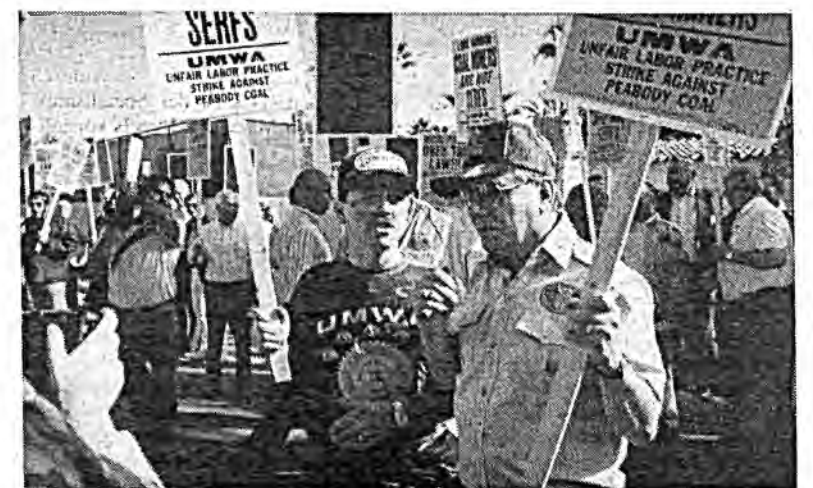
Die australische Laborpartei hat am 13. März die Parlamentswahlen eindeutig gewonnen und wird damit erneut die Regierung stellen. Trotz der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 60 Jahren und einer weitverbreiteten öffentlichen Meinung, die die Laborpartei sei „müde und verbraucht“, konnte die konservativ-liberale Koalition die Wahlen nicht gewinnen. Die Laborpartei hat gegenüber den Wahlen 1990 sogar um sechs Prozentpunkte zulegen können.

Zwei Gründe dürften hierfür eine Rolle spielen: Der Kandidat der Konservativ-Liberalen, der Bankfachmann John Hewson, kündigte die Einführung einer Mehrwertsteuer an, was die Mittelklasse zum großen Teil nicht mittragen wollte, und forderte brutale Maßnahmen für den Arbeitsmarkt an, was auf gewerkschaftlichen Widerstand stieß. Im Bundesstaat Victoria hatten die Konservativ-Liberalen, die dort die Regierung stellen, im vergangenen Jahr versucht, solche Gesetze einzuführen: Tarifverträge dürfen aufgehoben, Urlaubsgeld und Lohnzuschläge für Wochenendarbeit sollten gestrichen und Streiks in volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen verboten werden. Unternehmen können ihre Beschäftigten mit Geldstrafen für Zuspätkommen belegen. Der Kündigungsschutz für Beamte soll entfallen. In großen Demonstrationen und Streiks wehrten sich die Gewerkschaften gegen diese arbeiterfeindliche Politik. — (alk)

Kriegsgewinnler in Türkei und Kurdistan

An dem schmutzigen Krieg, den der türkische Staat in Kurdistan führt, läßt sich gut verdienen, zum Beispiel durch den Bau von Kasernen und Polizeiunterkünften. Den aus dem Leid des kurdischen Volkes geschlagenen Profit teilen sich die Spezialkriegsinstitutionen und die kollaborierenden Neureichen aus Kurdistan. Kürzlich kam es zu Unstimmigkeiten über die Verteilung des Profits eines geplanten Bauprojekts von Polizeiunterkünften in Diyarbakir, das 700 Millionen TL (ca. 132 Millionen DM) kosten soll, woraufhin der Auftrag wieder zurückgezogen wurde. Für die Zurücknahme des Auftrags sollen die DYP-Abgeordneten aus Diyarbakir, M. Salim Ensarioğlu, und Bingöl, Haydar Baylaz, gesorgt haben, weil diese die Polizeiunterkünfte in diesen Provinzen selbst bauen wollen. Ein bereits abgeschlossenes Bauprojekt ist der Bau von 290 Polizeiunterkünften in Diyarbakir, das 76 Milliarden 490 Millionen TL (ca. 15 Millionen DM) gekostet hat. Diese Polizeiunterkünfte wurden von der Baufirma M. Ali Altundağs gebaut. Altundağ war bis zum faschistischen Militärputsch im September 1980 Inhaber eines Optiker-geschäfts. Er hat enge Beziehungen zum damaligen Kommandanten der 7. Armee Diyarbakir, Kemal Ymak, und wurde dann Besitzer der Zeitung Söz, einem Sprachrohr des kolonialfaschistischen Staates. In dieser Zeitung propagierte er unter dem Pseudonym Mehmet Embel-oglu den islamischen Fundamentalismus. Er ist in der Gegend als ein Finanzier der Hizbullah bekannt. Heute besitzt Altundağ einen Maschinenpark im Wert von 100 Millionen TL (fast 20 Millionen DM). In Elazığ verdient der Bauunternehmer Hüsamettin Peker, enger Freund des MHP-Faschisten Yaşar Okuyan, am Bau von Polizeiunterkünften und -wachen in Bingöl und Bitlis.

aus: Kurdistan-Rundbrief 7/93



Die US-Bergarbeitergewerkschaft UMWA hat den am 1. Februar begonnenen landesweiten Streik von 7500 Bergarbeitern Anfang März für zwei Monate unterbrochen. Seit dem 1. Februar hatten die Bergleute in 22 Gruben des größten US-Kohle-konzerns Peabody gestreikt, um die Kapitalisten des Kohleverbandes zu Tarifverhandlungen und Auskunft über ihre Sozialausgaben zu zwingen. Anfang März fand sich der Verband dann zu ersten Informationen bereit, die UMWA setzte daraufhin den Streik befristet aus. Noch kurz vorher hatten sich weitere 1700 Bergarbeiter der Streikbewegung angeschlossen und begonnen, die Gruben eines zweiten Konzerns, Consol Energy Corp., zu bestreiken. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

Streik in Kroatien gegen Medien-Gleichschaltung

Die Anti-Kriegs-Kampagne von Kroatien hat sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, in dem sie gegen die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Kroatien protestiert. Unmittelbarer Anlaß war der viertägige Streik der Kolleginnen und Kollegen der kroatischen Zeitung *Slobodna Dalmacija*. Die Mehrheit der Redaktion, 100 von 120 Journalisten, will nicht hinnehmen, daß die kroatische Regierung künftig die Inhalte der Zeitung bestimmen will. Die Regierung will durch die Einsetzung eines neuen Verwaltungsrates, eines neuen Generalmanagers und eines neuen Chefredakteurs eine kritische Stimme in Kroatien mundtot machen. Mit der Strangulierung anderer kritischer Publikationsorgane wie der Wochenzeitschrift *Danas* im Oktober, wie der regierungsfreundlichen Gleichschaltung der Tageszeitungen *Vjesnik* und *Vecerni List* und der elektronischen Medien ist es der kroatischen Regierung nun gelungen, das noch fehlende Ketten-glied für die totale Kontrolle der Presse zu schließen. Der Streik konnte die Umwandlung der kritischen Zeitung in ein Regierungsorgan nicht verhindern. Am vergangenen Samstag erschien die neue *Slobodna Dalmacija*. Aus dem Impressum wurde der Hinweis auf ihren antifaschistischen Ursprung getilgt. Der kroatische Journalist Danko Plevnik interpretiert diese Umwandlung folgendermaßen: „Weshalb stört der Antifaschismus? Nicht weil die neue redaktionelle Mannschaft faschistisch wäre, sondern weil der Antifaschismus die Möglichkeit der Übereinkunft mehrerer Nationen heraufbeschwört, was in ein neues Jugoslawien führen könnte. Die Kroaten wollen Jugoslawien um keinen Preis.“

Die Anti-Kriegs-Kampagne-Kroatien drückt ihre Solidarität mit den Streikenden aus, und fordert die sofortige Absetzung der von der Regierung eingesetzten Personen. Sie rufen alle politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen u. a. Gruppen in Kroatien und weltweit dazu auf, ihre Stimme gegen die Zerstörung der Unabhängigkeit der Medien zu erheben. Von dieser Stelle hier können wir den Aufruf der Anti-Kriegskampagne nur unterstützen und erklären uns solidarisch mit dem Streik der Kolleginnen und Kollegen der Zeitschrift *Slobodna Dalmacija*. — (hav)

Niederlande: Die Regierung will Straf- und Arbeitslager

Der niederländische christdemokratische Premierminister Lubbers, vor seinem Amt als Regierungschef Chef der niederländischen Metallkapitalisten, hat vorgeschlagen, Jugendliche, die wegen Straftaten verurteilt wurden, nicht mehr in Gefängnisse, sondern in Straf- und Arbeitslager zu sperren. Zur Bewachung könnten ehemalige Soldaten eingesetzt werden. Die Vorschläge Lubbers' sind mit dem Justizminister abgestimmt und sollen eine „härtere Linie gegen Kriminalität“ propagieren. Gleichzeitig hat die Regierung den Bau von Gefängnissen beschleunigt. So sollen in den nächsten zwei bis drei Jahren 1000 Gefängniszellen zusätzlich geschaffen werden und das Wachpersonal um 1500 Mann verstärkt werden. — (rül)

CDU-Lummer wurde wieder ausgeladen

Kiel. Am 27.2. sollte auf Einladung des Vereins der „Freunde des Theaters Kiel“ ein Streitgespräch zum Thema „Gewalt“ im Schauspielhaus zwischen Egon Bahr und Heinrich Lummer stattfinden. Einen Tag vorher wurde dieses jedoch von den Organisatoren abgesagt. Was war passiert? Direkt nach Bekanntwerden der Veranstaltung wurde in einem Offenen Brief an die Verantwortlichen die Ausladung des Herrn Lummer verlangt. Dieser Offene Brief gab vielen Menschen Argumente und Hintergründe zu Heinrich Lummer und forderte bei Stattdessen zu einer Demonstration zum Schauspielhaus auf. Wir zitieren: „Das Streitgespräch steht im Rahmen der Veranstaltungsreihe *Kunst kommentiert Gewalt*, die im Schauspielhaus stattfindet ... In diesem Sinne begreifen und begrüßen wir die Reihe. Was wir nicht begrüßen und leider auch nicht dulden können, ist die Teilnahme des Schreibtischlatters und Krawattenfaschisten Lummer. Wir werden dies im folgenden begründen, möchten aber darauf hinweisen, daß wir ein ernsthaftes Interesse haben, mit Ihnen persönlich in eine Diskussion zu kommen.“ Dann werden die 25-jährigen Kontakte Lummers zur neofaschistischen Szene von NPD bis Republikanern genannt, zur Deutschen Liga, etliche Veranstaltungen, die von ihm mit

Faschisten zusammen organisiert wurden, z.B. erst am 24.1.93 eine Feier zur „Gründung des Deutschen Reiches“ von der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen, die von militanten Jungnazis geschützt wurde. Seine literarische Tätigkeit in dem Denkkreis „Grece“, der in einem internen Papier als Hauptziel seines Kampfes die Zugehörigkeit zu einer „Bluts- und Kulturgemeinschaft“ benannt hat, wird ebenso erwähnt wie die öffentliche Äußerung auf dem Burschenschaftstreffen in Jena vom Januar zu den Lichterketten nach Mölln: „Mich kotzt das an“ ... „Wir wollen nicht, daß ein Vertreter der Ungleichheit und des Rassismus seine ‚Anregungen‘ darstellen kann. Mit Lummer ist ein Dialog, der auf Verständigung zielt, nicht möglich. Eine Auseinandersetzung kann hier nur getragen sein von Abgrenzung. Der freie Austausch von rassistischen Meinungen macht diese zu Meinungen wie andere auch ... Kein öffentlicher Raum für Biedermänner und Brandstifter.“ Auf Grundlage des Offenen Briefes gab es bei Angestellten von Theater und Schauspielhaus die Forderung nach Ausladung, riefen etliche Menschen an. Auch wenn die *Kieler Nachrichten* dies als „Gewalt gegen Gewalt“ darstellen wollten, viele haben gelernt, daß Gegenöffentlichkeit wirken kann. — (dam)

DVU-Parlamentsarbeit zeigt Wirkung

Bremen. Bei den Wahlen zum Landesparlament (Bürgerschaft) Bremen im September 1991 waren auf die Deutsche Volksunion (DVU) 6,2 % der abgegebenen Stimmen entfallen. In Bremerhaven, einer der beiden Städte des Bundeslandes, hatte sie ihren Stimmenanteil gegenüber der vorherigen Bürgerschaftswahl mit 10,1 % fast verdoppeln können. In der Stadt Bremen hatte sie 5,4 % erhalten. Die DVU war mit sechs Abgeordneten in das Landesparlament gezogen und bildete damit bundesweit die erste faschistische Landtagsgruppe in Fraktionsstärke.

Ihre bisher größte Niederlage brachte sie sich durch innere Widersprüche selber bei. Ende Januar erklärte der DVU-Abgeordnete Nennstiel, Arbeiter bei der Wasser- und Schifffahrtsbehörde, seinen Austritt aus der Partei. Nachdem schon kurz nach der Wahl der Abgeordnete Altermann die Deutsche Volksunion (Richtung „Deutsche Liga“) verlassen hatte, wurde ihr jetzt der Fraktionsstatus aberkannt. Die DVU verliert damit nicht nur monatlich 57.000 DM an Fraktionszuschüssen, sondern auch den Vorsitz in der Kulturdeputation und das Recht, große Anfragen ins Parlament einzubringen.

Die Begründung für die Austritte ist weit entfernt davon, Anhaltspunkte für eine Kritik an der rassistischen und volksverhetzenden Politik der DVU zu liefern. Sie legt höchstens ein Problem der streng zentralistisch geführten DVU offen. Beiden geht die Fernlenkung der Abgeordneten durch den DVU-Führer Gerhard Frey zu weit. Frey ist in München Verleger der *Deutschen Wochenzeitung*, in der neben vielfältiger faschistischer Propaganda auch die von Heino gesungene Nationalhymne mit allen drei Strophen und die Reichskriegsflagge in Seide zum Verkauf angeboten werden. Er schreibe alle Anträge für die Bremer Abgeordneten und unterdrücke jegliche eigene Initiative, so die beiden Ausgetretenen.

Völlig unangebracht ist der beruhigende Kommentar der örtlichen Presse, daß mit den beiden Austritten der rechte Trupp immer mehr zusammenschrumpfe.

Nennstiel war kurz vorher schon einmal ins Gerede gekommen. Er, der als DVUler so volkstümlich gegen die Ausplünderung der Bürger durch die Staatsparasiten witterte, hatte als Abgeordneter eine Sozialwohnung bezogen, für die er einen Berechtigungsschein vorlegte. Der wird von der Behörde ausgegeben, wenn das Jahreseinkommen 34.000 DM nicht übersteigt. Nennstiel erhält mit 6200 DM monatlicher Abgeordnetenvergütung weit mehr als das Doppelte. Der Saubermann hatte bei der Beantra-

gung des Berechtigungsscheines diese Einkünfte schlicht unterschlagen.

Vier Große Anfragen hat die DVU 1992 an den Senat gerichtet: „Opfer des Ausländer-Terrors“; „Städtepartnerschaft Bremen-Danzig“; „Drogennotstand“; „Multikultureller EG-Staat — Nein!“

In ihrer Anfrage „Opfer des Ausländer-Terrors“ will die DVU wissen, wieviele Deutsche und wieviele Ausländer „Opfer ausländischer Straftäter“ geworden sind. Der Senat verurteilt in seiner Antwort die Verwendung des Begriffs „Terror“ als „gegen Ausländer allgemein gerichtete Aussage“. Er hält die geforderte „Opferstatistik“ für wenig sinnvoll, da der eingetretene Schaden bei einer Straftat unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit des Opfers zu beurteilen ist. Schließlich stellt der Senat klar, daß die Polizeiliche Kriminalstatistik die Unterscheidung bei Tätern und Opfern nach Nationalität nicht vorsieht.

Schon ein Jahr später weicht der Innensenator van Nispen (FDP) von dieser Praxis ab.

Bei der Vorstellung der Kriminalstatistik 1992 zeigt er sich überrascht von dem großen Anteil der Asylbewerber unter den Tatverdächtigen. Diese Aussage wird um so mehr wirken, als keine Zahlenangaben gemacht werden und nichts Konkretes ausgesagt wird über die Art der Strafverdächtigungen.

In der Anfrage „Drogennotstand“ erkundigt sich die DVU über Möglichkeiten der Zwangseinweisung von Drogenabhängigen.

In seiner Antwort verweist der Senat darauf, daß er Zwangstherapien „wegen ihrer Erfolgslosigkeit als auch wegen ihrer ethischen Fragwürdigkeit weitestgehend ablehnt“. Er macht darauf aufmerksam, daß das Strafgesetzbuch eine Unterbringung in Erziehungsanstalten durch Anordnung des Gerichts vorsieht, wenn „erhebliche rechtswidrige Taten“ durch den Suchtkranken befürchtet werden.

Das Stichwort für den Innensenator. „Besonders häufig“, so van Nispen, finden sich Drogenabhängige bei Raub und Diebstahl unter den Tatverdächtigen. Überführt? Nein — verdächtig! Aber wer liest schon den kleinen Unterschied. Ethisch fragwürdig fand der Senat die Kürzung der Mittel für Hilfsangebote bisher nicht. Dann könnte man doch jetzt vielleicht nachsetzen — von wegen Zwangseinweisung. Armut und Elend werden in eine bedrohende Kriminalstatistik gezwängt. Die Propaganda der DVU für staatsterroristische Maßnahmen wird gestärkt.

Quellen: div. Ausgaben *Weser Kurier*; *Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft* — (mij)

Neue Verhaftung im Fall Kerstin Winter

Freiburg. Auf Grund eines Unterbringungsbefehls der Staatsanwaltschaft wurde jetzt ein früherer Freund der Getöteten in einer psychiatrischen Klinik untergebracht. Die Staatsanwaltschaft begründet seine Inhaftierung mit verschiedenen — ihr eigentlich von Anfang an bekannten — Indizien. Obwohl seine Beziehung zu Kerstin Winter schon sieben Jahre zurückliegt und zwischenzeitlich kein Kontakt mehr bestand, geht die Staatsanwaltschaft wegen der angeblichen psychischen Erkrankung, die gegenwärtig gutachterlich untersucht wird, von der Schuld des Verhafteten aus. Der kurzzeitig festgenommene Freund der Getöteten, der nun erheblich entlastet wurde, steht für die Staatsanwaltschaft immer noch unter Tatverdacht. Sein Anwalt: „Rückzugsgefechte“. — (kh)

HBV-Umfrage: „Tatort Büro“

Karlsruhe. Die Gewerkschaft HBV führte in der Versicherungsbranche in Baden-Württemberg eine Umfrage zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, zu Fragen der Arbeitsbelastungen und ökologischem Verhalten am Arbeitsplatz durch. Eine erste Auswertung läßt den Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Arbeitsbedingungen erkennen: Etwa 80 % der Beschäftigten muß Überstunden machen, 16,7 % regelmäßig. 24 % gelingt es nicht, das Gleitzeitguthaben auszugleichen, knapp 14 % lassen es verfallen. 52,7 % klagen über Belastungen durch Bildschirmarbeit. Über typische Beschwerden der Bildschirmarbeit klagen: 70 % über Schulter- und Nacken-

schmerzen, 58,4 % über Rückenschmerzen. Zusätzliche Pausen bei Bildschirmarbeit hatten nur 13,6 %. Leistungsdruck, Überstunden und Streß führen zu typischen Krankheiten. Die HBV plant Aktionstage zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. — (rub)

Wohnungsbau: Tropfen auf den heißen Stein

Hannover. Land, Stadt Hannover und Landkreis hatten 1992 eine „konzertierte Aktion Wohnungsbau“ gegründet mit dem Ziel, bis 1996 10.500 neue Sozialwohnungen zu erstellen. Tatsache ist, so der Mieterbund, daß in Hannover 1993 750, 1994 500 Wohnungen gebaut werden sollen. Die Stadt Hannover will 17 bis 21 Mio. DM im Wohnungsbau einsparen. Dies könnte zur Konsequenz haben, daß die Landesumlage von 15 Mio. DM für den Wohnungsbau zurückgezogen wird. Deshalb und wegen der Mieten- und Gebührenerhöhung (27 % Steigerung für Straßenreinigung, Abwasser und Müllabfuhr) will der Mieterbund nicht länger schweigen. — (bee, aus: nzz, gekürzt)

Initiative zur Gründung freier Radios

Freiburg. Gegenwärtig wird in Baden-Württemberg die private Hörfunklandschaft umgestaltet. Das Landesmedien-gesetz (LMG) wurde novelliert, neue, größere und also mehr Gewinn versprechende Verbreitungsgebiete für privaten Rundfunk stehen ab Herbst 1994 zur Verfügung. Hinter den Kulissen ringen heute bereits Medienkonzerne um ihre zukünftigen Einflußsphären. Doch die Novellierung bietet auch hoffnungsvolle Ansätze: Das neue LMG enthält trotz aller Ausrichtung hin auf die Interessen

größerer Medienkonzerne auch eine Bestimmung, die andere Ansätze im Rundfunk theoretisch zuläßt. Nach § 27.2 LMG können einzelne Frequenzen vorrangig für Bewerber ausgeschrieben werden, die nicht in erster Linie wirtschaftliche Zwecke verfolgen, sondern einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Gruppen Zugang zum Senden gewähren. Die für die Gesetzausführung zuständige Behörde, die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) in Stuttgart, hat bisher nur in einem einzigen Gebiet eine einzige Frequenz nach § 27.2 vorgesehen: in Freiburg für Radio Dreieckland (RDL). Weitere nichtkommerzielle Sender sind nicht eingeplant. RDL hat sich nun mit einem Aufruf an verschiedenen Gruppierungen in Baden-Württemberg gewandt — die schon Interesse am Radiomachen geäußert haben oder bei denen Interesse dafür geweckt werden soll — mit der Aufforderung, möglichst schnell bei der Landesanstalt für Kommunikation in Stuttgart ihren Bedarf anzumelden. — (hav)

ÖTV-Vertrauensleute initiieren Übersetzerdienst

Landkreis Hannover. Die ÖTV-Vertrauensleute am Robert-Koch-Krankenhaus des Landkreises Hannover hatten zur „Aktion Völkerverständigung“ aufgerufen. Die Aktion setzt sich die bessere Betreuung von Patienten fremder Herkunft zum Ziel. Sprachbarrieren verhindern häufig die gute gesundheitliche Versorgung und vermitteln das Gefühl des Ausgeliefertseins. Deshalb wollen die Vertrauensleute eine Übersetzerliste aus dem Kreis der Beschäftigten am Robert-Koch-Krankenhaus zusammenstellen. Bisher haben sich schon 20 Übersetzer eingetragen — 17 Sprachen sind vertreten. — (kar, aus: nzz)



13 000 Frauen und Kinder für kurdische Rechte

Etwa 13.000 kurdische Frauen und Kinder demonstrierten am 16. März, acht Tage nach dem Frauentag und fünf Tage vor dem kurdischen Newroz-Fest, in Bonn mit Fahnen und Transparenten der ERNK und PKK für kurdisches Selbstbestimmungsrecht, gegen die anhaltenden türkischen Massaker an der kurdischen Bevölkerung und gegen die Militärhilfe für das türkische Regime. Die Aktion fand zeitgleich mit ähnlichen Demonstrationen in Paris, Bern, Den Haag, Wien, London und Stockholm statt. — (rül)

Die Geschichte vom „zweifelhaften Vergnügen ...“

Norderstedt. „... Ich habe das zweifelhafte Vergnügen, in Kurzarbeit zu sein. Zuerst schien die Aussicht einer Vier-Tage-Woche eigentlich nichts Schlechtes. Ich war schon immer sehr für die Verkürzung der Arbeitszeit.“

Nach einigem Überlegen war es mit der Freude schnell wieder vorbei ...

Als vor einigen Jahren der neue Retrak in Produktion ging, stürzten sich die meisten von uns mit ziemlicher Begeisterung in die Arbeit. Das war etwas Neues, es gab eine Menge zu probieren und zu tüfteln, unser Fachwissen war gefragt und der Arbeitstag war — weiß Gott — nicht langweilig. Viele von uns in der Beanstandung dachten sich Verbesserungen der Werkzeuge aus, wir entwickelten Tricks, um die nötigen Reparaturen besser und effektiver durchzuführen ...

Außer dem üblichen weihnachtlichen Dankeschön oder der obligatorischen Danksagung auf Betriebsversammlungen merkten wir eigentlich nichts davon, daß wir immer besser wurden. Unser einziger Anhaltspunkt war die ständig steigende Produktionszahl. Die Dinger gingen weg wie warme Semmeln. Da wir auch eine ungefähre Vorstellung des Verkaufspreises hatten, war uns deutlich, es sammelt sich so manche Mark im Hause Jungheinrich.

Bei uns war da nicht so recht was zu spüren. Für die tariflichen Lohnerhöhungen mußten wir uns kräftig räuspern,

sonst wären sie noch magerer ausgefallen. Die jeweilige Mitarbeitererfolgsprämie ist uns auch nicht gerade auf dem Silbertablett serviert worden. Über das traurige Kapitel innerbetrieblicher Lohnerhöhungen will ich mich gar nicht weiter äußern. Was eine Nasenprämie ist, wissen die meisten von uns.

Stattdessen durften wir bei uns des öftern die Kollegen der Arbeitsvorbereitung begrüßen, denen man mal wieder den Auftrag gegeben hatte, uns zu stoppen, um unsere Zeiten kürzen zu können. Wie oft wurde uns vorgeworfen, wir würden zuviel verdienen. Wären wir zartbesaiteter gewesen, hätte uns die Annahme der Abrechnungszettel wohl peinlich sein sollen. Daß unsere Arbeit, die auch immer qualifizierter wurde, dem Unternehmen Jungheinrich in erster Linie das Geld einbrachte, konnte den Jahresabschlüssen entnommen werden.

... Nun hat sich seit einiger Zeit die Lage geändert. Die Auftragseingänge sind zurückgegangen und somit auch die Produktionszahlen. Das ist sicherlich bedauerlich. Aber nach wie vor stellen wir Gabelstapler her, die auch einen Kunden gefunden haben, und an denen auch Geld verdient wird. Das Problem ist, wir sind inzwischen so gut, daß wir mehr Stapler herstellen, als Kunden rumlaufen.

Und auch jetzt bekommen wir wieder unsere Belohnung, wir dürfen einen Tag

pro Woche zu Hause bleiben. Über die Bezahlung brauchen wir uns auch keine Gedanken zu machen, wir dürfen ein wenig an unseren Ersparnissen knabbern, die wir für die Notsituationen in der Arbeitslosenkasse hinterlegt haben.

Es ist wirklich interessant, waren die Jahre gut, wurde vieles unternommen, um aus uns möglichst viel herauszuholen ... Sind die Zeiten nicht so gut, sind wieder wir es, die bezahlen. Ich bin mal gespannt, ob sich etwas an der Dividende ändert, die dies Jahr ausgeschüttet wird. Zu den Merkwürdigkeiten der Kurzarbeit gehört es, daß wir den Enddruck haben, in den verbliebenen vier Tagen pro Woche wird mehr verlangt als vor der Kurzarbeit. Auch die Angestellten scheinen nicht gerade unter Arbeitsmangel zu leiden. Weiterhin werden die Prüfer von T-F übernommen und Band eingegliedert. Eine Maßnahme, durch die Kollegen in einiger Zeit bei Retrakt über sein werden. Wenn ich so alles in allem ansehe ...

— Verschärfung der Akkorde.
— kaum mehr Geld,
— Kurzarbeit,
— und eventuell später Entlassungen.
frage ich mich, ob wir gut beraten waren, uns vorbehaltlos für Qualität und Stückzahlsteigerung einzusetzen und ob wir uns in Zukunft damit nicht selbst schaden als Nutzen.“

Rede eines Kollegen auf der Betriebsversammlung bei der Jungheinrich AG — (bel)



Köln. 200 Angestellte des Computer- und Softwarekonzerns Digital demonstrierten für einen Rationalisierungsschutz. Sie forderten die Rücknahme der geplanten 70 bis 350 Entlassungen. — (jöd)

Wieder tödlicher Anschlag auf türkischen Staatsbürger

Mülheim/Ruhr. Zwei organisierte Faschisten haben am 9.3.1993 in Mülheim den 56-jährigen Mustafa Demiral umgebracht. Demiral, der seit 1970 in der BRD lebte, wurde in der Nähe eines Einkaufszentrums völlig willkürlich als „Asylant“ beschimpft und zu Boden gestoßen. Einer der beiden Täter setzte ihm eine Gaspistole an den Kopf und drückte dreimal ab. Durch einen technischen Defekt löste sich zwar kein Schuß, M. Demiral erlitt jedoch seinen dritten Herzinfarkt und starb, noch bevor ein Notarztwagen eintraf. Obwohl der Tathergang von Anfang an offen lag und kurz nach der Festnahme der beiden Täter bekannt wurde, daß sie Mitglieder der REP sind, hatte die Staatsanwaltschaft zunächst Zweifel, ob es sich um eine „fremdenfeindliche Tat“ handelt. In Mülheim fanden mehrere Tage lang Mahnwachen mit bis zu 200 Antifaschisten statt, in Essen-Frohnhausen demonstrierten am 11.3. rund 350 Antifaschisten unter der Losung „Es reicht“. An der Trauerfeier am 13.3. nahmen über 4000 Leute teil, darunter die Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim und der türkische Konsul. — (wof)

Gerhard Bögelein ist tot

Hamburg. Nur wenige Wochen nach seiner Haftverschonung ist Gerhard Bögelein am 9.3. im Alter von 67 Jahren gestorben. Die westdeutsche Justiz hatte ihn gleich nach der Einverleibung der DDR verhaftet; sie warf ihm vor, 1947 einen Militärgericht der faschistischen Wehrmacht getötet zu haben, und verurteilte ihn zu lebenslanger Haft. Gerhard

Bögelein war bereits krank, als ihn die Justiz inhaftierte. Er wurde aus seiner medizinischen Behandlung in Leipzig gerissen und im Gefängnis nur unzureichend behandelt. Seine Krankheit verschlimmerte sich während der Haft. Die von Rache geleitete Verfolgung hat ihm Jahre seines Lebens geraubt und seine letzten Lebensjahre verdunkelt. — (scc)

Krupp-Rheinhausen soll erneut stillgelegt werden

Duisburg. Drei Tage lang ruhte im Krupp-Stahlwerk Rheinhausen die Arbeit, nachdem am 9. März bekannt wurde, daß der Krupp-Hoesch-Konzern dieses Werk stilllegen will. Fünf Jahre nach dem ersten Versuch, bei dem nach monatelanger Auseinandersetzung 2200 von 5800 Beschäftigten übrig blieben, steht der Standort damit wieder vor dem „Aus“. Die Begründung: Die als Alternative anvisierte Stilllegung der Stahl-Flüssigphase bei Hoesch-Dortmund sei zumindest kurzfristig nicht so kostengünstig. Außerdem will der Krupp-Hoesch-Konzern gemeinsam mit der Ruhrkohle AG eine Kokerei-Gesellschaft bilden, in die die Dortmunder Kokerei Kaiserstuhl III überführt werden soll. Dadurch kann Hoesch den Koks in Zukunft günstiger erhalten, als im „Jahrhundertvertrag“ festgeschrieben. — Doch auch bei Hoesch sollen insgesamt 2400 Beschäftigte wegrationalisiert werden. Auch viele Stahlarbeiter aus Dortmund protestierten deshalb vor der Aufsichtsratsitzung von Krupp-Stahl am 11.3.1993. Das Versprechen von Krupp-Hoesch-Vorstandschef Cromme, in Rheinhausen 1500 Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, ging in Wut unter. Vor fünf Jahren ließ er nämlich ähnliches verlauten. — (wof)

„Haus der Heimat“ darf nicht länger Hort faschistischer Umtriebe sein!

Stuttgart. Mitte März hat das baden-württembergische Innenministerium die Bibliothek im Stuttgarter „Haus der Heimat“ geschlossen. Mitarbeiter des Hauses hatten auf ihren Tischen ein Flugblatt des „Freundeskreises Freiheit für Deutschland“ gefunden, das der Leiter des Hauses, Albert Reich, verteilt haben soll. Nachdem Pressevertreter dann in der Bibliothek des Hauses Bücher festgestellt hatten, in denen u. a. die Auschwitzlüge und die faschistische Rassenlehre propagiert werden, wurde das Innenministerium tätig: Rau wurde der Zutritt zur Bibliothek verboten, neue Schließern wurden angebracht; die Bestände und Karteien werden vom Landesamt für Verfassungsschutz durchforstet; die Landesmittel für die Bibliothek wurden gestoppt. Die ausliegenden reaktionären Zeitschriften wie „Der Schlesier“ wurden nicht beanstandet. Sie gehören zum Kulturgut der Vertriebenenverbände. Bisher bekam das „Haus der Heimat“ vom Land jährlich 40000 DM für die Bibliothek und zusätzlich 90000 DM für einen Sondertopf „für förderungswürdige Autoren“, denen jeweils 100 Bücher abgekauft wurden, von denen zwei in die Bibliothek kamen und der Rest verschenkt wurde. Inzwischen wurde Rau von seinem Dienst beurlaubt. Er hatte allerdings kurz vor der Schließung viele Bücher und Karteikarten aus der Bücherei entfernen lassen.

Das „Haus der Heimat“ wurde 1976 von der Filbinger-Regierung eingerichtet. Als Aufgabe wurde von der Landesregierung festgelegt: „Das ‚Haus der

Heimat‘ dient der Erhaltung des Kulturguts der Vertriebenen in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes. Es fördert die Fortentwicklung und Entfaltung dieses Kulturgutes, die Ost- und Osteuropakunde im Bereich der Erwachsenen- und Jugendbildung und die Begegnung und Aussprache und gegenseitige Information aller, die zur Vertiefung und Verbreitung des Heimatgedankens, zur Bewältigung der Probleme aus Vertreibung und Flucht sowie zur gesellschaftspolitischen Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge beizutragen bemüht sind. Das ‚Haus der Heimat‘ stellt den Organisationen und Einrichtungen der Vertriebenen und Flüchtlinge ... seine Räume und Einrichtungen ... zur Verfügung.“ Das Land Baden-Württemberg ließ und läßt sich diese Ziele ziemlich viel Geld kosten: die Personalkosten für zwanzig Beschäftigte und zusätzlich 867000 DM jährlich; der Anteil für die Bibliothek ist davon nur ein Klacks.

Finanziert vom Land, konnten so reaktionäre und faschistische Verbände arbeiten. Sie haben dort Büro- und Veranstaltungsräume. Schon kurz nach der Eröffnung hielt 1977 der Witikobund seine Hauptversammlung darin ab. Als Gast wird im Protokoll ausdrücklich die Anwesenheit des Landesbeauftragten für die Vertriebenen, Staatssekretär im Innenministerium Helmut Haun, erwähnt. Ein weiterer Gast war Siegfried Zoglmann (CDU-MdB). Die Landesregierung kannte und förderte die nationalistischen und nazistischen Umtriebe

also von Anfang an. 1987 protestierte eine antifaschistische Aktionseinheit dagegen, daß das Deutsche Seminar e.V. in Zusammenarbeit mit dem Witikobund im „Haus der Heimat“ eine Veranstaltung durchführen wollte mit dem Titel: „Neue Gesichtspunkte zur deutschen Frage unter Berücksichtigung auch des Sudetenlandes und Südtirols“. Als Referent war übrigens u. a. MinDir. a.D. Haun angekündigt. Abgeordnete von SPD und Grünen erreichten durch einen Antrag im Landtag, daß der damalige Innenminister Schlee (CDU) das „Haus der Heimat“ für die Veranstaltung verbot. Auf die Forderung u. a. der IG Medien, daß weder durch die Überlassung des Gebäudes noch anderweitig die genannten Organisationen oder andere rechtsradikale Gruppen finanziell oder anderweitig unterstützt werden dürfen, ging er nicht ein; Schlee's vertuschende Begründung war, das Haus der Heimat solle integrieren, nicht polarisieren. Die Landesregierung distanzierte sich auch nicht — wie in dem Antrag gefordert — von den rechtsradikalen Zielen des Deutschen Seminars und des Witikobundes.

Es ist also nicht damit getan, wenn der jetzt von der SPD gestellte Innenminister Birzele einige rassistische und faschistische Bücher aus dem „Haus der Heimat“ entfernen läßt. Nur durch Schließung des Hauses kann sichergestellt werden, daß dort die Propaganda für das Deutschtum im Osten und zur Rückgewinnung von Gebieten in den osteuropäischen Staaten in jeder Form beendet wird. — (ulk)



Seit Jahren fordern Antifaschisten das Verbot faschistischer Organisationen und ein Ende der Förderung ihrer Strukturen durch staatliche Organe. (Bild: Kundgebung am 30.1.1993 in Stuttgart — ulk)

Schwarz-Rot-Grünes Bündnis für Intervention

Hamburg. Am 6. März demonstrierten ca. 2000 Menschen vorwiegend aus dem ehemaligen Jugoslawien für eine militärische Intervention in Bosnien-Herzegowina/Jugoslawien. Aufgerufen hatte die „Gesellschaft für bedrohte Völker“, unterstützt von verschiedenen albanischen, kroatischen und bosnischen Organisationen, der Frauen Union in der CDU, der Jungen Union Hamburg sowie zahlreichen Funktionsträgern und Abgeordneten der CDU, sechs Bürgerschaftsabgeordneten der GAL sowie einigen Mitgliedern ihres Landesvorstands. Ebenfalls wurde die Demonstration unterstützt vom SPD-Bundestagsabgeordneten F. Duve.

Tilman Zülch, Vorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker, stellte fest, für eine friedliche Lösung sei es jetzt zu spät, jetzt helfe nur noch die Bewaffnung der Bosnier gegen die „serbische Aggression“. Eine andere Rednerin stellte fest, daß „Kohl und Genscher“ nach der Anerkennung von Kroatien, Slowenien und Bosnien auch konsequent sein müßten und diese Staaten verteidigen müßten. Der Vertreter der kroatischen Kulturgesellschaft sagte, die serbischen Panzerkommunisten, die heute die Zivilbevölkerung ermordeten, seien „schon immer unter uns gewesen“. Jugoslawien sei immer ein Völkergefängnis gewesen, dessen Gefängniswärter jetzt auf jeden schossen, der sich daraus befreien wolle. Die Frie-

densbewegung, die jetzt noch gegen Intervention aufträte, mache sich mitschuldig am Völkermord. An diese Hetzrede schloß sich nahtlos die der Vorsitzenden der Hamburger Frauen Union Karen Koop an: „Was muß noch geschehen, damit endlich militärisch eingegriffen wird?“ fragte sie und erklärte es zum Ziel der Demonstration, die „Handlungsfähigen zum Handeln zu zwingen“. Die Friedensbewegung müsse endlich aufwachen. Gegenüber seinen Vorrednern sprach Freimut Duve (SPD) etwas gemäßigt, ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß es angesichts des Vorgehens „der Serben“ „mit schweren Waffen gegen Zivilisten“ „für uns Deutsche keine Neutralität“ mehr geben dürfe. Er verlangte einen „Schuß vor den Bug für die serbische Armee“. Der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Zamory, der abschließend sprach, unterstützte im Namen einer Minderheit seiner Partei die militärische Intervention „als letztes Mittel“. Er entblödete sich nicht, eine Intervention in Jugoslawien auf der Seite von kroatischen HOS/Ustascha-Banden mit der Entsendung internationaler Brigaden zur Verteidigung der spanischen Republik 1936 zu vergleichen. Offensichtlich ist dem um Regierungsfähigkeit bühnenden GAL-Flügel kein Argument zu dumm, um Teile der Friedensbewegung ins Lager der deutschen Kriegspartei zu treiben. — (ulj — gekürzt aus Lokalberichte Hamburg)

Gastreise kurdischer Gewerkschafter aus der Türkei

Hamburg. Vom 1. bis 5.3. besuchten der Vorsitzende und ein Vorstandsmitglied der Ölarbeitergewerkschaft Petrol Is, Bezirk Batman, Ahmet Teymurtas und Mehmet Kilic, sowie der Vorsitzende des dortigen Menschenrechtsvereins, Rechtsanwalt Sedat Özevin, Hamburg.

Petrol Is ist eine von 33 Einzelgewerkschaften, die im Dachverband Türk Is der türkischen Gewerkschaften vereinigt sind. Sie organisiert die Arbeiter der Chemie-, Keramik-, Gummi- und Ölindustrie. Der Gewerkschaft gehören 70000 Arbeiter an, davon 6000 aus Batman. Insgesamt sind ein Viertel der Mitglieder Kurden, während die Mehrheit türkische Arbeiter aus den großen Chemiefabriken sind. Petrol Is hat als einzige Gewerkschaft neben der der öffentlichen Verwaltungsangestellten einen Beschluß zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes gefaßt.

Eingeladen hatten die Ortsvereinsvorstände von HBV und IG Medien, der Landesvorstand der GEW, die Bezirksleitung der GdED, der Bezirksvorstand der ÖTV sowie die Verwaltungsstellen Hamburg und Elmshorn der IG Metall.

Dem Besuch vorausgegangen war eine Delegationsreise von 24 hamburger Gewerkschafter, Rechtsanwälten, Ärzten und einem Pastor in die im türkisch besetzten Teil Kurdistans gelegene Öldstadt Batman im Mai 1992. Nicht zuletzt in Folge dieses Besuchs war es bei den Gewerkschaftstagen der HBV, der IG

Medien sowie der ÖTV zu Entschlüssen gekommen, die u. a. folgende Forderungen zum Inhalt hatten:

— Keine Waffenlieferungen und keine militärische Unterstützung, keine Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik Deutschland an die Türkei.

— Einstellung der Verfolgung ... aller Menschen, die sich für die Rechte des kurdischen Volkes einsetzen, durch die türkische Regierung.

— Anerkennung der Kurden aus der Türkei als „verfolgte Gruppe“.

— Keine Abschiebung von Kurden in die Türkei.

— Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes.

— Durchführung eines Referendums, in dem das kurdische Volk frei und selbstständig über seine Zukunft entscheidet.

Anläßlich dieses Besuchs führte Peter Birke, IG Medien, ein Interview mit Ahmet Teymurtas, das wir hier in Auszügen wiedergeben. — (roj, jub)

... „Der türkische Staat versucht, sich gegenüber dem Ausland einen demokratischen Anstrich zu geben. Wie sieht es mit den demokratischen Freiheiten in Kurdistan aus?“ Gewerkschaften, Menschenrechtsvereine und andere legale Organisationen sind massiver Verfolgung ausgesetzt. Es gab Massenverhaftungen, sehr viele Menschen wurden gefoltert. In der Region sind Unzählige ... von unbekannten Tätern ermordet worden. Keiner die-

ser Morde ist bisher aufgedeckt worden. ... Eine legale politische Arbeit ist in Kurdistan mittlerweile unmöglich gemacht worden.

... „Warum betreibt der türkische Staat diesen schmutzigen, teuren Krieg? Welche Interessen haben die Türkei und die NATO-Staaten in Kurdistan?“

Kurdistan ist ein Land, das sehr reich an Bodenschätzen ist, an Chrom, Metallen, Kohle und Erdöl. Aber von diesen Bodenschätzen sehen die Menschen in Kurdistan nicht viel. In Batman werden täglich ca. 100000 Barrel Öl gefördert, das mit den Pipelines in die westlichen Teile der Türkei transportiert und erst dort raffiniert wird. ...

... „Welche Interessen könnten die bundesdeutschen Behörden gehabt haben, Eure Reise und unseren Informationsaustausch zu verhindern?“

Die BRD unterstützt traditionell den türkischen Staat. Die BRD ist der größte Handelspartner der Türkei. Die BRD liefert seit langer Zeit ständig Waffen an die türkische Armee. ... Vor kurzem war eine offizielle Delegation des Bundestages in Kurdistan. Diese Delegation hat nur mit staatlichen Stellen gesprochen. ... Aber die europäischen Staaten wollen die Augen gegenüber dem schmutzigen Krieg in Kurdistan verschließen. Über Menschenrechtsverletzungen wird von diesen Regierungen immer nur dann geklagt, wenn es im eigenen Interesse liegt. ...“

Kurz berichtet

„Hilfe für Ost-Kirchen trug zum Zusammenbruch bei“

Um dem Vorwurf aus Kreisen der ostdeutschen Bürgerbewegung entgegenzutreten, das Tun der evangelischen Kirche in der DDR habe mehr der Stabilisierung der DDR-Regierung denn den ostdeutschen Christen genützt, hat die EKD einen Bericht erstellt, den sie Anfang März in Bonn vorlegte. Darin wird als Einschätzung festgehalten, daß die Milliardenzahlungen der westdeutschen Kirchen zugunsten der Kirche in der DDR wesentlich zum Zusammenbruch des Sozialismus beigetragen haben. In den Jahren 1957 bis 1990 sind insgesamt rund 3,2 Milliarden DM der Ostkirche zugeflossen. Wieviel davon direkte Zuschüsse aus Bundesmitteln waren, darüber wird auch heute noch geschwiegen. Die „autonome Existenz und Wirkung der Kirche im totalitär angelegten Herrschaftssystem der Marxisten-Leninisten erwies sich als dessen eigentliche zum Tode führende Schwäche“, heißt es in dem o.g. Bericht. Und: „Manchmal gegen den Willen derer, die sie leiteten, blieb die Kirche ein unentbehrlicher Hort der Freiheit, von dem aus die Bürgerbewegung zum friedlichen Sturz des Regimes ansetzen konnte.“ zit. nach *Der Tagesspiegel*, 4. 3. 93 — (har)

Warnstreiks in ostdeutschen Metallbetrieben

Die Tarifsituation in der ostdeutschen Metallindustrie wird von Tag zu Tag undurchsichtiger. Gegenwärtig laufen vielfache Protestmaßnahmen der Belegschaften gegen die außerordentliche Kündigung der Tarifverträge. Für den April sind seitens des IG-Metall-Vorstandes Warnstreiks angedroht, falls die Arbeitgeber ihre Haltung beibehalten und den vereinbarten Tarif nicht zahlen. Die nächste Phase wären dann laut IG Metall nach Ostern die Durchführung der Urabstimmungen und der Beginn von Streikmaßnahmen ab Ende April. All dies soll die Verbindlichkeit der abgeschlossenen Tarifverträge durchsetzen helfen. Die flächendeckende Wirksamkeit des Tarifs soll unter allen Umständen verteidigt werden.

Aufgrund der unbeweglichen Strategie der IG Metall ist die flächendeckende Wirksamkeit allerdings schon jetzt dahin. Erwartungsgemäß haben auf der einen Seite bestimmte leistungsstarke Betriebe mit vollen Auftragsbüchern, Betriebe mit „West-Müttern“, erklärt, daß sie den vereinbarten Tarif einhalten werden. Bekanntgeworden sind entsprechende Erklärungen von der MTW Schiffwerft in Wismar, der Deutschen Waggonbau AG in Berlin, der Metavo GmbH aus Chemnitz. Auf der anderen Seite ist von vielen kleineren und mittleren Unternehmen bekannt, daß sie unter keinen Umständen die Tarifanpassung in der vereinbarten Höhe zahlen werden. Hier führen bereits zahlreiche Betriebsräte ohne IG Metall Verhandlungen um geringere Lohnsteigerungen. — (brr)



Berlin. Nicht ohne Wirkung auf die Abgeordneten blieben die Proteste der Bezirksleiterschüsse, Beschäftigten und Gewerkschaften gegen das Kita-Kostenbeteiligungsgesetz (Bild: Demonstration am 11. 3.). Das im Dezember verabschiedete Gesetz sieht den Stellenabbau des Küchen- und Reinigungspersonals sowie eine erhebliche finanzielle Belastung für Familien mit niedrigen bis mittleren Einkommen vor sowie die Übertragung der gestaffelten Beitragszahlung auf Ostberlin. Hier galt bisher ein Einheitsbeitrag von 60 DM. Zukünftig müßte beispielsweise eine Familie mit zwei Kindern (Jahresbruttoeinkommen 88000 DM) monatlich 760 DM (bisher 240 DM) bezahlen. Gegen den Willen des Senats sind die Koalitionsfraktionen bereit, die sog. Mehrkinderregelung und die Beitragsstaffelung zu korrigieren. — (har)

Bundesverfassungsgericht drückt sich vor Entscheidung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage von 336 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus den ostdeutschen Ländern gegen ihre Entlassung wegen mangelnden Bedarfs an die Arbeitsgerichte als zuständige Fachgerichte zurückgewiesen. Damit scheitert der von den DGB-Gewerkschaften unterstützte Versuch, die Verlängerung der Sonderkündigungsregelung des Einigungsvertrages für rechtswidrig erklären zu lassen. Im Sommer vergangenen Jahres war per Gesetz die sogenannte Bedarfskündigung um 15 Monate bis zum 31. 12. 93 verlängert worden. Mit dieser Sorte von Kündigung wird nicht nur der öffentliche Dienst in den ostdeutschen Ländern auf Westniveau abgebaut; oftmals werden damit auch politisch begründete Kündigungen umgangen und den Betroffenen damit die Möglichkeit der Gegenwehr erschwert.

Diese Entscheidung des BVerfG läßt befürchten, daß weitere Regelungen des Einigungsvertrages, der als Grundgesetzänderung einer 2/3-Mehrheit bedurfte, per Gesetz, d.h. mit einfacher Mehrheit, verändert werden. — (har)

Renten-„Einheit“ — für Staatsdiener im 3. Reich

Wie der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Herbert Rische, Mitte März in Berlin mitteilte, wird der Beitragsatz für Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung um 1,4 %, d.h. auf 18,9 %, erhöht. Die Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern überwiegend durch die Beitragszahler der Sozialversicherung finanzieren zu lassen, während Beamte, Selbstständige und Höherverdienende unverschont bleiben, sei im Sinne einer gerechten Lastenverteilung unsozial, meinte das Vorstandsmitglied der BfA, Reinhold Schulze.

Rund 600000 Rentner warten seit 1992 auf ihren endgültigen Rentenbescheid. Die Aufarbeitung der Anträge wird erst Mitte 1994 beendet sein. Mit dem Rentenüberleitungsgesetz wurden für alle ehemaligen DDR-Bürger Sonder- und Zusatzrentenversicherungen gestrichen.

Dagegen wird jetzt, was in den Altbundesländern seit Anfang der 50er Jahre üblich ist, allen Personen in den neuen Ländern, die am 8. Mai 1945 Beamte, Richter oder Berufssoldaten waren, sowie deren Hinterbliebenen empfohlen, Anträge auf Nachversicherung bei der BfA zu stellen. Nach dem erwähnten Gesetz wirken solche Zeiten rentensteigernd. Der BfA sind Urkunden oder Schriftstücke über die Dienstlaufbahn beizufügen (z.B. Soldbuch, Wehrpaß, Dienstlaufbahnbescheinigungen von Archivstellen, RAD-Ausweis, Ernennungs- und Beförderungsurkunden).

Den Staatsdienern des Dritten Reiches wird also eine Rentenberechnung auf der Grundlage ihrer damaligen „Verdienst“ gewährt.

Neues Deutschland, Verbandszeitung des Deutschen Beamtenbundes — (abe)

Montagsdemo in Leipzig

Montag, den 15. März, 18.00 Uhr, auf dem Leipziger Augustus (ehemals Karl-Marx-)Platz: Nachdem es eben noch ziemlich leer aussah, finden sich immer mehr Menschen ein. Als es dann losgeht, sind es über 20000 aus Leipzig (natürlich), Zschopau, Riesa, Borna, Heidenheim, Salzgitter, Torgau ... Die ersten Worte treffen das, weswegen die Leute wieder auf den Beinen sind: Drei Jahre vorher hatte fast auf den Tag der „Kanzler aller Deutschen“ (damals war er es noch nicht) davon gesprochen, daß es nun ein blühendes Sachsen geben werde, daß die Anpassung der Mieten natürlich mehrere Jahre brauche, daß es keinem schlechter, aber vielen besser gehen werde. Die da damals zugehört und „Helmut, Helmut“ skandiert hatten, sie sind nun wieder hier auf diesem Platz — um Erfahrungen reicher, aber nicht nur um Hoffnungen ärmer. „Herr Kohl — uns reichts!“ Das war nunmehr die allgemein gemachte Erfahrung, die heute zur Lösung geworden ist.

Die drei ersten Redner machten schon deutlich, daß hier nicht „nur“ die Gewerkschaften stehen:

Pfarrer Christian Führer, der schon 1989 mit den Friedensgebeten in der Nikolaikirche Mut und Zivilcourage in erster Sache gelebt hat, machte die Rechnung der tatsächlichen Veränderungen nach der Wende auf. An die Stelle der Herrschaft einer Partei ist nun die des allmächtigen Geldes getreten. Viele einfache Menschen verzweifeln, weil sie um ihre Lebensgrundlagen fürchten müssen. Und er forderte zum Widerstand auf, denn „ohne Druck von unten läuft in diesem Lande nichts“. Für so manchen in Bonn zum Nachdenken: „Dieser Platz kann zum Wasserwerk werden, wenn ihr es wollt!“

Jochen Kletzin von der IG Metall nannte Zahlen: Von den 800000 sächsischen Metallern sind heute nur noch 50000 in „Lohn und Brot“ und die Unternehmer bereiten die nächsten Entlassungen vor. Wer jetzt noch glaubt, einen sicheren

Job zu haben, muß damit rechnen, mit dem völligen Zusammenbruch der Industrie in diesen Strudel hineingerissen zu werden. Dabei ist völlig gleich, ob er in der öffentlichen Verwaltung oder beim Handwerk seine Brötchen verdient. Im Osten soll das Exempel statuiert werden, das zur Liquidation der Tarifrechte der Gewerkschaften bis jetzt noch gefehlt hat. Dies hinnehmen hieße, in das XIX. Jahrhundert zurückzufallen. Wer jetzt noch auf den Solidarpakt hofft, hat nicht begriffen, was hier läuft. Hier geht es um die Solidarität von Ost- und Westdeutschen und um die der Deutschen mit den anderen.

Jochen Läßig verkörperte auch in seiner Person den Zusammenhang zu den 89er Demos. Aus seinen Worten wurde deutlich, daß die Hoffnungen demokratischer Erneuerung nicht in Erfüllung gegangen sind. Vielmehr macht sich Angst und Scheu vor politischem Engagement breit. Die Enttäuschung von den etablierten Parteien hat nicht nur das Anwachsen der Nichtwählerzahlen, sondern auch gefährliche Wiederbelebung rechtsextremer Gruppen zur Folge. Er rief wieder dazu auf, die eigenen Sachen in die eigenen Hände zu nehmen, sich nicht darauf zu verlassen, was Politiker tun oder lassen, und Basisdemokratie nicht nur zu fordern, sondern zu machen.

Die 89er Demos hatten nicht nur in Leipzig, in der DDR und in der näheren Umgebung für Aufsehen gesorgt. Damals gab es von den Bonner Regierenden heftigen Beifall. Als dann im Frühjahr 91 nach den Anti-Golfkriegsdemos die IG Metall in Leipzig wieder zu solchen Aktionen aufrief, gab es jede Menge Hindernisse und Anfeindungen. Der Mord an Rohwedder mündete sogar in den Vorwurf, daß dies eine Folge solcher Aktionen sei. Einige Gewerkschaften gaben diesem Druck nach — die Demos verliefen im Sande. Jetzt hat sich auch für die Gewerkschaften, aber eben nicht nur für die, die Lage grundlegend

geändert. Im Osten sind im Maschinenbau weniger als 10 Prozent übrig geblieben. In der Textilindustrie ist es noch dramatischer. In Gebieten mit ausgeprägter industrieller Monokultur ist das Aus für über 60 Prozent der arbeitenden Menschen. Der Mittelstand kommt unter diesen Bedingungen auf keinen der erhofften grünen Zweige. Nur noch Versicherungen und Banken schreiben schwarze Zahlen. Hier zeichnet sich eine soziale Katastrophe ab, die vor dem Hintergrund der westdeutschen und westeuropäischen Rezession keine Vergleiche in der Vergangenheit findet. In Leipzig sind schon jetzt über 40 Prozent real arbeitslos. Und viele von denen, die mit 55 bei Minimalrente in den Vorruhestand geschickt wurden, haben vor sich nichts mehr. Jugendliche haben die Wahl, abzuwandern oder nicht mal Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Und das hat nicht nur deutsche Dimensionen, denn uns geht es noch relativ „gut“, wenn man weiter nach Osten sieht. Dort fertigen jetzt bundesdeutsche Firmen zum Stundenlohn von 25 Pfennigen und weniger. Und wer nicht mal diese Chance hat — vielleicht macht das die furchtbare Verzweiflung derer verständlich, die in Jugoslawien schon jetzt zum Verbrecher oder zum Opfer oder zu beidem geworden sind. Nicht wenige haben die Idee vergessen, daß von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen soll, daß Frieden mit weniger Waffen geschaffen werden muß, aber die Sorge vor einem viel größeren Unheil gewinnt immer deutlichere Gestalt. Europa als Festung, in der die Reichen superreich werden, die Sozialleistungen demontiert und junge Männer wieder an die Front sollen — das ist nicht das, weswegen im Herbst 89 hierzulande so viele Menschen auf die Straßen gegangen sind. (...)

Nächsten Montag geht es weiter.

aus Platzgründen leicht gekürzt — (Wolfgang Denecke/Klaus Hesse)

Das Geld reicht nicht für alle ABM

Nach den hitzigen Diskussionen um den ABM-Stopp der Bundesregierung scheinen die Fragen nach dem Sinn oder Unsinn von ABM und nach einer aktiven Arbeitsmarktpolitik im Osten wie im Westen durch den von CDU und SPD erhandelten Solidarpakt abgeschwächt. Aber der Schein trügt. Während Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Geschichte der alten Bundesländer vor allem als Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende oder sozial schwach gestellte BürgerInnen anzusehen waren, haben sie mit der sogenannten deutschen Einheit einen völlig anderen qualitativen Stellenwert gefunden. Durch die ABM-Stopp-Diskussion wird deutlich, in welchem Umfang Länder und Gemeinden, freie Träger und Betriebe über Jahre Mißbrauch mit Selbstverwaltungsgeldern aus der Arbeitslosenversicherung getrieben haben, um Abwicklungen und Stellenstreichungen in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Sport, Sozialarbeit, Ökologie und der Industrie zu kaschieren. Statt einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und den Versuch, durch Sanierung der von der Treuhand verwalteten Betriebe, den Absatz ostdeutscher Produkte etwa zu fördern, die Lebensfähigkeit der Kommunen zu sichern und neue reguläre Arbeitsplätze zu schaffen, wurde aus machtpolitischen Gründen heraus die Aufwertung des Instruments ABM massiv betrieben. So sind im Osten 350000 ABM-Stellen und im Westen 70000 ABM-Stellen geschaffen worden. Dabei sind allein zum Erhalt der Stellen im Osten zusätzlich 7,25 Milliarden DM notwendig. Kommen die einst zugesagten Mittel für 1993 von 15 120 DM pro Arbeitnehmer und Jahr nicht, droht in vielen Städten und Gemeinden eine soziokulturelle Katastrophe. Die jetzt im Solidarpakt versprochenen 2 Milliarden DM reichen weder vorn noch hinten.

1. ABM-Kürzungen führen im Osten zu soziokulturellen Katastrophen

Das einst als Brücke in die neue Beschäftigung gefeierte Instrument hat sich durch die Zerstörungspolitik von Bonn nun zu einem Rettungsanker für die Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur in vielen Regionen entwickelt. So sind z.B. allein im Ostberliner Wissenschaftsbereich 4000 Stellen

in Gefahr. Ganze Bereiche der Sozialarbeit drohen wegzubrechen. So verloren 33 ABM-Beschäftigte der Mobilen Drogenprävention in Berlin ihren Job, und Suchtpräventionsstellen in den Stadtbezirken droht die Schließung. Bei häuslichen Pflegediensten gegenüber Senioren stehen in Berlin 150 ABM zur Diskussion, so daß über 2000 Alte auf eine für sie kaum erschwingliche Betreuung in Pflegeheimen und Sozialstationen angewiesen sein werden. Allein im jüngsten Berliner Stadtbezirk Hellersdorf, der einst von der SED im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes fast ohne jede Infrastruktur errichtet wurde, sind über 500 ABM in Gefahr. Dabei geraten solche Projekte wie die Arbeitslosenbetreuung durch den Arbeitslosenverband Deutschland e.V., die Frauenarbeit in Frauenclubs, die Sozialarbeit mit Jugendlichen und Mädchen, das einzige Theater im Stadtbezirk, die Suchtprävention, das einzige Kino für die 130000 Einwohner in Gefahr. Im von SPD und CDU angenommenen Haushaltsplanentwurf für 1994 fehlen allein zur Erhaltung der 7 Kultureinrichtungen 300000 DM. Dazu kommt, daß Stellenstreichungen des Senates von 21 auf 12 MitarbeiterInnen im Kulturbereich dazu führen, daß mit den jetzt in den Ämtern tätigen Menschen die allernotwendigste Arbeit nicht mehr geleistet werden kann. Der Senat setzt hier auf die Bildung von Vereinen, die diese Einrichtungen weiter betreuen sollen. Aber auch diese benötigen Anschubfinanzierungen, die nicht vorhanden sind.

2. Die Talfahrt der Wirtschaft beschleunigt den Sozialabbau

Der Kreislauf, bei dem die anhaltende Talfahrt der Wirtschaft die Arbeitslosenzahlen nach oben treibt und somit die Finanznot der öffentlichen Haushalte erhöht, konnte auch durch den Solidarpakt nicht durchbrochen werden. Nach wie vor droht Zehntausenden aus den ABM, in die Arbeitslosigkeit zu fallen. Am politischen Horizont der Regierungsparteien ist auch nicht die Spur einer gestaltenden Idee erkennbar, um diesen Kreislauf zu durchbrechen. Deshalb verdient der Vorschlag der PDS zur Schaffung von 800000 bis 900000 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren größte Aufmerksamkeit. Durch Auflö-

sung der Geheimdienste und Reduzierung des Verteidigungshaushalts um 15 Mrd. DM, der Kürzung der Bezüge der Spitzenbeamten im öffentlichen Dienst um 20 Prozent, einer höheren Besteuerung des Vermögens an Immobilien um 10 Mrd. DM, einer staatlichen Zwangsanleihe bei Banken und Versicherungen in Höhe von mindestens 1,5 Prozent der Bruttowertschöpfung, einer Investitionshilfeabgabe der westdeutschen Industrieunternehmen und Handelsketten in Höhe von 10 Prozent, einer ökologischen Steuerreform und einer Ergänzungsabgabe für Höherverdienende ab 1994 könnten die erforderlichen Mittel dafür bereitgestellt werden. Dabei müssen durch die wirksamere Nutzung der Arbeitsmarktinstrumente, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Sanierung von Treuhandbetrieben, regionale Förderprogramme, Lastenausgleichsfonds und die Installation des Systems der sozialen Grundsicherung die Voraussetzungen für neue politische Entwicklungen geschaffen werden. Allein 110 Milliarden DM fehlender Haushaltsmittel werden durch den Solidarpakt an die Städte und Gemeinden weitergereicht. Um 9 Mrd. DM soll der kommunale Finanzausgleich reduziert werden. Dadurch kommt es praktisch zu weiteren Schließungen oder Privatisierungsbestrebungen bei Sozialstationen, Bibliotheken, Jugendzentren sowie von Zuschüssen für Sport und Kultur. Auch dadurch sind in Ost und West ABM gegenwärtig zum unverzichtbaren Element der Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur geworden. Die Einschränkung der Regierenden und der Wirtschaft, irgendwelche sozialen Probleme über gesellschaftliche Regulative zu lösen, müssen durch die Gewerkschaften, Interessenverbände und Betroffenen gleichermaßen entschieden bekämpft werden. Wenn alle Menschen, auch die an den Rand der Gesellschaft gedrängten, eine Chance erhalten sollen, so ist eine neue Qualität von Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Produktivität notwendig. Eine Alternative zum Solidarpakt kann nur eine Chance haben, wenn die Opposition vor allem den außerparlamentarischen Widerstand unterstützt.

— (Klaus-Jürgen Dahler)

Politische, juristische und soziale Ausgrenzung ehemaliger Mitarbeiter des MfS / AfNS (erster Entwurf einiger Thesen)

Vorbemerkung: Am 13.3.1993 tagte in Berlin-Oberschöneweide das „Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e. V./i. G.“. In einer Pressemitteilung wurde die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Tagung unterrichtet: Überarbeitung der Satzung des Vereins i. G. und Schaffung von Arbeitsgruppen zur thematischen Aufarbeitung der Geschichte des MfS. Parallel zur Presseerklärung wurde einigen Redaktionen von Tageszeitungen nachfolgend dokumentiertes Material übergeben. Am 16.3.1993 erschien in der Berliner Zeitung ein Artikel mit der Überschrift: „Stasi-Offiziere drohen mit ‚Plauderstündchen‘“. Aus dem Zusammenhang gerissen, wurde aus dem Material ein Satz zitiert, wonach „bei den Stasi-Offizieren die Bereitschaft wachse, das zweifelsohne vorhandene Wissen über Wirkungsmechanismen im gesellschaftlichen System der Bundesrepublik als aktives Element in der politischen Auseinandersetzung ... einzusetzen.“ Die im Text des Materials bezeichneten Auswirkungen der Ausgrenzung werden übersehen und die Aussage als Drohung dargestellt. In der Berliner Morgenpost vom 17.3. eskaliert die Verdrehung zur Unwahrheit, wenn gesagt wird, daß das In-

siderkomitee „über brisante Geheimdokumente“ über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD verfüge und „genügend Material ... existiere über die Zusammenarbeit zwischen Schalck und führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik“. Ist es Zufall, daß am 18.3. der Ausschuß für Verfassungsschutz des Berliner Abgeordnetenhauses tagte? Neben der Forderung eines Berufsverbotes für ehemalige Stasi-Mitarbeiter in sicherheitsrelevanten Bereichen (z.B. in Wachschutzgesellschaften) wurde eine Diskussion über das Insiderkomitee geführt, in der „unverzügliches Handeln“ des Verfassungsschutzes angemahnt wurde. Nach Armin Jäger, Staatssekretär der Innenverwaltung des Senats, „haben die öffentlichen Äußerungen (des Insiderkomitees) den Tatbestand der Nötigung von Verfassungsorganen erreicht“. Es werde überlegt, „aus dem Verwaltungsvorgang einen Beobachtungsvorgang zu machen“. Aufbauend auf durch die Presse lancierten falschen Meldungen und Einseitigkeiten sollen Schritte gegen das Komitee eingeleitet werden. Das Insiderkomitee stellt sich die Aufgabe einer kritischen und schonungslosen Aufarbeitung der Geschichte des MfS. Es will damit einen Beitrag zur Findung

der historischen Wahrheit leisten, aber auch gegen Diskriminierung und Einseitigkeit auftreten. In der Berliner Morgenpost vom 22.3. wird angedeutet, worum es geht: Unter der Überschrift „Alte Stasi-Profis heute: Zwischen Rentenberatung und Terrortraining“ wird gesagt, daß das Insiderkomitee „einen Teil der kommunistischen Kampagne gegen die demokratische Aufarbeitung der DDR-Geschichte bildet“. Und um das Ganze abzurunden, wird von einer Gruppe „Rote Faust“ gesprochen, die „Ende 1991 regelmäßig auf dem einstigen Übungsgelände des MfS-Wachregimentes ... weitere Sabotage- und Terrorakte trainierte“. Das Insiderkomitee hat sich wiederholt an den Präsidenten des Verfassungsschutzes, Herrn Werthebach, gewandt und eine öffentliche Anhörung des Insiderkomitees und Diskussion mit Vertretern des Verfassungsschutzes vorgeschlagen. Eine Reaktion darauf gibt es noch nicht. Antworten gibt es durch andere.

Das Insiderkomitee aber steht zu seinen Prinzipien, die öffentlich gemacht wurden: Demokratische gleichberechtigte Diskussion, Öffentlichkeit und Transparenz.

1. Strafprozesse

Nach offiziellen Angaben werden derzeit rund 2500 Ermittlungsverfahren (EV) wegen „Spionagetätigkeit“ bearbeitet, davon ca. 1000 EV in Berlin (Polizeipräsident Hagen Saberschinsky Febr. 1993 zu dpa). Die Zahl der EV stieg kontinuierlich an: 1989: 311 EV; 1990: 601 EV; 1991: 1229 EV (Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs Rainer Funke in einer Fragestunde des Bundestages, 11.3.1992); für 1992 wurden ähnliche Größenordnungen erwartet. 1991 und 1992 richteten sich Strafprozesse vorwiegend gegen Quellen der Auslandsnachrichtendienste der früheren DDR und deren Führungsoffiziere. Von den 32 Haftbefehlen, die 1991 wegen Spionagetätigkeit ausgestellt wurden, bezogen sich 29 auf Mitarbeiter der Nachrichtendienste der DDR. 1991 wurden in diesen Prozessen gegen die Quellen Freiheitsstrafen zwischen 10 und 2,5 Jahren, gegen die teilweise mit unter Anklage gestellten Führungsoffiziere zwischen 14 und 24 Monaten auf Bewährung ausgesprochen. Nach unvollständigen Pressemeldungen kam es im Jahre 1992 zu mindestens 17 Gerichtsverfahren mit mehr als 26 Angeklagten. Dabei wurden Strafen von 1 Jahr auf Bewährung bis zu 10 Jahren Haft ausgesprochen, vorwiegend verbunden mit Geldstrafen und Geldbußen von einigen tausend DM bis zu 820000 DM. Im Prozeß gegen Karin ZUBER, ehemals Sekretärin im Bundeskriminalamt, sowie Ehemann und Mutter, sprach das OLG Frankfurt im August 1992 Bewährungsstrafen zwischen 21 und 12 Monaten aus, da der Schaden für die BRD als nicht groß eingeschätzt wurde. Das Gericht verfügte aber gleichzeitig unter Bezugnahme auf angebliche 100000 DM Zahlungen des MfS im Verlauf von 11 Jahren, daß der Immobilienbesitz der Familie im Wert von 105000 DM an den Staat fällt und setzte eine Geldbuße von 43000 DM fest. 1992 begannen die ersten Verfahren gegen Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der früheren DDR, ohne daß eine Quelle im gleichen Gerichtsverfahren mit angeklagt wurde. Im Prozeß gegen den früheren Oberst Herbert Köhler, zuletzt Leiter Abt. XV der Bezirksverwaltung Dresden und drei seiner Referatsleiter, dienten die aus der Registratur des MfS entnommenen Übersichten über IM-Vorgänge als Grundlage der Anklage. Vor dem OLG Düsseldorf wurde Anklage erhoben gegen leitende Mitarbeiter der Abteilung II der HVA u.a. wegen ihrer Verantwortung für die Quellen Günter Guillaume und Sonja Lüneburg. Gegen vier ehemals leitende Mitarbeiter der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) wurden Haftbefehle wegen Landesverrats erlassen mit dem Hauptvorwurf, verantwortlich für die Führung des 1987 verstorbenen Vizechefs des MAD, Krase, als Quelle des MfS gewesen zu sein. Neben diesen in der Öffentlichkeit bekannten Verfahren und Prozessen laufen hunderte von EV gegen Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR, bis hin zu Sekretärinnen, von denen erwartet wird, daß sie Detailwissen zur Belastung der Mitarbeiter und Vorgesetzten ihres früheren Dienstbereiches liefern. Das ist verbunden mit tausendfachen Vorladungen zu Zeugenvernehmungen, psychischem Druck in sehr massiver Form durch Diskriminierungen bei evtl. noch vorhandenen Arbeitsstellen (Freistellungsanträge) bzw. durch Einflußnahme der Vernehmer. Informationen häufen sich auch über EV und Strafprozesse, in denen die Anwendung nachrichtendienstlicher Methoden

der DDR-Abwehrdienste kriminalisiert wird, z.B. Telefon- und Briefkontrollen, Wohnungsdurchsuchungen etc. Signalwirkung soll das Urteil des Landgerichts Magdeburg vom 4.1.1993 ausüben. Die Verurteilten hatten sich wegen der Überwachung von Telefonanschlüssen und Kontrolle von Postsendungen zu verantworten. Sie handelten als Offiziere eines souveränen Staates in Übereinstimmung mit dessen Rechtsordnung. Wegen ähnlicher Tatvorwürfe war ein ehemaliger Offizier des MfS am 25. Mai 1992 vom Berliner Kammergericht freigesprochen worden, und das Landgericht Leipzig lehnte die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen ehemalige leitende Mitarbeiter des MfS in Leipzig ab. Außerdem wird dabei völlig außer acht gelassen, daß z.B. im damaligen Westberlin der grenzüberschreitende Telefon- und Postverkehr im Rahmen des Kalten Krieges umfassend überwacht wurde, daß die gleichen Funktionen von Dienststellen des Bundesnachrichtendienstes mit der Tarnbezeichnung „Hauptstellen für spezielle Datenverarbeitung“ in allen alten Bundesländern ausgeübt wurden. Diese EV und Prozesse beruhen alle auf der in der Rechtswissenschaft des In- und Auslandes heftig umstrittenen Konstruktion, daß die BRD auch gegen Angestellte des untergegangenen Staates DDR jederzeit wegen deren Handlungen für einen souveränen Staat strafrechtlich vorgehen könnte, ohne Rücksicht auf Rückwirkungsverbot und andere prinzipiellen rechtsstaatlichen Grundsätze. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auf den Vorlagebeschluß des Kammergerichtes Berlin im Verfahren gegen Großmann u.a. wird verzögert und in der Zwischenzeit werden in einer Vielzahl von Prozessen vollendete Tatsachen geschaffen. Seit Ende 1992 beginnen in den neuen Bundesländern andere Formen der Abrechnung mit dem früheren MfS. Es werden Prozesse gegen Inoffizielle Mitarbeiter eröffnet, deren Informationen, oft in weit zurückliegenden Jahren, zu Verhaftungen und rechtskräftigen Verurteilungen anderer Personen geführt haben. Ohne das berechnete Interesse der Betroffenen an der Aufklärung der Umstände ihrer Inhaftierung anzuzweifeln, muß doch einmal nach dem Rahmen und dem Umfang dieses Vorgehens gefragt werden. Wo sind hier die Grenzen zwischen berechtigtem Interesse an Ahndung und der Rache zu setzen? Beispiel: Der frühere LDPD-Funktionär Armin Gölner hat gegen seinen Neffen, der als IM über dessen Vorbereitung auf „Republikflucht“ informierte, einen Zivilprozeß mit Schadensersatzforderungen in Höhe von 79000 DM vor dem Kreisgericht Kamenz angestrengt und in erster Instanz gewonnen. Gleichzeitig läuft gegen diesen Neffen ein Strafverfahren wegen „politischer Verdächtigung“ vor dem Landgericht Lüneburg.

2. Geheimdienstliche Angriffe gegen ehemalige Mitarbeiter oder IM des MfS

Unmittelbar nach dem Fall der Mauer begannen erste Kontaktversuche von Mitarbeitern des BND, des BfV oder der LfV, von Geheimdiensten der USA und Großbritannien gegenüber Mitarbeitern oder bekannten IM. Mit Drohungen und Versprechungen über Straffreiheit, mit z.T. massiven finanziellen Angeboten (bis zu einer Million Dollar!) soll die Bereitschaft geweckt werden, „freiwillig“ Angaben über frühere Quellen zu machen. Oft wird der Anschein erweckt, daß Vorgesetzte oder andere Mitarbeiter

des früheren Dienstbereiches bereits bereitwillig Unterstützung gewähren und „nun einen Mercedes fahren“ (so erst kürzlich die Argumentation eines Mitarbeiters des MAD). In nicht wenigen Fällen führte die Weigerung, auf derartige Angebote einzugehen, in unmittelbarer Folge zum Verlust des Arbeitsplatzes.

3. Berufsverbote

Ein nicht geringer Prozentsatz der Mitarbeiter des MfS zählte zur Intelligenz der DDR, war bzw. ist mit hoher Intelligenz und Kreativität ausgestattet. Trotzdem folgte die Mehrzahl der Forderung des Herbstes 1989 „Stasi in die Produktion“ und übernahm untergeordnete Tätigkeiten in Bereichen, in denen hoher Personalbedarf bestand. Es gab hunderte von Hausmeistern oder Pförtnern in Sozial- und Bildungseinrichtungen, Personal von Verkehrsbetrieben oder der Stadtreinigung; hochqualifizierte Fremdsprachensekretärinnen wurden Reinigungskräfte, wuschen Reagenzgläser in der Charité, sortierten Belege in Sparkassen usw. Mit der Vereinigung hatten sie jedoch eines gemeinsam: sie waren angestellt im öffentlichen Dienst der BRD und unterlagen damit den „Sonderkündigungsregelungen“ des Einigungsvertrages (E.V.). Dieser Vertrag darf sogar — laut Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes — die grundlegenden Regelungen des BGB zum Schutz der Bürger vor Willkür (z.B. § 626 BGB) außer Kraft setzen. Sein politisch motiviertes „lex specialis“ für ehemalige Mitarbeiter des MfS wird Grundlage aller Entscheidungen in Arbeitsrechtsverfahren. Um die Wirksamkeit zu erhöhen, beschließt der Bundestag an einem Freitagnachmittag die Verlängerung der Laufzeit dieses „Sonderrechts“. Der Bundesminister des Inneren hatte bereits Anfang September 1990 — also noch vor der Vereinigung — mit entsprechenden Runderlassen für eine möglichst einheitliche Durchsetzung der Säuberung des öffentlichen Dienstes gesorgt. Selbst die Kündigungsformeln wurden als Textbausteine vorgegeben. International werden die Erlasse des BMI vom 4. und 10. September 1990 als die „Radikalerlasse“ für die frühere DDR betrachtet. Während in den BMI-Erlassen noch eine Einzelfallprüfung vorausgesetzt wurde, ist die Praxis in den nachgeordneten Behörden und in den neuen Bundesländern entgegengesetzt. Allein auf der Grundlage einer „Funktionstheorie“, ohne Prüfung individueller Verantwortung oder Schuld, werden massenhaft Urteile mit weitreichenden sozialen Folgen gefällt. Der fragwürdige politische Pragmatismus bei der Durchsetzung der „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes zeigt sich bei der zeitweiligen Übernahme von Mitarbeitern der HA VI in den BGS an der Ostgrenze oder von Mitarbeitern der HA Personenschutz in die Sicherungsgruppe des BKA.

4. Rolle der Gauck-Behörde

Spezifische Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung ehemaliger Mitarbeiter oder IM ergeben sich aus der Tätigkeit des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“. Bereits die Unterstellung dieser Einrichtung als obere Bundesbehörde unter den Bundesminister des Inneren ist undemokratisch und verfälscht den Willen der letzten Volkskammer der DDR, die bei der Forderung nach Einrichtung eines solchen Beauftragten von einem parlamentarisch kontrollierbaren Organ ausging. Die zweifelhafte „Gutachtertätigkeit“ der

Gauck-Behörde mit politisch motivierter „Vorsortierung“ der vorhandenen Unterlagen und entsprechenden „Wertungen“ dieser Materialien ist allgemein bekannt. Diese Praxis ist aber Grundlage von tausenden von Entscheidungen über berufliche Perspektiven und führt durch faktisches Arbeitsverbot für die Betroffenen zur sozialen Entrechtung ganzer Familien. Der ungehemmte Zugang der „kaufkräftigen Presse“ und einiger Vertreter früherer Bürgerbewegungen zu den Unterlagen der „Gauck-Behörde“ gestattet diesen den gezielten Mißbrauch selektiver Materialien für politische Zwecke. Das dient dem regelmäßigen Anheizen der öffentlichen Meinung und führt — wie in vielen anderen Fällen auch — zur Umkehrung der Beweislast für die Betroffenen, die nach öffentlicher Diffamierung ihre Unschuld beweisen sollen. Der Umgang mit dem Schriftgut des früheren MfS ist ein so diffiziles Problem, das unbedingt unabhängig von allen parteipolitischen Zielen behandelt werden muß. Selbst die gutwillige Arbeit mit den Akten muß differenzierter die konkreten historischen Umstände der Entstehung von Formulierungen und Wertungen berücksichtigen.

5. Pauschale öffentliche

Diskriminierung

Eine historische einigermaßen objektive Bewertung des MfS/AfNS und seiner Tätigkeit in der Geschichte der DDR ist bis heute in der Öffentlichkeit nicht möglich. Auch in der Gegenwart werden durch einige politische Kräfte und die Mehrzahl der Medien immer wieder generelle Gleichsetzungen des Gesamtapparates des MfS mit den Teilen, die zunehmend Repressivfunktionen wahrgenommen haben, vorgenommen. Dieser Grundposition entspricht auch die Gleichsetzung IM = Spitzel, Denunziant. Mit einer Vielzahl von generellen, unbewiesenen Behauptungen und Bewertungen (z.B. „flächendeckende Überwachung“, Mißbrauch der Psychiatrie, Folterungen) oder Zuordnung andere staatlicher Tätigkeiten zum MfS (Strafvollzug, Adoptionen) wird die öffentliche Meinung gezielt beeinflusst. In ähnlicher Richtung wirken Veröffentlichungen ganzer Listen über Mitarbeiter, IM, OibE oder von Objekten. Besonders fragwürdig ist die Schutzbehauptung der dafür Verantwortlichen, bisher seien dadurch noch keine Menschenleben gefährdet worden. Nicht zuletzt die „Enthüllungen“ über frühere MfS-Kontakte

und IM-Tätigkeiten von Künstlern und Kulturschaffenden der DDR zeigen die ganze Fragwürdigkeit und Sensibilität des Umgangs mit Aussagen und Wertungen über die Arbeit des MfS. Zur öffentlichen Diffamierung ist auch zu zählen, daß Aussagen ehemaliger Mitarbeiter in der Öffentlichkeit bzw. in anhängigen Verfahren je nach politischer Zielstellung als „entscheidender Beweis“ oder häufiger als generell unglaubwürdig bewertet werden (z.B. Arbeitsgerichtsverfahren gegen Professor Fink).

6. Wirkungen auf die ehemaligen Mitarbeiter

So differenziert wie der Personalbestand des früheren MfS zu beurteilen ist, sind auch die Reaktionen unter diesen ehemaligen Mitarbeitern. Ein ernstzunehmender Teil war nach einer Phase der Besinnung und ersten kritischen Wertung eigener Erfahrungen bereit zur Integration in das neue System unter Beachtung grundlegender Loyalitätsanforderungen. Der eigene Beitrag dazu könnte die „Aufarbeitung“ der Geschichte und der Tätigkeit des früheren MfS als „Sicherheitsorgan im realsozialistischen System“ sein. Die Bereitschaft dazu wird jedoch durch die juristischen, politischen und sozialen Wirkungen der Ausgrenzung und Diskriminierung bei der Mehrzahl dieser Mitarbeiter blockiert. Damit wachsen zunehmend Fragen und Befürchtungen, daß politische Kräfte auf eine anwachsende Konfliktsituation, auf Erhalt und Erweiterung politischer und sozialer Spannungen setzen. Es wird gefragt, wer an einem solchen Konfliktpotential Interesse haben könnte, welche politischen Interessen dahinter stehen. Es gibt immer mehr Erscheinungen der sozialen Degradierung durch das Rentenstraftrecht, durch Langzeitarbeitslosigkeit, durch offensichtliche materielle Abstrafungen. Die politischen Erfahrungen massenhafter Verletzungen von Grundprinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates im Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern oder IM lassen an der Glaubwürdigkeit von Forderungen nach einem differenzierten Umgang mit der Gesamtproblematik MfS immer stärker zweifeln. Damit wächst die Bereitschaft, das zweifelsohne vorhandene Wissen über Wirkungsmechanismen im gesellschaftlichen System der Bundesrepublik als aktives Element in der politischen Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Praktiken einzusetzen. — (Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS)

Pressereaktionen des Komitees

In verschiedenen Stellungnahmen reagierten Vertreter des Sprecherrates gegenüber den Medien, besonders den betreffenden Zeitungen:

Sofort nach Bekanntwerden gab Klaus Eichner, Erster Sprecher des Sprecherrates des Insiderkomitees, dem Sender 101 ein Telefoninterview, in dem er die in der BZ erfolgte Interpretation und alle Spekulationen über „Geheimmaterial“ in der Berliner Morgenpost zurückwies. In einer Erklärung des Pressesprechers des Komitees, Jörg Seidel, gegenüber ADN wurde erklärt, daß das Komitee über keinerlei „Geheimunterlagen“ verfüge.

Diesen Erklärungen folgte am 17.3.93 eine „Gegendarstellung“ zum Artikel in der Berliner Morgenpost vom 17.3.93, in der eindeutig gesagt wird, daß — es unwahr ist, daß das Komitee über „brisante Geheimunterlagen“ verfüge.

— „die Behauptung, daß eine wachsende Bereitschaft ehemaliger Führungskader zum aktiven Einsatz ihres Wissens festzustellen ist“, unrichtig ist. Richtig ist aber, „daß in diesem Entwurf eines Thesenpapiers (gemeint ist das dokumentierte Material) diese Möglichkeit generell für ehemalige Mitarbeiter als Auswirkung ihrer Ausgrenzung angesprochen wird.“

Weiter werden die Behauptungen zurückgewiesen, nach denen das Insiderkomitee über belastendes Material zu führenden Persönlichkeiten der BRD und zu Schalck und andere, die Beziehungen DDR-BRD betreffenden Materialien, verfüge.

Die „Gegendarstellung“ wurde der Berliner Morgenpost per Fax und Einschreiben übermittelt. Nach bisher vorliegenden Informationen wurden bisher noch in keiner Zeitung die Gegendarstellungen des Komitees zur Kenntnis genommen und veröffentlicht.

Am 21. März tagte der Länderrat der Grünen zum Thema „Krieg im ehemaligen Jugoslawien“. Mit klarer Mehrheit wurde jede Art militärischer Interventionspolitik abgelehnt und grüne Grundpositionen der Gewaltfreiheit und Friedenspolitik bestätigt. An vielen Orten und in verschiedenen Bündniszusammenhängen, z. B. der Friedenspolitik, gerät der antimilitaristische Konsens unter den Druck reaktionärer, großmachtpolitischer Interventionspolitik. Die Ergebnisse und Positionen des grünen Länderrates haben Anhaltspunkte gesetzt, mit denen eine gemeinsame Politik gegen die Intervention in den jugoslawischen Ländern, gegen Bundeswehreinsatz und Grundgesetzänderung entwickelt werden kann.

Das ist auch bitter nötig angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Bundesregierung ihre faktische Selbstermächtigung zur Intervention vorantreibt und hinsichtlich der Antragslage im Bundestag. Am 17. 12. 1992 hat die Bundesregierung der UNO Bundeswehrtruppen für einen „humanitären“ Einsatz in Somalia angeboten. Nach Kambodscha hatte Rühre bereits Bundeswehrsanitätssoldaten geschickt, im Golfkrieg war die Bundesrepublik mit Logistik und ca. 17. Mrd. DM dabei, im ehemaligen Jugoslawien beteiligt sich die Bundesregierung an der Luftbrücke und übernimmt Überwachungsaufgaben. Im Rahmen der Maastrichter Verträge wird am Aus- und Umbau europäischer Außenpolitik und Militäreinheiten gearbeitet. Ende 1992 wurde das erste Kontingent der „Schnellen Eingreiftruppe“ im Rahmen der NATO unter starker Beteiligung der Bundeswehr gebildet.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben inzwischen Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes Artikel 24 und/oder 87a vorgelegt. Für Kampfeinsätze bei der CDU/CSU/FDP und für Einsätze mit Blauhelmen bei der SPD. Die PDS/Linke Liste hat einen Antrag gestellt, der jeden Waffeneinsatz außer im Fall einer Verteidigung des eigenen Territoriums ablehnt, diesen Verteidigungsfall restriktiv eingrenzt und eine Übertragung von Hoheitsrechten über den Militäreinsatz ablehnt. Für den Antrag, der von Bündnis 90/Grüne im Bundestag eingebracht wurde, aber von der Mehrheit der Westgrünen abgelehnt wird, dürften die Ergebnisse des letzten Sonntages ebenfalls von Bedeutung sein. Der Antrag sieht nämlich den Einsatz der Bundeswehr „... im Ausland für friedenserhaltende Maßnahmen nach Artikel 24 Abs. 4 GG“ vor.

Schließlich ermöglichen die Ergebnisse des grünen Länderrates selbsternannten grünen Weltpolitikern entweder den geordneten Rückzug auf grüne Grundpositionen oder doch immerhin eine realistische Einschätzung des gegenwärtigen Einflusses ihrer Ansichten. Dem Herrn Senator Ralf Fücks („Umweltsenator“ in Bremen), dem Herrn MdEP Friedrich-Wilhelm Graefe von Baringdorf und anderen blieb es überlassen, die Erweiterung des UNO-Mandates für „humanitäre Intervention“ — „notfalls

Grüner Länderrat beriet zu Jugoslawien: Eine klare Mehrheit gegen Intervention

auch militärisch“ — zu fordern und zur Truppenstellung für diesen Einsatz aufzurufen. Ein begleitender Diskussionsbeitrag von Graefe von Baringdorf nennt Gründe wie „... den Krieg einzudämmen“, „die Schuldfrage“ darf bei der „humanitären Intervention“ nicht bestimmend sein, der Pazifismus sei ein wichtiges Ziel, eine „langfristige Option, eine notwendige Utopie“, aber „Festhalten an Gewaltlosigkeit dürfe nicht zur „unterlassenen Hilfeleistung“ führen.

Antrag und Begründungen von Fücks u. a. ist nicht nur bedeutsam, wie weltpolitische Stammtischallüren und imperialer Quark die Sicht eintrüben, es drängt sich auch die Frage auf, warum grüne Positionsentwicklung solchen Zielen nicht früher klare Grenzen setzt?

Die Grüne Partei hat die Krise und den Zerfall der realsozialistischen Staaten stets als Prozeß marktwirtschaftlicher Befreiung, der nach „Selbstbestimmung“ strebt, betrachtet und so gut wie nie die stattfindende soziale und politische Rekolonisierung kritisiert. Das ermunter Fücks u. a., die „Schuldfrage, welche der Konfliktparteien ist Aggressor, Diktator, Faschist ...“ (Diskussionsbeitrag Baringdorf) vom Tisch zu wischen und von dem tatsächlich größten auswärtigen Aggressor im Jugoslawienkonflikt, der Bundesrepublik Deutschland, die Fortsetzung der Intervention als „humanitäre Intervention“ notfalls „mit militärischen Mitteln“ zu fordern. — (che)

Dokumente Teil 1

Antrag für eine friedenspolitische Grundsatzresolution — für eine konsequente Zivilisierung der internationalen Politik

1. Internationale Verantwortung übernehmen heißt zivil handeln

... Wir GRÜNEN bestehen darauf, daß jedes politische Handeln sich seiner Verantwortung stellt. Wir treten der Machtphantasie entgegen, daß der Rückgriff auf militärische Gewalt wirksame Lösungen garantiert. Im Gegenteil vertreten wir GRÜNEN die Auffassung, daß in der herrschenden Politik militärische Gewalt in der Regel als Mittel der Absicherung einer Politik von Ausbeutung und Unterdrückung im Namen der Durchsetzung von Ordnungen eingesetzt wird und daß gewaltfreie, diplomatische und sich nichtmilitärisch einmischende Handlungsmodelle ein sehr großes Potential zur Lösung internationaler Konflikte erschließen kann.

Wir GRÜNEN bekräftigen angesichts der neuen historischen Situation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts unser nüchternes Eintreten für das Ziel der Gewaltfreiheit. Gerade von Deutschland

aus darf nie wieder Krieg ausgehen! Ebenso bleiben wir bei unserem konsequenten Eintreten für Menschenrechte und Demokratie: Nie wieder Faschismus und Völkermord! ...

Wir GRÜNEN erkennen an, daß es leider historische Situationen gibt, in denen in internationalen Verhältnissen kein unmittelbar wirksames zuverlässiges Mittel zur Verfügung steht, um Mord und Verbrechen rasch zu beenden. Ohne eine politische Lösung, die für alle Seiten akzeptabel ist, kann es keine tragfähige Konfliktlösung geben. Wer dies in seiner Politik nicht aushalten will und deswegen vorgibt, ein Versagen der Politik durch militärische Intervention kompensieren zu wollen, drückt sich in jedem Fall vor seiner internationalen Verantwortung — die darin besteht, in einem schwierigen, sicherlich widerspruchsvollen Prozeß der Konfliktvermittlung dazu beizutragen, daß die Konfliktparteien zu einer politischen Lösung geführt werden können. Allein dadurch können dauerhaft Leben gerettet und Menschenrechte geschützt werden.

Daß ein solcher Deeskalationsprozeß militärischer Konflikte immer mit einem Waffenstillstand beginnen muß, der am „Status quo“ ansetzt, darf nicht als Vorwand dienen, den Einstieg in eine ausgehandelte Konfliktlösung zu verweigern. Schon gar nicht kann es akzeptiert werden, wenn im Namen von Gerechtigkeit und Menschenrechten der Rückgriff auf militärische Gewalt gefordert wird, um erst einmal eine „gerechte Ausgangslage“ zu schaffen. Das ist ein unverantwortliches Eintreten für den vorgeblich „gerechten Krieg“ als Mittel der Politik

4. Unsere Forderungen

— Eine Initiative der Bundesregierung für multilaterale Abrüstungsverhandlungen auch im konventionellen Bereich.

— Beendigung aller deutschen Militärplanungen für „Ou-of-area“-Einsätze der Bundeswehr; schrittweiser Abbau der Bundeswehr bis zu ihrer schließlichen Auflösung.

— Abbau der Rüstungsproduktion ... — Keine Grundgesetzänderung und auch keine Uminterpretation des Grundgesetzes, um den Einsatz deutscher Soldaten „out-of-area“ möglich zu machen. Stattdessen Klarstellung der ausschließlich zivilen Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik und Verankerung des Ziels ihrer einseitigen Abrüstung im GG.

— Aufbau einer zivilen Friedensorganisation der Bundesrepublik Deutschland ... (Es folgen Forderungen zur Umorganisation internationaler Institutionen und Organisationen, d. Red.)

— Unbegrenzte Aufnahme von Flücht-

lingen aus Kampfgebieten, aus Lagern und von Deserteuren durch die Bundesregierung für die Dauer der Kampfhandlungen. Schaffung eines konfliktverarbeitenden Betreuungsangebotes für alle aufgenommenen Kriegsgesopfe.

— Initiativen der Bundesregierung zur Entwicklung eines Instrumentariums „positiver Saktionen“ (wie z. B. Finanz-, Know-how- oder Infrastrukturtransfer) in der Hand internationaler Konfliktverhütungs- und Deeskalationsinstanzen wie der UNO und der KSZE. (von 52 Personen unterzeichnet, d. Red.)

Dokumente Teil 2

Resolution zur Situation im ehemaligen Jugoslawien

Im ehemaligen Jugoslawien führen Serben, Kroaten und Muslime einen Krieg mit schrecklichen Realitäten, die wir aus Kriegen kennen. Die Folge nationalistischer Verhetzung in den ehemals jugoslawischen Republiken, vor allem in Serbien, aber auch in Kroatien, sind besondere Grausamkeiten. Daher werden in diesem Krieg ... mit Intensität und Systematik Menschen ermordet, in Lager gesteckt, vertrieben, Frauen massenhaft vergewaltigt, Städte und Dörfer zerstört. Als bundesdeutsche Grüne haben wir die Konsequenz gezogen aus dem, was Krieg bedeutet — und gerade von Deutschen wurden in diesem Jahrhundert Grausamkeiten extremen Ausmaßes begangen. Daher ist eine antimilitaristische Friedenspolitik unter dem Stichwort „gewaltfrei“ eine Säule unseres Selbstverständnisses ...

Wir wenden uns dagegen, durch eine falsche Politik der Bundesregierung, die den Krieg mit eskaliert und die momentane Situation im ehemaligen Jugoslawien mit verschuldet hat, nun gedrängt zu werden, militärische Mittel zu relegitimieren. Wir sind nicht bereit, uns in die Logik einer von Großmachtinteressen mit bestimmten Politik der christlichen Bundesregierung einbinden zu lassen und, nachdem alle unsere Vorschläge einer nichtmilitärischen Kriegsbeendigung ignoriert wurden, uns dann noch an „letzte-Mittel-Diskussionen“ zu beteiligen. Wer heute in Deutschland nach Militärinterventionen im ehemaligen Jugoslawien oder gar nach deutschen Soldaten und Waffen weltweit ruft, unterstützt nicht den dortigen Friedensprozeß, sondern Kräfte, die auf — sich wieder zunehmend militärisch formierende — Großmachtinteressen Deutschlands hinwirken wollen.

Daher fordern wir: (Es folgen Forderungen der Nichteinmischung und Unterstützung von Friedensinitiativen im Sinne des Antrags für eine „friedenspolitische Grundsatzresolution“, d. Red.)

UnterzeichnerInnen (Wie „friedenspolitische Grundsatzresolution“, d. Red.)

Dokumente Teil 3

Für eine humanitäre Intervention in Bosnien

— Angesichts des fortwährenden Massakers an der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina, insbesondere des physischen und psychischen Terrors gegen die muslimische Volkgruppe — Angesichts der Tatsache, daß UN-Konvois zur Versorgung der hungernden Zivilbevölkerung in den umkämpften Gebieten immer wieder von bewaffneten Banden aufgehalten werden

— Angesichts der Erfolglosigkeit der bisherigen Boykottaufrufe und Blockademaßnahmen gegen Serbien

— Angesichts der verheerenden politischen Wirkungen des völkischen Vertreibungskrieges in Bosnien für die zukünftige Lösung von nationalen Konflikten in Europa sowie für eine Verständigung zwischen der westlichen und islamischen Zivilisation auf der Basis der Menschen- und Völkerrechte befürwortet der Länderrat der Grünen eine Erweiterung des Mandats der Vereinten Nationen mit dem Ziel — die Versorgung der Zivilbevölkerung in den belagerten Gebieten sicherzustellen.

— die Gefangenenerlager unter internationaler Aufsicht zu stellen und die Vergewaltigungslager aufzulösen

— entmilitarisierte Schutzzonen für die Zivilbevölkerung einzurichten.

— den Boykott für Waffenlieferungen und strategische Güter strikt durchzusetzen.

Zur Absicherung dieser humanitären Ziele müssen die Einheiten der Vereinten Nationen verstärkt und mit der Vollmacht versehen werden, sie notfalls auch militärisch durchzusetzen.

Es geht nicht um die Eskalation des Krieges durch eine großangelegte militärische Intervention, sondern um eine internationale Polizeiaktion im Sinne der Nothilfe für ein bedrohtes Volk.

Gleichzeitig müssen die Friedensverhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen mit der Ziel einer politischen Lösung weitergeführt werden, die das Weiterbestehen Bosniens als multiethnischer Staat garantiert.

Darüberhinaus fordern wir die Bundesregierung auf, das Einreisekontingent für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien zu erhöhen und sich bei der EG für eine entsprechende Gemeinschaftsinitiative einzusetzen.

Ralf Fücks, Senator; Friedrich-Wilhelm Graefe von Baringdorf, MdEP; Achim Schmillen; Vera Wollenberger, MdB; (zwei weitere handschriftliche Unterschriften, d. Red.)

Grüne lehnen Militäreinsätze in Bosnien ab

Bericht über den Länderrat der Grünen am 21. März in Hannover

ein militärisches Eingreifen nicht für das geeignete Mittel. Krieg kann man nicht mit Krieg bekämpfen.

Es ist gar nicht möglich, allen Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Schließlich gibt es nicht nur bosnische Opfer, sondern auch serbische, kroatische und viele, die gar nicht einer Gruppe zurechenbar sind. Gerechtigkeit für alle ist also nie herstellbar. Vielmehr geht es darum, eine langfristige, dauerhafte Lösung des gemeinsamen Zusammenlebens für die Menschen neu zu entwickeln. Das wiederum kann aber nur durch eine Verhandlungslösung erreicht werden.

Militärische Intervention in Bosnien hätte zwangsläufig dieselben Konsequenzen für die vielen anderen Kriege auf der ganzen Welt, in denen Menschenrechte verletzt werden und Terror und Mord die Bevölkerung zu Opfern macht: in Afghanistan, Angola, Indien und Türkisch-Kurdistan.

Wer auf Kriege überall mit Krieg antworten will, schafft eine neue Legitimation für die Militärs, spricht sich letztendlich für die Aufstockung von Militärausgaben aus und hat damit nicht mehr die notwendigen Mittel, die für den anderen Weg, den friedlichen Weg zur Lö-

sung von ökologischen und sozialen Problemen gebraucht werden.

Einen großen Raum nahm die Frage ein, ob Hilfskonvois — notfalls auch mit Gewalt — zu den Eingeschlossenen durchgebracht werden sollten. Entscheidend ist dabei weniger die Frage, ob mit Polizei- oder Militärgewalt, sondern ob diese gegen den erklärten Willen einer der kriegsbeteiligten Parteien stattfindet. In einem solchen Fall würde die UNO in die Rolle einer der Kriegsbeteiligten mit allen Konsequenzen geraten und damit zur Eskalation beitragen.

Die Tatsache, daß die UNO zwar beschlossen hat, Hilfskonvois notfalls auch mit Gewalt zu den Eingeschlossenen zu bringen, davon aber bisher keinen Gebrauch macht, zeigt auch, daß die Verhandlungen an den Kontrollpunkten immer noch für aussichtsreicher gehalten werden als das Schießen.

Einig waren sich alle, daß die Bundesregierung nicht auf der einen Seite für die Befreiung aller Lager in Bosnien-Herzegowina eintreten kann und auf der anderen Seite für die Betroffenen die Visumpflicht einführt und damit die Grenzen schließt. Es ist beschämend, daß die westeuropäischen Regierungen nicht bereit sind, alle vergewaltigten Frauen und

Insassen der Lager aufzunehmen, die das Land verlassen wollen. Die Argumentation, daß damit Vertreibung anerkannt wird, ist zynisch und zeigt, daß der Bundesregierung Grenzen wichtiger sind als Menschen.

Bei den entscheidenden Abstimmungen über die vorliegenden Anträge war das Ergebnis am Ende eindeutig.

Die beiden Anträge für Militäreinsätze bekamen nur 3 bzw. 2 Stimmen bei 24 bzw. 26 Gegenstimmen.

Mit 20 gegen sechs Stimmen angenommen wurde der Antrag, der militärisches und polizeiliches Eingreifen strikt ablehnt, weil damit kein Problem dieser Region gelöst werde. Im Gegenteil sei zu befürchten, daß die Gefahr weiterer militärischer Eskalation im gesamten südosteuropäischen Raum drohe.

Die Umsetzung des Vance-Owen-Plans als Grundlage des Friedensprozesses in Bosnien wird ebenso gefordert wie die konsequente Umsetzung des Embargos zur Unterbindung von Waffen-, Treibstoff- und Rohstofflieferungen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufzunehmen, insbesondere Menschen aus den Kampfgebieten, aus den Lagern und vergewaltigte Frau-

en, um ihnen für die Dauer der Kriegshandlungen ein Bleiberecht zu gewährleisten.

Außerdem wurde noch ein Antrag angenommen, der den internationalen Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von Konfliktlösungen und UN-Blauhelmen ablehnt und der außerdem NEIN sagt zu Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete jeder Art. Dies gilt auch für die Kriegsgebiete im ehemaligen Jugoslawien.

Auch konkret versuchen die Grünen zu helfen. Sie sind Mitorganisatorinnen der Initiative „Den Winter überleben“ bei der sich Privatpersonen bereitfinden, Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufzunehmen. Dafür und für die Unterstützung von demokratischen Oppositionsbewegungen auf allen Seiten, sowohl der serbischen als auch der kroatischen und der bosnischen, die sich für die Beendigung des Krieges einsetzen, bewilligte der Länderrat finanzielle Mittel.

— (Bärbel Hühn, Fraktionssprecherin der Grünen im Landtag von NRW, Länderratstagung)

Nachdem sich in den letzten Monaten immer mehr Grüne Einzelpersonen für Militäraktionen im ehemaligen Jugoslawien ausgesprochen hatten, war es wichtig, daß jetzt auch die Partei selbst ihre Meinung dazu festlegte.

Einziges Thema des Länderrates der Grünen, der am 21. März in Hannover tagte, war deshalb das Thema Jugoslawien.

Diese Debatte wurde innerhalb der grünen Partei mit großer Spannung erwartet, weil es hierbei um eine der Grundsatzzpositionen für Grüne geht. Entsprechend lagen Anträge zu allen Positionen vor: Solche, die sich unter bestimmten Bedingungen für Militär- oder Polizeieinsätze aussprechen und ebenso solche, die Militäraktionen prinzipiell ablehnen.

In einer Debatte, die ausgesprochen sachlich geführt wurde, argumentierten die Befürworter von Militäraktionen im Wesentlichen mit den Menschenrechtsverletzungen, denen Einhalt geboten werden müsse und der Gerechtigkeit, die wiederhergestellt werden solle. Der Aggressor dürfe keine Vorteile von seinem Eroberungskrieg zu erwarten haben. Den Opfern müsse geholfen, Hilfskonvois müßten zu den Eingeschlossenen — notfalls auch mit Gewalt — durchgebracht werden.

Alle waren sich einig in ihrer Wut und Empörung über die Kriegergeuel. Die entscheidende Frage war, wie der Bevölkerung am besten geholfen werden kann. Die Mehrheit der Delegierten hielt

„Deutschland wohin?“ Veranstaltung mit Vortrag von Jürgen Kuczynski

Am 9. 3. sprach Jürgen Kuczynski auf einer Veranstaltung in Karlsruhe, zu der BWK und DKP eingeladen hatten. Im folgenden dokumentieren wir Ausschnitte aus seinem Beitrag.

Das Thema, das man mir genannt hat, ist „Deutschland wohin?“, und ich beginne mit „Deutschland woher?“, mit der alten BRD und der alten vergangenen DDR. Nun die BRD: drittgrößtes kapitalistische Land nach Japan und der USA, eine ganz kümmerliche Basisdemokratie mit Berufsverboten usw., der beste Sozialstaat unter den führenden kapitalistischen Ländern, nichts besonderes gemessen an der Schweiz, Schweden oder Holland, sogenannte soziale Marktwirtschaft, Militärmacht enorm ausgebaut und völlig bedeutungslos, da keine Atomwaffen, England, Frankreich, die russischen Länder können diese Militärmacht in fünf Minuten erledigen.

Dann die DDR: ein Staat, der sich aus drei Elementen zusammensetzt. Erstens sozialistische Elemente, keine Arbeitslosigkeit, die Renten waren niedrig, aber keiner brauchte auch nur einen Tag zu hungern, keine Obdachlosen, relativ geringe Kriminalität gemessen an kapitalistischen Ländern. Das beste System von Kinderhorten und Kindergärten der ganzen Welt, da wir Arbeitermangel hatten, damit die Frauen auf Arbeit gehen konnten. Natürlich keine Gleichberechtigung der Frau, jedes kapitalistische Land hatte mehr weibliche Minister oder Ministerpräsidenten als die DDR.

Ganz beschränkte kapitalistische Elemente, eigentlich nur zwischen Einzelhandel und Konsumenten, wenn die Waren zu schlimm waren, wurden sie nicht gekauft und häuften sich in den Lagern. So etwas nennt man echte Marktwirtschaft.

Und dann ein ganz starkes feudal-absolutistische Element: Der Papst konnte sich fast 2000 Jahre lang irren, 1870 wurde er dann für unfähig erklärt. Das Politbüro war seit 1949 unfähig. Keine Basisdemokratie, die kümmerliche Basisdemokratie in der Bundesrepublik war besser als in der DDR. Die Pressefreiheit war unter Friedrich dem Großen besser als in der DDR. Keine Kritik von unten, und das war das Element, das schließlich zum Zusammenbruch der DDR und der anderen realsozialistischen Länder führte. Von einem sozialistischen Land konnte keine Rede sein. Lenin hat gesagt und gehofft, daß die Generation der Enkel einmal im Sozialismus leben werden. Er hat ja, nachdem die Bürgerkriege und die Interventionskriege zu Ende waren, eine echte Marktwirtschaft eingeführt. Er hat immer von der kapitalistischen Wirtschaft in Sowjetrußland gesprochen. Er hat immer den Kapitalismus als Feind und Lehrmeister betrachtet. Er hat immer gesagt, jeder kleine zaristische Kommissar versteht von der Wirtschaft mehr als unsere besten Genossen, die im Krieg gekämpft haben und im Zuchthaus gesessen haben. Und er hat immer gewarnt vor der Überheblichkeit der Partei...

Die Wirtschaft der DDR, man muß sagen die beste im realsozialistischen Lager, war der Wirtschaft in den führenden kapitalistischen Ländern völlig unterlegen. Ich will euch zwei Geschichten erzählen, die das erklären. Vielleicht hat ihr mal von dem Pergamonaltar gehört, einem wundervollen griechischen antiken Bildhauerwerk, das in Berlin in einem Museum ist. Vielleicht habt ihr auch gehört von den Robotronbetrieben bei uns bei Dresden, das war unser ganzer Stolz in der Elektronikproduktion. Im Jahre 1985 hatten wir eine japanische Handelsdelegation, der wir unsere Betriebe und unsere Kulturstätten zeigten. Am Schluß fragte man sie, was ihnen am besten bei uns gefallen hatte. Der Leiter der Delegation sagte: „Ach wissen Sie, am besten haben uns Ihre Museen gefallen: Pergamon, Robotron.“ Drei Jahre später, im Jahre 1988, hatten wir wie jedes Jahr eine Handelsdelegation aus der Sowjetunion bei uns, um zu beraten wie der Außenhandel sich im nächsten Jahr gestalten würde. Es gab einen Riesenstreit, die Sowjets wollten 80 % der Produktion von Robotron haben, und wir wollten nur 60 % geben. Natürlich die sowjetische Rüstungs- und Raumfahrtindustrie war völlig gleich mit der amerikanischen, aber die Zivilindustrie

war noch schlechter als unsere.

Wir hatten eine reine Monopolwirtschaft, keine Konkurrenz, keinen Wettbewerb zwischen den Betrieben. Ihr müßt folgendes bedenken, Deutschland hat einen halbgenialen Monopolisten gehabt: Carl Duisberg, der den IG Farbenkonzern 1925 geschaffen hat. 1907 hat er ein Memorandum über seinen Traum eines Monopols der chemischen Industrie geschrieben. In diesem Memorandum steht: „Für jedes Massenprodukt, das wir in unserem Großkonzern herstellen werden, brauchen wir zwei Fabriken, die in Konkurrenz miteinander liegen.“ Also Konkurrenz innerhalb des Monopols. Und bei uns war nicht ein bißchen Konkurrenz zwischen den Betrieben, Kommandowirtschaft, keine Kritik von unten, eine ganz schlimme Situation, und das brachte ja auch das Ende.

Ich habe nie vom entwickelten Sozialismus bei uns gesprochen — gegen das Parteiprotokoll und -statut —, aber fälschlicherweise immer vom sich entwickelnden Sozialismus. Was wir an Sozialismus hatten, hat sich von 1975 an rückentwickelt. Ich hätte vom sich rückentwickelnden Sozialismus sprechen sollen. Ich habe ein Büchlein geschrieben „Dialog mit meinem Urenkel“, und die erste Frage meines Urenkels war, wie ich zu dem System stehe. Und ich habe ihm gesagt, ich stehe völlig hinter dem System, aber habe tausend kritische Bemerkungen. Dann habe ich voriges Jahr ein Buch veröffentlicht „Kurze Bilanz eines langen Lebens“. Und da habe ich geschrieben, ich hätte genau umgekehrt argumentieren müssen. Ich halte das System für völlig falsch, aber ich finde tausend gute Sachen bei ihm. Aber wenigstens habe ich den Quatsch vom entwickelten Sozialismus nicht mitgemacht.

Es gab ja eine Zeit nach der Chruschtschow-Rede, in der Walter Ulbricht wollte, daß wir auf dem Weg zum Kommunismus sind. Gott sei Dank haben die Sowjetfreunde diesen Quatsch nicht erlaubt, die wollten alleine auf dem Wege zum Kommunismus sein...

Im Januar 1990 hatte die Evangelische Akademie in Tutzing eine Tagung über mehrere Tage über Deutschland. Es sprachen Genscher, Willi Brandt und ich. Während Genscher sprach, flüsterte mir Brandt zu: „Der Zug ist abgefahren, Konföderation kommt nicht mehr in Frage, nur noch ein einziges Deutschland.“ Ich sprach auf der Basis der Konföderation. Der einzige, der in der Diskussion auf meiner Seite war, war Günter Grass, alle anderen auf der Seite von Genscher und Willi Brandt.

Im Februar hat der zweite Chef von

der Mediengewerkschaft hier in der alten Bundesrepublik, Detlef Hentsche, in *Kontrapunkt* einen Artikel geschrieben, daß die Einheit zu einer absoluten Katastrophe für die DDR führen muß. Ich habe dann im nächsten Monat ganz begeistert ausführlich aus diesem Artikel zitiert und mich im März in der *Weltbühne* hundertprozentig hinter diese Perspektive gestellt. Aber Hentsche war der erste, der von einer Katastrophe sprach. In der Zeit bis zum Juni haben ja eine ganze Reihe in der Bundesrepublik sagen wir Bedenken gehabt über die schnelle Währungs- und Wirtschaftsunion, unter anderem auch Pöhl von der Bundesbank, aber Ende Juni ist er zusammengekippt und hat die Linie von Kohl und der Regierung übernommen. Ich hatte in dem Artikel außer der Katastrophe für die DDR von einer kommenden Krise in den alten Bundesländern gesprochen.

Heute haben wir einen dreifachen Kahlschlag in der Ex-DDR. Erstens: die Industrie ist zu Dreivierteln schon beseitigt, völlig berechtigt vom Standpunkt des Kapitals, denn die alte BRD kann die ehemalige DDR mit den eigenen Produkten beliefern, und die Betriebe in der Ex-DDR sind bis auf wenige Ausnahmen völlig veraltet. Zweitens ist die Landwirtschaft erledigt. In der alten BRD wurden Subventionen gezahlt, daß man weniger produziert. Also ist die Landwirtschaft der DDR überflüssig. Beides konnte vorausgesehen werden, und beides war absolut vernunftgemäß vom Standpunkt des Kapitals. Ganz anders der Kahlschlag gegen schöne Literatur, Wissenschaft, gegen Kultur der DDR. Die schöne Literatur war mindestens so gut wie die der BRD, und die Wissenschaft war im allgemeinen auch genauso gut wie in der BRD...

Marx hat gesagt, sein Lieblingsspruch ist „de omnibus dubitandum“, zu deutsch „Man muß an allem zweifeln“. Jeder Zweifel bei uns an irgendwelchen Beschlüssen des Politbüros war natürlich eine Unmöglichkeit...

Lenin hat sehr klug gesagt, von Marx und Engels übernehmen wir nur die Methode des dialektischen und historischen Materialismus, alles andere muß immer wieder überprüft werden. Auch ich selbst habe in dieser Beziehung Fehler gemacht. Ich habe 1989 vom Monopolkapitalismus gesprochen, einfach Lenin nachgeplappert. Zu Lenins Zeiten gab es selbstverständlich Monopolkapitalismus, nehmen wir Ford als Autofabrikanten in den USA, oder nehmen wir IG Farben. Aber alle negativen Folgen des Monopols, die Lenin aufgezeigt hat, haben die Kapitalisten auch erkannt und haben die Monopole aufgelöst in Oligo-

pole, also drei große Automobilkonzerne statt einem in den USA, statt Ford, und wir haben in Deutschland drei große Chemiekonzerne statt eines Monopols. Aber ich habe bis zum Schluß vom Monopolkapitalismus gesprochen, statt wie Lenin es verlangt hat, alles zu überprüfen. Wir haben bestimmte Dogmen von Marx und Engels übernommen, aber wir wurden nicht dazu erzogen, die Wirklichkeit zu untersuchen...

Die Situation in der ehemaligen DDR verlangt natürlich ungeheure Opfer von der alten BRD. 16 Millionen Menschen müssen irgendwie am Leben gehalten werden. Wir haben über drei Millionen Arbeitslose, ein Teil ist in ABM-Stellen, andere sind in Vorruhestand getreten und dann natürlich eine Fülle von Sozialhilfeempfänger usw. So haben wir heute in der alten BRD eine doppelte Krise. Erstens wurden Japan und Deutschland voriges Jahr von der Weltwirtschaftskrise erfaßt, und dann gibt es die spezielle Krise von der ungeheuren Belastung durch die Situation in der Ex-DDR. Ich meine, daß das auch zu einer ganz neuen Spaltung geführt hat. Erstens: bei uns gibt es jetzt viele Leute aus der BRD in der Verwaltung, an den Universitäten usw., die mit unerhörter Überheblichkeit so wie Kolonialherren dort herrschen. Dann haben wir die Situation, daß aus den Schwestern und Brüdern in der DDR eine schlimme Belastung geworden ist. D.h. wir haben eine ganz starke Spaltung zwischen der Bevölkerung der alten BRD und der alten DDR. Ich glaube aber, daß in einiger Zeit die Spaltung durch die gemeinsame Not, durch gemeinsam steigende Arbeitslosigkeit in gewisser Weise überwunden wird, und ich hoffe, durch einen steigenden Widerstand...

Ich bin Mitglied der PDS, weil es die am wenigsten unangenehme Partei ist. Sie ist ganz hervorragend als Diskussionsforum, aber nicht ein Aktionsprogramm, nicht ein Aufruf zur Aktion. Das machen die Betriebsräte und Gewerkschaften und der Mieterbund. Aber die Partei spricht intelligent, aber macht keine Aktionen. Nun wie wird Situation morgen sein? Was sich in nächster Zeit entwickelt, kann ich nicht sagen, aber was ich mit Sicherheit sagen kann, in hundert Jahren ist die Menschheit untergegangen, oder wir haben Sozialismus. Marx hat ja nie wissenschaftlich bewiesen, daß der Sozialismus kommt. Er war ein reiner Gläubiger am Sozialismus, weil er immer gesagt hat, vor dem Menschen steht die Alternative: Sozialismus oder Barbarei. Das hat er wissenschaftlich bewiesen, aber daß der Sozialismus kommt, war ein reiner Glaube.

aus: *Kommunale Berichte Karlsruhe*

le wiederholt bedauert, daß ihre Absicht, mit der Bildung der VSP auch frühere „Strömungstraditionen“ zu überwinden, gescheitert sei. Die Hoffnung, mit der VSP eine Initiative zur Vereinigung revolutionärer Sozialisten zu beginnen, sei nicht aufgegangen. Nach der Ablehnung der Vereinigung mit dem BWK durch die eigene Partei seien alle weiteren „Projekte“ mehr oder weniger gescheitert: Zusammenarbeit mit der Radikalen Linken, mit der Ökolinke, mit der Vereinigten Linken aus dem Gebiet der früheren DDR usw. Jetzt mache in der VSP jeder, was er wolle: Die einen verfolgten ihre politischen Ziele in der PDS, andere bildeten mit dem BWK einen gemeinsamen Landesverband, wieder andere tendierten zur „Rückkehr zur GIM bzw. IV. Internationale“. Dies müsse man eben akzeptieren.

Im Vorfeld der Konferenz hatte es aus den Kreisen, die den Anschluß der VSP an die IV. Internationale wollten, geheißen, die VSP sei „tot“, jetzt gelte es, den Kader der IV. zu retten. Gleichzeitig hatten Mitglieder der VSP, die aus der Tradition der KPD/ML kommen, die Partei wegen der endlosen Diskussionen über „IV. ja oder nein“ verlassen. Die 44 Delegierten auf der Konferenz vertraten noch 22 Ortsgruppen mit 208 Mitgliedern. Weitere mögen nicht zur Konferenz gekommen sein.

Über Fragen der Außenwelt, z.B. die kommenden Wahlen, wurde auf der Konferenz mit keinem Wort gesprochen, umso mehr aber in „Gesprächen am Rande“. — (rü)

Termine

27. März Arbeitstreffen der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“ bei der PDS in Offenbach, PDS-Büro, Kaiserstr. 6, (Nähe Bahnhof), ab 11.00 Uhr. Die Tagesordnung des Arbeitstreffens ist:

- Bestimmung der weiteren Aufgaben der ArGe
- Festlegung des Konzeptes für den Rundbrief
- „Zufluchtsstätte für eine freie, parteiunabhängige Diskussion der Linken“, Konkretisierung der Vorhaben für den Sommer bzw. Treffen von Vorbereitungsgruppen zu Kursen.

Zum ersten Punkt wird ein Vortrag aus dem Koordinationsausschuß vorliegen, in dem besonders auf die inhaltlichen Aufgaben bei den anstehenden Wahlkämpfen eingegangen werden wird.

27. März 7. Seminar von Linken aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Themen des Seminars sind:

- a) Anlaß des Solidarpakts: 1. Muß einer sein, und wenn ja, was für einer? (Vortrag aus Mecklenburg-Vorpommern), 2. Kritik des „Konzeptes der Wirtschaft für den Aufbau Ost“ der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (Vortrag aus Hamburg).
- b) Bericht vom PDS-Parteitag;
- c) Das Wahljahr 1994. Bericht über die Vorbereitung aus Ost und West. Von 10 bis 16 Uhr in Gadebusch. Anmeldungen bei GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. (040) 2204278.

28.3. Linke Opposition in Baden-Württemberg. Landesweites Treffen am 28. März. Geplant ist eine Fortsetzung der Diskussion der Arbeitsgruppen: Wirtschafts- und Sozialpolitik; Antifaschismus und Antirassismus; Wohnungspolitik; Großmachtpolitik der BRD. Stuttgart, Clara-Zetkin-Waldheim Sillenbuch, Gorch-Fock-Straße, Beginn 10 Uhr.

8.5. Frühjahrstagung der GNN-Verlage, Jugendgästehaus, Köln.

9.5. Frühjahrskonferenz des Arbeitskreises Politische Berichte. Jugendgästehaus, Köln.

22.5. „West-Parteitag“ der PDS/Linke Liste in Bonn: Beratung von Delegierten aus den westlichen Landesverbänden über die Gründung eines Regionalverbandes PDS/Linke Liste.

29.7. bis 4.8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29.7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt.

Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

Neuerscheinungen

Ergebnisse und Materialien

1/93

13. o. Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) Tagung 13./14. März 1993

ca. 20 Seiten DIN A 4, 3,50 DM. Lieferbar ab 1.4. 1993. Ab sofort zu bestellen bei: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 21 16 58

Rundbrief

der Arbeitsgemeinschaft bei der PDS KONKRETE DEMOKRATIE, SOZIALE BEFREIUNG

Inhalt u.a.:

- * Beschluß des PDS-Landesvorstandes in Thüringen: Einrichtung einer Zufluchtsstätte für freie, parteiunabhängige Diskussion
- * Materialien und Ergebnisse der Linken Sommer-/Winterschule 1992/93 40 Seiten, Preis 5,00 DM

Bestellungen an: GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

VSP: Kein Beitritt zur 4. Internationale

Mit großer Mehrheit hat eine außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz der VSP am vergangenen Wochenende in Duisburg einen Beitritt zur IV. Internationale abgelehnt. Gleichzeitig wurde die seit der Vereinigung von GIM und KPD zur VSP 1986 beschlossene Regelung zur IV. Internationale aufgehoben.

Vorausgegangen waren mehrere Jahre heftiger Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der VSP wie zwischen den Mitgliedern der IV. Internationale selbst. Die alte Regelung hatte vorgegeschrieben, daß Personen in der BRD, die sich der IV. Internationale zuordnen, Mitglieder der VSP sein müssen und sich nicht etwa außerhalb der VSP in separaten Organisationen sammeln. Im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen über die Beurteilung des DDR-Anschlusses — die Mehrheit der VSP hatte sich u.a. an der Demonstration „Nie wieder Deutschland“ beteiligt und beurteilte den DDR-Anschluß nach großen Hoffnungen auf die „Bürgerbewegung“ bald als „imperialistisches Projekt“, die IV. Internationale selbst hatte eine eher zwiespältige Haltung eingenommen (Stichwort: „Vereinigtes sozialistisches Deutschland“) — hatten sich Personen in der DDR und in der alten BRD, die

sich der IV. Internationale zuordnen, entgegen der getroffenen Vereinbarung und mit Duldung des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale in einer separaten Organisation außerhalb der VSP gesammelt und so diese Vereinbarung faktisch gebrochen. Die Konferenz nahm diese Entwicklung, die dazu geführt hat, daß sich inzwischen Mitglieder der IV. Internationale sowohl außerhalb der VSP wie innerhalb der VSP — dort mit fast exakt parallelen Strukturen, sozusagen als „trotzkistische Avantgarde“ innerhalb der VSP — organisiert haben, faktisch hin. Sie beschloß: „Die deutschen Mitglieder der IV. Internationale, die einen wichtigen Teil der VSP darstellen, regeln ihr zukünftiges Verhältnis zur IV. Internationale selbständig und ohne Reglementierung durch die VSP. Sie regeln selber alle Angelegenheiten, die das Verhältnis der Mitglieder der IV. in Deutschland und die IV. Internationale betreffen.“ Diese Beschlüsse wurden mit 26 zu 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen bzw. 26 zu 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen gefaßt. Ein Antrag, die VSP umzubenennen in VSP/IV. Internationale, erhielt nur 8 Stimmen.

In der Diskussion wurde von Gegnern des Anschlusses an die IV. Internationale

Unter diesem Titel erscheint im April ein Buch mit Gesprächen, Aufsätzen und Materialien zur „Ästhetik des Widerstands“. Jens F. Dwars schrieb das Vorwort zu diesem Buch, das wir im folgenden dokumentieren.

Voraus-Setzungen

„Ich erhoffe mir viel von der Rezeption in der DDR, wo der Roman im nächsten Jahr endlich herauskommen wird.“

Peter Weiss hat die Veröffentlichung der *Ästhetik des Widerstands* in der DDR 1983 nicht mehr erlebt. Doch seine Erwartung einer „sehr langsamen Wirkung“ bestätigt sich noch immer. Wurde der Roman, dessen erster Band 1975 im Suhrkamp Verlag erschienen war, zunächst kulturpolitisch mit einer schnell vergriffenen Auflage in akademische Randzonen verbannt, so zeitigt heute der neue Markt im Osten die Verdrängung dieses unbequemen, zur Zerstreuung nicht geeigneten Buchs, das im Erinnern der Niederlagen europäischer Arbeiterbewegung, im rückhaltlosen Ausschreiten menschlicher Hoffnungen und Verbrechen, im Wahrnehmen eines endlosen Kontinuums immer gleicher Formen von Gewalt und Ausgrenzung nach Keimen lebensbewahrender Erneuerung sucht.

Während die 1981 abgeschlossene Trilogie im Westen heftig umstritten ward, vom totalen Verriß bloßer Agitationsliteratur bis zur Feier eines „Jahrhundertbuchs“ unter Kennern der Germanistik, Kunsttheorie und Geschichte gleichermaßen, blieb die öffentliche Rezeption des Widerstands-Epos in dem Lande, wo der Antifaschismus Staatsdoktrin war, immer punktuell — von einer Arbeitstagung der Ost-Berliner Akademie der Künste im März 1983 über vereinzelte Zeitschriftenaufsätze bis zur Dokumentation jener Ringvorlesung von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen an der Humboldt-Universität, die 1987 im Akademie-Verlag erschien. Dauernde Spuren einer intensiven Auseinandersetzung mit der Arbeit von Peter Weiss finden sich eher noch im Kunstschaffen der achtziger Jahre, auffällig in Volker Brauns *Übergangsgesellschaft*, verhaltener im Tonfall einer jüngeren Lyrik-Generation und wohl am kraftvoll eigenständigsten in der Bild-Welt von Hubertus Giebe und Fritz Cremer.

Ein anderes Zeugnis dieser langsamen Wirkungsgeschichte geben die vorliegenden Texte. Es sind v. a. Gespräche und Einzelstudien von Studenten und Lehrenden aus unterschiedlichen Fachrichtungen, die 1984 eine Arbeitsgruppe zur *Ästhetik des Widerstands* an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena bildeten. Das Buch kam, wie kein zweites, den Erfahrungen der Beteiligten, ihrem Verlangen nach Bewegungs- und Orientierungsmöglichkeiten in einer zum Zerreißen gespannten, einer sich hektisch beschleunigenden und zugleich stagnativ empfundenen

Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss

Wirklichkeit entgegen. Mit Weiss schien ein Sprechen über noch immer oder wieder tabuisierte Bezirke der Geschichte möglich, eine Re-Vision der lang verdamnten Moderne, ein Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen von Avantgarden in Kunst und Politik, mithin ein Brückenschlag zur wenig später einsetzenden »Perestrojka« und dem Anspruch auf »Neues Denken«. So wurde der Roman zum Medium einer Selbstverständigung, deren erste Konturen auf einem Kolloquium 1986 noch mit holzschnitthafter Grobheit hervortraten und im Jahr darauf in Form einer Universitäts-Zeitschrift unterm Titel *Alltag — Kunst — Proletarische Subjektwerdung* zu begrenzter Veröffentlichung gelangten.

Erst 1988 entschloß sich die verkleinerte Gruppe zu einem erneuten Ansatz, der nun unterschiedener der ästhetischen Eigenart des Romans, dem widerständigen Duktus des Erzählens selbst und weniger dem Erzählten gelten sollte. Ein Katalog von Fragen zum Stichwort »Die Ästhetik des Widerstands weiterlesen«, die im November bei den Hamburger Weiss-Tagen einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt wurden, lag sodann im Februar 1989 einem Rundtischgespräch zugrunde, zu dem auswärtige Gäste geladen waren. Da jedoch die »großen« Namen im letzten Moment abgesagt hatten und nur zwei Freunde den kleinen Kreis erweiterten, entstand anstelle des hoch gestochenen Disputes anerkannter Experten ein unscheinbarer Dialog, ein Reden, das die Grenzen der eigenen, von globalen Hoffnungen und provinzieller Isolation, von historischen Erwartungen und alltäglicher Selbst-Beschränkung geprägten Arbeit zur Sprache bringt und im ständigen Nachfragen über sich hinaus treibt.

Das Politische wird nicht mehr beschworen, es ist der Vorgang der Verständigung selbst, die theoretische Reflexion über Bedingungen der Möglichkeit einer Kultur des freien Miteinanders im offenen Austragen von Gegensätzen macht für Augenblicke das Erstrebte greifbar. Wenig später zerfällt die Gruppe in den Aufbrüchen, die der Strom von Auswanderern und die Massen Demonstrationen Verbliebener anzeigten. Nun, da sich den einzelnen verschiedene Handlungsräume eröffneten und ungelöste Widersprüche — neue Zwänge schufen, bedurfte es eines wieder anderen Sprechens, das beim Nicht-Gesagten hätte erneut einsetzen müssen.

Im Wissen um die Gefahr einer nachträglichen Selbst-Darstellung sollen die Gesprächsprotokolle dennoch so spät veröffentlicht werden — als Momentaufnahme einer Auseinandersetzung mit Kunst und Wissenschaft, die nur für den Zeit-

Raum Gültigkeit besitzen, dessen Ausdruck sie sind. Materialien, die Verschiebungen aufweisen, ein Umbrechen von Begriffen und Vorstellungswelten in eins mit ihren biographischen Voraussetzungen. Vielleicht können sie jetzt, wo nach euphorischen Einheits-Bekundungen allerorten peinlich erschrocken Unterschiede registriert werden zwischen Bürgern der ehemaligen BRD und der vergangenen DDR, zu eben jener »Verständigung« beitragen, von der eine Politik redet, deren Praxis sie selbst verunmöglicht.

Abbruch und Fortsetzung des Dialogs markieren die zwischen 1990 und 1992 entstandenen oder überarbeiteten Einzelstudien, die von verschiedenen Ansätzen her einen Gegenstand entwerfen, den die Wort-Wendung WIDERSTAND WAHRNEHMEN umschreiben mag. Statt den Roman auf ein politisch vorbildliches oder abstoßendes Kunsttraktat zu reduzieren, ihn als »linken Heimatroman« mit Jost Hermand zu lobpreisen oder entlarven, folgen die Autoren von ihren eignen Lebenserfahrungen her der Bewegung des Textes, dieser immer wieder neu einsetzenden Anstrengung, Bedingungen und Formen von Widerstand, der Behauptung und Wahrung solidarischer Lebenskräfte in deren Hemmnissen und Bedrohungen aufzuspüren. Einer Ästhetik, die nicht als abgeschlossenes Werk unsterbliche Ideen im Fluchtpunkt sozialistischer Ideale zur utopischen Sinn-Konstruktion festhält, die vielmehr Energien freisetzt, indem sie zur in sich reflektierten Schärfung aller Sinne für selbstgeschaffene Gefährdungen und deren Gegenkräfte nötigt, die hier und jetzt auf Veränderung im Bestehenden hinwirken, als ein ständiger Vorwurf, wahrzunehmen, was mit und durch uns geschieht.

Unabhängig davon und doch zur gleichen Zeit von verwandten Intentionen getrieben, hat ein Pantomimenensemble in derselben Stadt den Gestus des Romans von Peter Weiss in die Sprache lebendiger Körper (zurück) zu verwandeln versucht. Arbeitsnotizen zur Inszenierung, dieser Notbehelf einer assoziationsreichen Fixierung der Ausdruckskraft stummer Leiber in wenigen Worten, stehen zwischen den Gesprächen und Aufsätzen als Zeichen einer anderen Dialog-Form, die den Vorstellungskreis der diskursiven Verständigung über gemeinsam Bewegendes in bildhaft sinnlicher Konkretion vieldeutig aufbricht.

Dem dokumentarischen angelegten Beitrag zur Rekonstruktion von Weiss' DDR-Erfahrungen als Schreibimpulse der *Ästhetik des Widerstands*, der Möglichkeiten erkundet, mit der verdichteten Sehweise der Trilogie etwas vom Vergehen dieses Staates, von seiner Wandlung im Zeichen eines demokratischen Aufbruchs



„Das Floß der Medusa“ — Gemälde des Malers Géricault — Darstellung der Klassenkämpfe und Ausbeutungsverhältnisse in Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts — eines der Kunstwerke, anhand derer P. Weiss in der „Ästhetik des Widerstands“ den Zusammenhang von Kunst und Gesellschaft behandelte.

und der Etablierung neuer alter Machtstrukturen greifbar werden zu lassen, stehen in kontrastierender Erweiterung Wortmeldungen aus anderen Perspektiven von Berlin bis New York gegenüber. Spätestens hier nun fällt allerdings der Mangel an radikalen Gegen-Sätzen, das Ausbleiben einer begründeten Ablehnung der ästhetischen und politischen Positionsbestimmungen von Peter Weiss ins Auge, die erst ein bewegendes, die Sichtweisen aller Beteiligten wechselseitig in Frage stellendes Streitgespräch ausmachen. Doch Kritiker, die anderenorts vom »Dogmatismus«-Verdacht wider den Dichter einer neuen *Divina Commedia* sprachen, waren nicht bereit, sich zu wandelnden Lesarten des Romans im Spiegel der Veränderungen seit dem Herbst 1989 zu äußern.

An der Bruchstelle zwischen den zirkulär aus dem Jenaer Arbeitskreis heraus gewachsenen Sichtweisen und Korrespondenzen Außenstehender finden sich Zeugnisse einer anderen DDR-eigenen »Rezeption« der *Ästhetik des Widerstands*: Ein Vergleich der Textausgaben beim Suhrkamp- und Henschelverlag weist, daß nicht, wie zu erwarten wäre, die Ost-Berliner Druckfassung beschnitten ward. So lassen Auszüge aus Briefen von Peter Weiss an Manfred Haiduk vielmehr nachvollziehen, wie intensiv der Autor bemüht war, in der zweiten Ausgabe den eigentlichen »Urtext« des Roman-Manuskripts wiederherzustellen, Veränderungen im Wortlaut des vermeintlichen Originals zurückzunehmen, die er im Nachhinein als eine »Entmachtung« seiner Sprache im Stadium totaler Erschöpfung empfand. Die exemplarisch zitierte Textpassage »Heilmann an Unbekannt ...« belegt unter Berücksichti-

gung von Manuskript, Erstdruck und der zuletzt autorisierten Ausgabe das Glättende, den widerborstigen Duktus des gegenständlichen Erzählens aufhebende, der eilig betriebenen und zunächst von Weiss auch bewilligten Lektorats-Eingriffe. Darüber hinaus verweisen Sprünge in der anschließenden Konkordanz auf weitere Seiten sich häufender Differenzen.

Nun mag ein solcher Vergleich wie haarspaltende Rechthaberei anmuten, zumal die parteipolitische Dominierung des gesamten Verlagswesens der DDR zur massenhaften Unterdrückung kritischer Texte sowie einer systematischen Überwachung, Ausgrenzung und Verfolgung ihrer Verfasser geführt hat. Doch um wirklich mit der Verklärung anachronistischer Abhängigkeitsverhältnisse, mit der nostalgischen Erinnerung sozialer Sicherheiten ebenso wie mit ihrer diktatorischen Verdamnung zu brechen, dürfte es nur zeitgemäß sein, Mechanismen einer anderen »Zensur« wahrzunehmen, in deren Banalität alltägliche Widerstände greifbar werden, Keimformen menschlich-allzumenschlicher Macht, die in der Eigendynamik eines nach Recht und Gesetz effektiv geregelten Systems der Arbeitsteilung gründet, das sich selbst nicht mehr in Frage stellt.

Einen verbindlichen Umgang mit Worten der Maschinerie ihrer beliebigsten Vervielfältigung in gedruckter Form entgegenhalten zu wollen, mutet paradox an. Vor allem, wenn die (wieder-) vereinte Nation ihre vielfache Zerküftung selbst ausspricht, die Aufsplitterung einer modern arbeitsteilig organisierten Gesellschaft in wissenschaftliche, polit-ökonomische und ästhetische Fach-Sprachen aus gelebten Gegensätzen zweier Ideologien

heraus noch verdoppelnd. Weil das plurale Nebeneinander von Begriffen, Leitbildern und ihnen entsprechenden Personifizierungen des geschichtlich Überkommenen ein Existenzproblem der Moderne, nicht aber deren Lösung bezeichnet, weil die bloße Toleranz, das Leben-Lassen des anderen, noch kein Verstehen, keine bereichernde Erweiterung des eignen Erlebens im wechselseitigen Anerkennen bedeutet, soll im Anhang versucht werden, das Trennende zu überbrücken durch ein Offenlegen selbst verwandter Bezeichnungen. Ein Glossar kann das fremd Klingende, das den Sprechenden für etwas Selbstverständliches gilt, nicht einfach »übersetzen«, aber vielleicht doch im Kenntlichmachen begrenzter Perspektiven einen Dialog ermöglichen. Auch deshalb möchten die Herausgeber allen Beteiligten danken — jenen, die nach so langer, in so wenig schneller, Zeit nicht das einmal Gesagte verleugnen, und denen, die es in dieser Form sorgsam wägend zu publizieren für wert befanden, nachdem ostdeutsche Verlage das Material in den vergangenen zwei Jahren streitlos fallen ließen, mit einem Ausdruck freundlichen Bedauerns verweisend auf die Lage am Markt. Mögen die folgenden Texte zum Widerspruch anregen im Ja-Sagen zur eignen Erfahrung vom Leben im Labyrinth sich spiegelnder Welten.

Jens-F. Dwars
Februar 1993

Vorabdruck aus: Jens-F. Dwars, Dieter Strützel, Matias Mieth, Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss. Gespräche, Aufsätze und Materialien zur »Ästhetik des Widerstands«. Erscheint im April im GNN-Verlag, voraussichtlich ca. 300 Seiten, Preis 25 DM.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39.- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölzicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

7/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölzicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistankomitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, Zölzicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikowstr. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölzicher Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65.- DM (Förderabo 78.- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NHI Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zölzicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westfalen, Czernikowstr. 5, 1000 Westfalen 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölzicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz